A. MAERTENS

AUFMARSCH GEGEN DIE FREIHEIT

AUFMARSCH GEGEN DIE FREIHEIT

VON

A. MAERTENS

VERLEGT BEI HOHWACHT, BAD GODESBERG, 1960

Fotos: „tarantelpress" - Berlin
Druck: Köhler & Co. GmbH., Hösbach

„In den ersten Novembertagen 1951 fährt zur mitternächtlichen Stunde vor meiner Münchener Wohnung ein schwarzer Mercedes vor. Ich werde im Auftrag des ehemaligen Fliegergenerals Hentschel gebeten, noch in dieser Nacht nach Düsseldorf zu kommen. Gegenstand der Bitte: eine dringliche Aussprache über den Verlauf der Soldatentagung in Kochel. Eine Stunde später braust der schwarze Wagen im Höllentempo über die Autobahn. Es ist noch nicht 7 Uhr morgens, als wir in Düsseldorf eintreffen. Mein Begleiter fährt mich durch einen Irrgarten von Gäßchen, bis wir im winzigen und fensterlosen Zimmerchen eines Kellergeschosses landen. Eine liebenswürdige Dame empfängt mich. Ich glaube zunächst, vielleicht eine Tochter des Generals vor mir zu haben. Es ist ein Irrtum. Die vor mir steht, ist Hilde Ödinghoff, die persönliche Vertraute und Sekretärin Oskar Neumanns, Mitglied des Parteivorstandes der KPD. Es ist der Mann, der die Fäden aller KP-gesteuerten Tarnorganisationen in der Bundesrepublik in seinen Händen hält. Nur – damals weiß ich es noch nicht.

Im Verlauf unserer politischen Unterhaltung gibt Neumann dem Gespräch plötzlich eine persönliche Wendung: ‚Was tun Sie eigentlich? Sie wollen doch nicht ewig stempeln gehen?‘ Meine Erklärung, daß ich mich schon lange Zeit mit dem Gedanken der Herausgabe einer militärpolitischen Pressekorrespondenz trage, wird sofort aufgegriffen; er sagt mir die finanzielle Sicherstellung des Objekts ohne jede Auflage zu und meint dann: ‚Sie werden also von nun an nie mehr arbeitslos werden in Ihrem Leben, außer in den Zeiten, wo Sie im Gefängnis sitzen.‘." *

Diese Niederschrift Rudolf Steidls, des ehemaligen Mittelsmanns für die Herausgabe kommunistisch getarnter Zeitungen und Zeitschriften in der Bundesrepublik, läßt bereits die Eigenschaften durchblicken, auf die bei einem führenden nichtkommunistischen Mitglied einer Tarnorganisation Wert gelegt wird:

es muß kontaktfreudig sein und Beziehungen zu breiten bürgerlichen Bevölkerungskreisen haben;

es muß ehrgeizig und von dem Drang beseelt sein, unbedingt eine Rolle zu spielen.

---

* Aus der im August 1955 erschienenen letzten Ausgabe (Sondernummer) der Wochenschrift „Die Nation", München, in der der Herausgeber, Rudolf Steidl, die ostzonalen Finanzierungsquellen und Hintermänner preisgab.

2,3 MILLIONEN DM FÜR EINEN MANN

Durch die Hände des erwähnten Steidl gingen in einem Zeitraum von drei Jahren etwa 2,3 Millionen DM West. Diese Summe wurde ihm aus Ostberlin zugeteilt mit der Bestimmung, Soldatenverbände und Kreise ehemaliger Offiziere und Soldaten mit Hilfe von repräsentativ ausgestatteten „nationalen" Wochenzeitungen und militärpolitischen Zeitschriften zu zersetzen und zu infiltrieren. Als Steidl mit seinen Mitarbeitern und Auftraggebern in Streit geriet, ließ er das ganze Unternehmen dadurch auffliegen, daß er Auftraggeber, Geldquellen und die genaue Höhe der Geldzuwendungen an die einzelnen Organe öffentlich bekanntgab.

Solche Pannen unterlaufen dem Kommunismus bei seiner Infiltration Westdeutschlands nur selten. Meist sind die Schlüsselfiguren dieser Organisationen bereit, ins Gefängnis zu gehen, wenn sie überführt werden.

Der Fall des Agitators Steidl war eine große Affäre, gemessen an den Beträgen, die er erhalten und weisungsgemäß auch verteilt hat. Er ist kein Einzelfall, Hunderte von Agenten werden Jahr für Jahr geworben und mit Geld oder Argumenten bestochen, unter denen die Zusicherung einer gut dotierten Stellung im künftigen kommunistischen Staat eine wichtige Rolle spielt.

Daneben laufen alte kommunistische Organisationen weiter; neue getarnte Vereine, Kreise und Gruppen werden gegründet. Schauplatz dieser Vorgänge ist die Bundesrepublik. Sie ist außerdem das Ziel eines ständigen Agentenstromes, der aus der Zone kommt. Er besteht aus Kommunisten und Mitläufern, die in der Zone wohnen, dort ausgebildet sind und laufend instruiert werden und auf ihren Reisen durch die Bundesrepublik zeitlich begrenzte Agitations- und Infiltrationsaufgaben zu erfüllen haben.

Dieses System der Infiltration erfordert einen ungeheuren Aufwand nicht nur an Menschen, sondern auch an finanziellen Mitteln. Er wird auf viele Millionen geschätzt, die unmittelbar für diese Zwecke ausgegeben werden: für den Druck der Agitationsschriften, für die Löhne der Agitatoren, für die Subventionierung kommunistischer und halbkommunistischer Verlagsunternehmungen in der Bundesrepublik, für Bahn- und Kraftwagentransporte usw. Dazu kommen die Kosten für die zahlreichen Abteilungen innerhalb der ostzonalen Ministerien (z. B. im Staatssicherheitsdienst und im Ministerium für Nationale Verteidigung mit ihren Spionageapparaten) und der „Massenorganisationen" (z. B. der Staatsgewerkschaft „FDGB" = „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund" und der „Nationalen Front"), die diesen Infiltrationsprozeß nach zentralen Anweisungen sektorenweise dirigieren.

Angesichts dieser Anstrengungen fragt man sich, welche Gründe wichtig genug sein können, einen solchen Kampf zu führen, der die immerhin doch schmalen Kassen der Zonenbehörden außerordentlich belastet.

EXISTENZKAMPF — FÜR DAS REGIME DER ZONE

Die kommunistischen Machthaber in Pankow führen diesen Kampf für ihre nicht gesicherte Existenz. Dem Regime der Sowjetzone, das von der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzt worden ist, fehlt bis heute jede Bestätigung durch das Volk. Ja, die Bevölkerung hat am 17. Juni 1953 gezeigt, daß sie bereit ist, durch aktiven und passiven Widerstand dieses ihr aufgezwungene Regime zu beseitigen. Nur durch das Eingreifen der sowjetischen Streitkräfte konnte das kommunistische System der Zone damals aufrecht erhalten werden.

Eine Regierung, die sich auf Bajonette stützen muß, weil die Bevölkerung nicht hinter ihr steht, befindet sich trotz aller Bekundungen der Stärke in einer schwachen Position. Für die Männer von Pankow (in diesem Teil Berlins wohnen die Mächtigen der Zone in einem geschlossenen Bezirk, daher der Name „Pankow" für die Machthaber in Mitteldeutschland) kommt zu dieser Schwäche noch eine weitere hinzu: die Bürger der „Deutschen Demokratischen Republik" blicken in ihrer überwiegenden Mehrheit voller Sehnsucht auf den Westen ihres Vaterlandes, auf die Bundesrepublik mit ihren politischen Freiheiten und dem dadurch möglich gewordenen wirtschaftlichen Aufschwung. Sie wollen ebenso wie wir die Wiedervereinigung in Freiheit. Diesem Verlangen begegnet Pankow aus verständlichen Gründen mit

der planmäßigen Diffamierung unseres freiheitlichen Rechtsstaates, unserer Politik und der für diese Politik Verantwortlichen. Die Bewohner der „DDR" sollen eine möglichst negative Vorstellung von den Verhältnissen bei uns haben; nur wenn das gelingt, hat Pankow Aussicht, von den Menschen in Mitteldeutschland positiver als bisher beurteilt zu werden.

Zu dieser für den „Hausgebrauch" bestimmten Propaganda gegen die Bundesrepublik kommt das Bemühen, unser staatliches Ordnungsgefüge aufzuweichen und zu schwächen. Der Zweck dieser ständigen Bemühung ist ebenfalls deutlich: wenn es Pankow gelänge, bei uns soziale Unruhen zu stiften, unsere demokratischen Einrichtungen zu diskreditieren und unseren Verteidigungswillen zu lähmen, dann würde das Regime Ulbricht-Grotewohl den Anschein einer echten Legitimation erhalten – für die Herrschaft über Mitteldeutschland ebenso wie über Westdeutschland.

Alle diese Versuche werden also im ureigensten Interesse des Zonen-Regimes unternommen — sie dienen gleichzeitig jedoch auch der allgemein von Moskau betriebenen Politik der Schwächung der westlichen Abwehrbereitschaft. Das Eigeninteresse von Pankow trifft sich hier mit der allgemeinen Zielsetzung des „großen Bruders" im Kreml, der die Aktionen gegen die Bundesrepublik weitgehend steuert. Die Koordinierung der Aktionen ist heute so weit vorangetrieben, daß die Tarnorgane in der Bundesrepublik ganz offen außenpolitische Forderungen der Sowjetunion propagieren, deren Verwirklichung einer Auflösung der Bundesrepublik gleichkäme.

DIE SCHLÜSSELSTELLUNG DER BUNDESWEHR

Zur Begründung der permanenten sowjetischen Offensive gegen Deutschland kann man auf historische Wurzeln verweisen. Es ist bekannt, daß Lenin im Jahre 1918 zu anderen Kommunistenführern gesagt hat, das Gelingen der russischen Revolution bedeute viel, aber es bedeute nichts gegen die deutsche Revolution, die noch kommen müsse. Dieser Komplex mag bei der Gewohnheit der Sowjetkommunisten, dogmatisch an früheren Urteilen und Vorurteilen festzuhalten, auch heute noch im obersten sowjetischen Apparat eine Rolle spielen. Weit wichtiger ist die Bedeutung, welche die Sowjetunion der deutschen Wehrfähigkeit im Rahmen des Atlantik-Paktes beimißt. Bei dem Wort „Remilitarisierung" entsteht bei sowjetischen Funktionären nicht die Vorstellung von zwölf deutschen Divisionen, wie sie geplant sind, sondern es entsteht ein Erinnerungsbild an die deutschen Heeresgruppen und Armeen, die im zweiten Weltkrieg bis zum Kaukasus und bis nach Moskau vordrangen. Dieses Bild mag falsch und gänzlich subjektiv sein, es ist aber doch nicht ganz ohne objektive Bedeutung. Richtig ist nämlich, daß die deutsche Leistung im Rahmen der Verteidigung Europas von ausschlaggebendem Gewicht ist und daß eine Ausschaltung dieser deutschen Leistung mit großer Wahrscheinlichkeit die Verteidigungsfront überhaupt sprengen und Europa dem Zugriff der Sowjetunion öffnen würde.

Man braucht dabei nicht unmittelbar an militärische Aktionen der Sowjets zur Okkupation Westeuropas zu denken. Sobald aber ein echter militärischer Widerstand gegen eine direkte Aggression des Ostblocks nicht mehr möglich wäre, würde die Unterwerfung des Westens durch indirekte Aggression, nämlich durch verstärkte Propaganda, Unterwühlung, Revolte, Terror und Umsturz möglich sein. Die Sowjets haben in der Nachkriegszeit nicht so sehr mit militärischen, sondern mit den Mitteln der indirekten Aggression den Unterwerfungsprozeß in den Satellitenländern eingeleitet und vollendet. Ihre Waffe war die Einschüchterung durch Anwesenheit von Sowjettruppen oder durch die Drohung, sie heran-

zuziehen. Westeuropa gegenüber versagt diese Einschüchterung so lange, als die Verteidigungsfront unter dem Prinzip der abgestuften Abschreckung fest gefügt ist und in ihrem Kernstück durch die deutsche Leistung getragen wird. Daher betrachtet es die sowjetische Politik als eine Hauptaufgabe, die Bundesrepublik aus dieser Front herauszusprengen und zu neutralisieren.

Wir müssen also mit koordinierten und permanenten Aktionen der Sowjetunion und der Sowjetzone, darüber hinaus des gesamten kommunistischen Blocks, rechnen, die sehr große Mittel einsetzen und darauf ausgehen, die staatlichen Einrichtungen der Bundesrepublik zu erschüttern, die Moral der Bevölkerung zu lähmen, den Abwehrwillen zu schwächen und die Bundesrepublik in Schwierigkeiten mit ihren Verbündeten zu verwickeln.

DIE KRÄFTE DES WIDERSTANDES

Die Aufgabe, die sich der Kommunismus damit gestellt hat, ist nicht leicht. Die Freiheit, die der Bürger der Bundesrepublik genießt, läßt sich durch noch so viele Agitatoren und Pamphlete nicht wegdiskutieren. Das gegenseitige Vertrauen im westlichen Bündnissystem ist groß, und unsere Verbündeten haben sich seit vielen Jahren in jedem einzelnen Fall bereit gezeigt, für die Sicherheit der Bundesrepublik und Berlins und für unsere nationalen Forderungen einzutreten. Besonders wichtig aber ist, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik vollkommen abgeneigt ist, kommunistische Dogmen anzuerkennen und kommunistischen Gedankengängen zu folgen. Jede Wahl, die nach dem Kriege in der Bundesrepublik und in West-Berlin stattgefunden hat, hat das bestätigt.

Aber diese Mißerfolge, die bereits 1945 begonnen haben, führten nicht dazu, die sowjetische und die kommunistische Aktivität zu dämpfen. Im Gegenteil, je mehr Mißerfolge die Kommunisten auf dem legalen Sektor ernteten, desto mehr Anstrengungen wurden auf dem illegalen und halblegalen Sektor unternommen. Sie spiegeln sich nicht nur in den von Jahr zu Jahr steigenden Geldmitteln wider, die der Kommunismus im Kampfe gegen die Bundesrepublik einsetzt, sondern vor allem auch in den Kampfmethoden, die der jeweiligen Situation weitgehend angepaßt sind.

Der Kern der neuen Methode liegt darin, Forderungen aufzustellen, die zunächst als kommunistische Parolen nicht erkennbar sind. Die Sehnsucht der Menschen nach Frieden ist es vor allem, die vom Kommunismus mißbraucht wird. Es kommt ihm darauf an, durch solche allgemein ansprechenden Parolen jene Menschen, die mit den üblichen kommunistischen Schlagwörtern gar nicht

angesprochen werden können, ja durch diese nur verscheucht werden würden, seien es kleine Kreise von Intellektuellen, seien es breite Massen, zu gewinnen und zusammenzufassen.

„FRIEDENSKÄMPFER"

Diese Methode, die jetzt im größten Stil im Kampf gegen die Bundesrepublik angewandt wird und die in der Atomkampagne ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden hat, ist schon einmal angewandt worden, und zwar gleich nach dem Kriege. Damals handelte es sich noch nicht darum, speziell das Wehrpotential der Bundesrepublik zu lähmen. Sondern es ging darum, die Überlegenheit Amerikas in der Atomrüstung auszugleichen und die militärische Vormacht der Sowjets auf dem Kontinent aufrechtzuerhalten. Mit einer Reihe von sogenannten Friedenskongressen gelang es der Sowjetunion, breite Querverbindungen zu schaffen und vor allem Intellektuelle in großer Zahl in Kontakt mit den kommunistischen Frontorganisationen zu bringen. Schon damals zeigten sich auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik weite Kreise, die zunächst für kommunistische Parteithesen gar nicht anfällig waren, den Zielen einer „Friedensbewegung" gegenüber durchaus aufgeschlossen. Sie verstanden nicht, daß die sowjetische Bedeutung des Begriffs „Friede" eine völlig andere ist als bei ihnen selbst. Für die Kommunisten gibt es erst dann „Frieden", wenn der „Klassenkampf" abgeschlossen ist, das heißt alle „Klassenfeinde" vernichtet sind, getreu den proletarischen Leitsätzen Lenins: „Mag die heuchlerische oder sentimentale Bourgeoisie von Entwaffnung träumen! Aber wir haben, solange es in der Welt Unterdrückte und Ausgebeutete gibt, nicht nach Entwaffnung zu trachten, sondern nach der allgemeinen Bewaffnung des Volkes" (Lenin, „Armee und Revolution", 1905) und „... das revolutionäre Proletariat muß unermüdlich gegen den Krieg agitieren, aber immer daran denken, daß Kriege unausrottbar sind, solange sich die Klassenherrschaft überhaupt hält." (Lenin, „Der Fall Port Arthur", 1905).

Die Schwierigkeit der heutigen Weltsituation, die Unnachgiebigkeit der sowjetischen Diplomatie in allen grundsätzlichen Fragen und die Unorientiertheit der meisten Menschen in der westlichen Welt ermöglichen es dem Kommunismus, mit dieser Methode gutgläubige Idealisten, auf publicity bedachte Künstler, eitle Intellektuelle und politisch unerfahrene Wissenschaftler für ihre Ziele – meist ohne ihr Wissen – einzuspannen, und damit die Masse der politisch nicht Interessierten, der Gutgläubigen und der schlecht Informierten zu verwirren oder in ihrem Sinne zu beeinflussen.

In Deutschland machten die Kommunisten alle Anstrengungen, den Willen der deutschen Bevölkerung zur Wiedervereinigung als Vorspann für ihre „Friedensziele" zu benutzen.

Nach Kriegsende war den Kommunisten auch in den drei westlichen Zonen Deutschlands ein größerer Einfluß auf die inneren Verhältnisse als Konsequenz des alliierten Sieges mit Zubilligung und teilweise auch Förderung der Besatzungsmächte zugefallen. Er verringerte sich jedoch – nicht zuletzt dank einer geringen Anfälligkeit der westdeutschen Bevölkerung für den Kommunismus angesichts der kommunistischen Praxis in der russisch besetzten Zone – immer mehr, so daß die Kommunisten allmählich aus den meisten Länderparlamenten und 1953 auch aus dem Bundestag verschwanden. Daher legte der Kommunismus sehr bald das Schwergewicht seiner Bemühungen auf Tarnorganisationen und auf den Ausbau einer illegalen Parteiorganisation, die aus dem Untergrund die Arbeit der Kommunistischen Partei nach deren Verbot in Westdeutschland zu übernehmen hatten.

Da die Frage der Wiedervereinigung auch durch den Gegensatz zwischen Regierung und Opposition über den Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik an der Seite des Westens außerordentlich beschwert ist, ergaben sich dafür besondere Ansatzpunkte.

DIE TARNORGANISATIONEN

Die kommunistischen Tarnorganisationen wandten sich an pazifistische, kirchliche, wissenschaftliche und allgemein intellektuelle Kreise. Dabei machten sie sich die Angst vor dem Atomkrieg, die Sehnsucht nach der Wiedervereinigung und die aus den Ressentiments der Vergangenheit gespeisten Stimmungen gegen die Wiederbewaffnung zunutze.

Der Wert einer Tarnorganisation für den Kommunismus hängt davon ab, ob es ihr gelingt, nichtkommunistische Persönlichkeiten, die große öffentliche Achtung genießen, in ihre Aktionen einzuspannen. So bemächtigte sich die kommunistische Propaganda der Äußerungen Albert Schweitzers und ganz besonders des Aufrufs der Göttinger Professoren gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, der lange Zeit geradezu die Grundlage der Propaganda bildete, die die kommunistischen Tarnorganisationen in der Bundesrepublik trieben. Volksbefragungen, Kongresse, Foren, Resolutionen, Unterschriftensammlungen, Massenveranstaltungen für den Frieden und gegen den Atomkrieg kamen dazu. Sie sind beliebte Mittel kommunistischer Tarnorganisationen in nichtkommunistischen Ländern, wo alle diejenigen öffentlichen Äußerungen gefördert werden, die der Kommunismus in seiner Machtsphäre unter schwere Strafe stellt.

Insbesondere „Volksbefragungen" spielen eine Rolle. Mit besonderer Hartnäckigkeit erheben die Kommunisten und ihre Tarnorganisationen in entschei-

dungsvollen politischen Augenblicken die Forderung nach Volksbefragungen. So wurde auch 1951 bereits eine Tarnorganisation „Hauptausschuß für Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für Abschluß eines Friedenvertrages" gebildet, die vom Zentralkomitee der SED in Ostberlin dirigiert wurde. In dem Verfahren vor dem Bundesgerichtshof gegen die Funktionäre dieser Tarnorganisation, Oskar Neumann, Bechtle und Dickel (Aktenzeichen STE/68/52 u. STB 11/54), ist festgestellt worden, daß die Machthaber der Sowjetzone mit dieser Volksbefragungsaktion in Westdeutschland ein bestimmtes hochverräterisches Unternehmen in Gang gesetzt hatten. Zur Einleitung dieses Unternehmens waren die Angeklagten als zuverlässige und erprobte Funktionäre der KP für die Arbeit im Hauptausschuß abgeordnet und ständig mit den erforderlichen Weisungen versehen worden. Dabei hatten die Hintermänner des Unternehmens, wie daß auch bei anderen kommunistischen Tarnorganisationen der Fall ist, entscheidenden Wert darauf gelegt, daß die Leitung der Volksbefragungsaktion scheinbar in den Händen solcher Personen lag, die der Öffentlichkeit gegenüber parteipolitisch neutral oder doch nicht als Parteigänger der Sowjetzonenpolitik erschienen. Unter Ausnutzung solcher, der Öffentlichkeit gegenüber unverdächtiger, Persönlichkeiten hatten die Hintermänner des Unternehmens mit Hilfe der Angeklagten die wirkliche Führung fest in der Hand behalten. Ihre Absicht war es dabei gewesen, für ein politisches Tagesziel, das man allgemein für erstrebenswert halten konnte, ohne damit gleich die den Kommunisten vorschwebenden weiteren Ziele der vollständigen Umgestaltung des politischen und sozialen Lebens zu bejahen, möglichst breite Volksmassen zu gewinnen und ihnen auf diese Weise allmählich und unmerklich auch kommunistische Gedankengänge und Auffassungen nahezubringen.

Mit dieser Methode ist versucht worden, die Voraussetzungen für einen gewaltsamen Umsturz zu schaffen.

GESCHMEIDIGE METHODEN

In Westdeutschland sind weite Bevölkerungskreise aus einem satten Egoismus heraus politisch uninteressiert und erliegen eher den bequemen, einschläfernden Parolen des getarnten Kommunismus, als daß sie bereit wären, selbst in die geistigen und weltanschaulichen Auseinandersetzungen gegen den Weltkommunismus mit ihrer eigenen Person einzugreifen. Auf diese Weise ist es einer fanatischen, opferbereiten kleinen kommunistischen Minderheit von Berufsrevolutionären immer wieder gelungen, die Sehnsüchte und Gefühle einer zur Trägheit neigenden Masse in kritischen Phasen der weltpolitischen Entwicklung aufzuputschen.

Die Geschmeidigkeit der Taktik macht es den Tarnorganisationen möglich, das gesteckte Ziel auf immer neuen Wegen anzugehen. Methoden und Parolen sind variabel, je nachdem, welche Ansatzpunkte zur Erzeugung von Verwirrung, Unzufriedenheit und Mißstimmung gerade gegeben sind. Dabei kommt es immer darauf an, die von der kommunistischen Zentrale bestimmten Schwerpunkte der jeweils aktuellen politischen Thematik herauszuarbeiten und in ihrem Sinne zu verdeutlichen.

Wird einer Tarnorganisation ihr kommunistischer Ursprung nachgewiesen, verschwindet sie über Nacht von der Bildfläche, und ihre im Hintergrund arbeitenden Agenten wechseln in eine neue Tarnorganisation über. Bei dieser Agilität und Wendigkeit verwundert es nicht, wenn die Zahl dieser Organisationen immer größer wird. Daher läßt sich keine vollständige Liste der in der Bundesrepublik bestehenden Tarnorganisationen aufstellen. Aber die Vielfalt der Namen macht ihre Zweckbestimmung deutlich. Man wendet sich an alle Berufsschichten, z. B. an den Mittelstand, an Landwirte, Juristen, Studenten, Gewerkschafter, Professoren. Anfang Mai 1959 wurden in der Bundesrepublik einige Hundert Tarnorganisationen registriert.

Welcher Bundesbürger wird an Kommunisten denken, wenn ihm morgens mit der Post ein höfliches Schreiben des „Arbeitskreises der Parkfestspiele Sanssouci“ oder der „Arbeitsgemeinschaft zur Rettung der Lüneburger Heide“ oder der „Arbeitsgemeinschaft zum Schutze des Kindes“ auf den Frühstückstisch flattert?



Potsdam, den 30.5.1958

An die
Teilnehmer
der V. Parkfestspiele "Sanssouci"

Liebe westdeutsche Freunde!

Wir hoffen, daß Sie nach den schönen und ereignisreichen Pfingsttagen wieder gut in Ihre Heimatorte zurückgekehrt sind.

In der gemeinsamen Arbeiteraussprache in Potsdam haben die Arbeiter aus Hamburg, Solingen, Dortmund, Hagen und Potsdam über alle Probleme, die sie bewegten, diskutiert.

Es wurde einmütig festgestellt, daß die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen die Wiedervereinigung Deutschlands gefährdet, die Kriegsgefahr erhöht und den Atomtod heraufbeschwört.

Nach Ihrer Rückkehr hat Ritter von Lex, Staatssekretär im Innenministerium der Bonner Regierung, den Beschluß des Parlaments über die V...
befragung in Hamburg durch das Bundesverfassungsgericht a...
sen, um damit den wahren Volkswillen zu unterdrück...

Mit der Unterdrückung des Willens des Vo...

In unseren gemeinsamen Grußsch...
spiele an die franzö...

"Wir habe...

...weil sie eng
...und der schaffenden Intelligenz verbunden
ist.

Damit haben wir erneut den Beweis erbracht, daß der Arbeiter-und-Bauern-Staat der Hort des Friedens und das Vorbild für ein einheitliches, demokratisches Deutschland ist.

Mit freundlichen Grüßen!

Die Potsdamer Teilnehmer der
V. Parkfestspiele

DIE INNERE ORGANISATION

Aus der Urteilsbegründung des Bundesgerichtshofs vom 2. August 1954 in dem bereits erwähnten Prozeß gegen Oskar Neumann geht hervor, wie eine Tarnorganisation arbeitet und wie ihre Drahtzieher im Hintergrund agieren: Ein „Hauptausschuß für Volksbefragung" wurde gebildet, dem ein Präsidium vorgeschoben wurde. Seine Wahl erfolgte durch Zuruf ohne förmliche Abstimmung. Dieses Präsidium, dessen Mitglieder (etwa 60) aus den verschiedensten Teilen der Bundesrepublik stammten, bestimmte aus seiner Mitte die geschäftsführende Leitung. Deren Zusammensetzung blieb bis zum Abschluß der Aktion im wesentlichen unverändert. Sie leistete organisatorisch und propagandistisch die Hauptarbeit. Der Öffentlichkeit gegenüber trat sie jedoch nicht in Erscheinung, nach außen galt das Präsidium als Träger der Aktion. Zur Durchführung der laufenden Arbeiten wurden außerdem verschiedene Abteilungen mit hauptamtlich bestellten und bezahlten Leitern gegründet.

Neben diesen Abteilungen wurden innerhalb des „Hauptausschusses" noch Arbeitsgruppen gebildet, denen die propagandistische Erfassung bestimmter Volkskreise oblag. So gab es eine „Arbeitsgruppe Sozialdemokraten", eine „Arbeitsgruppe Betriebe und Gewerkschaften", eine „Arbeitsgruppe für katholische Christen" sowie eine „Arbeitsgruppe für evangelische Christen".

Nachdem ein Aufruf veröffentlicht worden war, wurden „Ausschüsse für Volksbefragung" auf Landesebene gebildet. Diese erhielten Weisungen vom Präsidium, d. h. vom geschäftsführenden Vorstand. Ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes war der eigentliche Führer der Volksbefragungsaktion, trat aber als solcher nicht in Erscheinung. Er war von seiner Partei, der KPD, für diese Aufgabe abgestellt worden.

Wörtlich heißt es in dem Urteil des Bundesgerichtshofs: „Sich innerhalb des Hauptausschusses durchzusetzen, konnte (dem angeklagten leitenden Mitglied) angesichts der Persönlichkeiten, die nach außen als angeblich führend in Erscheinung traten, keine besonderen Schwierigkeiten bereiten. Er war ihnen politisch in jeder Richtung weit überlegen. Manche Präsidialmitglieder mögen nicht einmal erkannt haben, in welchem Umfange sie für kommunistische Zwecke eingespannt wurden." An anderer Stelle: „Daß der Angeklagte sich nach außen nicht auffällig betätigte, steht der Feststellung seiner führenden Rolle nicht entgegen. Diese Zurückhaltung lag gerade in der Linie der kommunistischen Politik. Die KPD mußte von Anfang an darum bemüht sein, daß die von ihr abgeordneten Funktionäre nach außen nicht führend in Erscheinung traten. Schon in ihren Anfängen war die Volksbefragung als eine kommunistisch gesteuerte Aktion bezeichnet worden. Darin lag vom kommunistischen Standpunkt aus eine wesentliche Gefahr für das Gelingen der Aktion. Es mußte deshalb entscheidender Wert darauf gelegt werden, daß sich diese Auffassung nicht alsbald und allgemein

durchsetzte. Denn es kam ja darauf an, die weitverbreitete Stimmung gegen die Wiederbewaffnung in einer großen Massenorganisation einzufangen und der kommunistischen Politik dienstbar zu machen. Das wiederum war nur möglich, wenn die Führung des Hauptausschusses und seiner Untergliederungen nach außen hin nicht in der Hand der Kommunisten lag."

Lakonisch stellt das Urteil fest: Nach Ablauf der Aktion „wurde der Angeklagte vom Parteivorstand der KPD aus dem Präsidium des Hauptausschusses abberufen und mit anderen Aufgaben betraut."

„AKTIONSEINHEIT DER ARBEITERKLASSE"

Mit größtem Nachdruck versuchen die Kommunisten unter der Losung „Aktionseinheit der Arbeiterklasse" die Arbeiterschaft, die Gewerkschaftsorganisationen und die Sozialdemokratische Partei für gemeinsame politische Aktionen zu gewinnen. Sie wenden sich auch an das Bürgertum, die Jugend und die Intelligenz, um sie in einer „breiten demokratischen Volksbewegung" zusammenzuschließen.

In der offiziellen Propaganda der Kommunisten wird die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse", d. h. eine Zusammenarbeit der Kommunisten mit den sozialdemokratischen Arbeitern gefordert. Andererseits ist in den internen Anweisungen und Schulungsbriefen für die Funktionäre der SED der Wille zu Vernichtung der SPD deutlich ausgesprochen:

> Massen . . . Was wir brauchen, ist jene bolschewistische Unversöhnlichkeit und Unduldsamkeit gegenüber allen Einflüssen der Sozialdemokratie und auch die Überwindung aller in unseren Reihen noch vorhandenen Überreste aus der sozialdemokratischen und luxemburgischen Vergangenheit unserer Partei."

Die Kommunisten wenden sich zunächst an die Führung des DGB oder der SPD (Taktik der Einheitsfront „von oben").

Zeigt sich kein Erfolg, so wird die Herstellung der Einheitsfront „von unten" versucht. Mitglieder und untere Funktionäre von Arbeiterorganisationen werden angesprochen, um sie von ihrer Führung zu trennen und sie zur Mitarbeit im kommunistischen Sinne zu veranlassen.

Auf der 33. Tagung des ZK der SED, die vom 16.–19. 10. 57 in Ostberlin stattfand, sagte Grotewohl, die Arbeiterschaft Westdeutschlands müsse sich im Bereich der Gewerkschaft zum „einheitlich kampfentschlossenen Handeln organisieren".

> **„Erforderlich sind Tausende neuer Kontakte, enge brüderliche Beziehungen zu Gewerkschaftsorganisationen, zu sozialdemokratischen Funktionären und sozialdemokratischen Organisationen, die Schaffung von festen Stützpunkten in den Großbetrieben Westdeutschlands, von Stützpunkten in den Gewerkschaften, in der SPD und in allen Massenorganisationen der Werktätigen. Das muß sowohl durch die Entsendung von Funktionären und Delegierten unserer Parteiorganisation und der Gewerkschaften als auch durch eine Vervielfachung qualifizierter Delegationen aus Westdeutschland in die DDR erfolgen."**
>
> („Neues Deutschland", Zentralorgan der SED; Ausgabe v. 23. 10. 1957.)

Daß dieses kommunistische Bündnisstreben nur Mittel zum Zweck ist, bestätigte Hermann Matern im „Neuen Deutschland" vom 16. 2. 57, als er sagte:

> **„Das Ringen um die Aktionseinheit dient dem Hauptproblem, dem Kampf um die Macht; die Aktionseinheit nur um der Einheit willen hat keine besondere Bedeutung."**

In diesem Sinn schreibt das Organ der sowjetzonalen Gewerkschaften „Tribüne", Nr. 23 vom 28. Januar 1958, über eine Tagung im Januar 1958 in Ostberlin, auf der der Vorschlag Grotewohls diskutiert wurde, in ganz Deutschland einen Volksentscheid durchzuführen:

...ieses Ziel einzuse...
Mehrfach wurde in der Aussprache betont, daß die westdeutschen Bergarbeiter eine bedeutende Kraft darstellen, die in der Lage ist, einen solchen Volksentscheid auch gegen die Bonner Atomkriegskonzeption zu erzwingen, da sie die Möglichkeit haben, den für die NATO-Aufrüstung benötigten Kohlestrom von den Gruben an Rhein, Ruhr und Saar zu stoppen. Die westdeutschen Kollegen ...

Dieses Dokument beweist, daß die Anhänger der Pankower Diktatur ihr Ziel in der Bundesrepublik mit illegalen Mitteln zu erreichen suchen: der hier geforderte „Volksentscheid" wäre nach dem Grundgesetz nämlich gar nicht zulässig, ganz zu schweigen von der offen ausgesprochenen Drohung, den „benötigten Kohlestrom von den Gruben an Rhein, Ruhr und Saar zu stoppen". Solche Methoden sind mit der Ordnung unseres freiheitlichen Rechtsstaates unvereinbar.

DIE AUFGABENSTELLUNG

Wer an uns das Ansinnen stellen würde, für die Ziele des Kommunismus oder für die sowjetrussische Weltmachts-Politik einzutreten, würde wenig Gegenliebe finden. Die Kommunisten wissen das sehr genau; sie sprechen deshalb in der Bundesrepublik von diesen Zielen nicht, ja, sie vermeiden es vielfach, von Politik zu uns zu sprechen: man würde die Absicht zu leicht durchschauen. Sie versprechen sich viel mehr davon, soziale Forderungen zu stellen oder im Namen der von ihnen bekämpften Demokratie gegen bestimmte Institutionen (wie die Bundeswehr) Stimmung zu machen.

Daraus ergibt sich folgende Aufgabenstellung der Tarnorganisationen in der Bundesrepublik:

- **Aktivierung der sozialen Forderungen bei der Arbeiterschaft durch die Parole „Höhere Löhne, niedrigere Preise"; das Ziel ist der Generalstreik,**
- **Aufbau einer „Volksbewegung" gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und für Beseitigung von „Atomstützpunkten" auf dem Gebiet der Bundesrepublik,**
- **Forderung nach Aufhebung des KP-Verbots und nach Amnestie der politischen Häftlinge,**
- **Propaganda unter dem Gesichtspunkt der „demokratischen" Wiedervereinigung eines „friedliebenden" Deutschlands.**

Ob es sich um eine Frauenorganisation handelt oder um eine „Vereinigung demokratischer Juristen", um eine „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse" oder um ein „Bürgerkomitee gegen Atomverbrecher", immer wird die Grundlage der Tarnarbeit der oben bezeichnete Themenkreis in mehr oder weniger geschickter Verpackung sein.

Der kommunistische Apparat versucht immer wieder, so zum Beispiel auch in der Atomkampagne, Demonstrationen und Streiks bis zum Massen- und Generalstreik in Gang zu bringen.

In dem Bericht des Politbüros an das 35. Plenum des ZK der SED erklärte Erich Honecker:

> *Ausgehend von der Analyse der Lage und der Kräfte beschäftigte sich deshalb das Politbüro mit der weiteren Entwicklung und Stärkung der Friedensbewegung in ganz Deutschland.*
>
> *Es bestehen reale Möglichkeiten, daß die Friedenskräfte der Deutschen Demokratischen Republik gemeinsam mit den friedliebenden Kräften Westdeutschlands die Organisierung einer solchen Massenorganisation erfolgreich durchführen können.*
>
> *Unsere Kreisräte und Kommunalvertretungen sollen sich an die entsprechenden Körperschaften Westdeutschlands wenden, besonders an die durch die NATO-Maß-*

nahmen gefährdeten Städte und Gemeinden mit der Aufforderung, gegen die Errichtung von Raketenbasen und für einen atomwaffenfreien Raum in Mitteleuropa einzutreten usw.

Mit den Arbeitern und Gewerkschaftsdelegationen aus Westdeutschland sowie auf der Ebene der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und der Friedensräte sind Notwendigkeit und Aufgaben einer breiten Volksbewegung zu behandeln. Wir empfehlen Unterschriftensammlungen, Volksbefragungen und Petitionen auf allen Ebenen zu organisieren.

Es kommt hinzu, daß die Entwicklung in Westdeutschland dazu geführt hat, daß die Vorschläge des Parteivorstandes der SPD in solchen Fragen, wie der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone, gegen die Errichtung von Raketenbasen und gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, mit unseren Auffassungen und denen der KPD weitgehend übereinstimmen. ***Was darf uns also daran hindern, in diesen nationalen Lebensfragen gemeinsam oder getrennt mit der gleichen Zielrichtung zu handeln? Wir sind dazu jedenfalls fest und unverrückbar gewillt und entschlossen, und wir wissen uns darin mit vielen sozialdemokratischen Funktionären und Mitgliedern einig.*** (Neues Deutschland, 8. 2. 1958.)

Soweit die Meinung des Zentralkomitees der SED, die Erich Honecker nur abzulesen und vorzutragen hatte. Diese Rede ist im Februar 1958 gehalten worden, und doch hat sie heute überraschende Aktualität.

Man versucht im Sinne dieser Forderung, sich bei der parlamentarischen Opposition und bei den westdeutschen Gewerkschaften, die beide auf dem Boden unseres freiheitlichen Rechtsstaates stehen, anzubiedern oder diese zur Verschärfung ihrer Opposition anzustacheln. Hierfür ein Beispiel:

Am 3. April 1958 veröffentlichte die „Tribüne" einen Bericht des offiziellen sowjetzonalen „Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes" (ADN) aus Bochum:

Der DGB muß jetzt handeln

Bayrisches „Komitee gegen Atomrüstung" / Wuppertaler für Generalstreik

Bochum (ADN). Den leidenschaftlichen Appell, gegenüber der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands nicht untätig zu sein, sondern mit dem Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfmittel zu handeln, richtete am Dienstagabend Professor Dr. Renate Riemeck in einem Vortrag vor Gewerkschaftern im Bochumer Gewerkschaftshaus an den Bundesvorstand des DGB und an alle Industriegewerkschaften der Bundesrepublik. Professor Dr. Renate Riemeck, die Initiatorin des Appells der 44 Professoren an den DGB-Bundesvorstand, betonte, für die westdeutschen Gewerkschaften dürfe es in dieser Situation nicht in erster Linie um die Lohnfrage gehen, sondern darum, den mitteleuropäischen Raum nicht in einen atomaren Krieg zu verstricken.

Das Ziel ist, die Bundesregierung und das Parlament auszuschalten. Die Bedeutung dieser Taktik hat der Bundesgerichtshof in dem Urteil gegen Oskar Neumann dargestellt:

In einem stark industrialisierten und dicht besiedelten Land wie die Bundesrepublik setzt die Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Gütern und Diensten ein reibungsloses Ineinandergreifen der vielfältigen Einrichtungen, Betriebe und Tätigkeiten voraus. Werden wesentliche Teile dieses komplizierten Mechanismus in erheblichem Umfang und für geraume Zeit stillgelegt, oder tritt gar, wie beim Generalstreik, eine Lähmung des gesamten öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens ein, so wird auch das ordnungsgemäße Funktionieren des Staatsapparates unmöglich, und es müssen sich zwangsläufig chaotische Zustände herausbilden. Wenn in der Bevölkerung durch Massendemonstrationen zugleich Unruhe, Angst und Empörung hervorgerufen werden, dann kann der Fall eintreten, daß sich Regierung und Volksvertretung nicht mehr als Herr der Lage fühlen und daher gezwungen sehen, vor den gegen sie ankämpfenden gegnerischen Kräften zu kapitulieren, um der Bevölkerung weitere und noch schwerere Leiden und Schädigungen zu ersparen. Daß dies die Folge einer Zwangswirkung wäre, kann nicht ernstlich bezweifelt werden, wenn man bedenkt, daß es die wichtigste Aufgabe von Regierung und Volksvertretung ist, für das Wohl des Volkes zu sorgen. Ihre Mitglieder müssen es als einen auch auf sie persönlich ausgeübten Zwang empfinden, wenn ein für die Bevölkerung unerträglicher Zustand der Auflösung jeder Ordnung eintritt, dem sie nicht mehr wirksam begegnen können.

Die Kommunisten, die in den Betrieben als Drahtzieher auftreten, sind stets geschulte Agenten und Instrukteure. Nach Angaben zuständiger westdeutscher Stellen kommen monatlich etwa 200 Ostagenten über die Zonengrenze. Es sind meist junge Leute, von denen manche Hochschulbildung haben.

Jahrelang sind sie für ihren Einsatz in Westdeutschland gedrillt worden. Man hat ihre Zahl für das gesamte Bundesgebiet auf mehrere Tausend geschätzt. Daran gemessen ist die Zahl der von den Gerichten des Bundes und der Länder erlassenen Haftbefehle gegen solche Personen gering.

DIE AUSBILDUNGSZENTREN

Die Ausbildung der Agenten erfolgt an Sonderschulen in der Sowjetzone:

Aus Oberhof kommen die politisch abgerichteten Sportler, um in westdeutschen Sportvereinen zu agitieren.

Aus Eberswalde kommen die Kellner, Küchenmeister und sonstiges Hotelpersonal für westdeutsche Städte, Reise- und Verkehrszentren.

In Halle werden Gewerkschaftsspezialisten ausgebildet,

in Rathenow die Musiker,

in Saßnitz (Rügen) die Seeleute mit Schulungen für Hafenstreiks, Sabotage, Spionage.

Im Dienste ähnlicher Zwecke stehen:

Die FDGB-Schule „Fritz Heckert" in Bernau bei Berlin; sie ist auf gewerkschaftliche Westarbeit spezialisiert;

die Jugendhochschule „Wilhelm Pieck" in der strategische Seminare für Agenten abgehalten werden;

die Zentralschule der Nationalen Front in Bantikow, die die Agenten in „allgemeiner Politik" ausbildet;

die „Deutsche Verwaltungsakademie Walter Ulbricht" in Potsdam und

die „Parteischule Karl Marx", Klein-Machnow; die für Spionage, Sabotage und Partisanenkampf schulen;

die Zentralschule der SED für Techniker in Ballenstedt und das Universitätsgut in Ladebow bei Greifswald; sie präparieren die Agenten für die Arbeit in westdeutschen Hafenstädten.

Neben den Industrie- und Hafenstädten werden Gebiete mit Flüchtlingslagern, Notstandsgebiete und Gebiete um amerikanische und britische Truppenübungsplätze in der Infiltrationsarbeit besonders berücksichtigt.

In Mönchswinkel bei Berlin wurde eine nur für Besucher aus der Bundesrepublik bestimmte Schule errichtet, an der diese für ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik geschult werden. In Schönwalde und in Oderberg werden Funktionäre geschult. Die Kurse dauerten etwa sechs Monate und wurden unter besonderen Geheimhaltungsmaßnahmen durchgeführt; so erhielten die Teilnehmer aus der Bundesrepublik Decknamen, und die eingehende wie die ausgehende Post wurde kontrolliert.

Kommt es irgendwo zu einem wilden Streik in der Bundesrepublik, dann steckt mit ziemlicher Sicherheit kommunistischer Einfluß dahinter. Die „Freie Deutsche Jugend" (FDJ) hat schon vor ihrem Verbot den Auftrag erhalten, die Gewerkschaftsjugend in der Bundesrepublik zu unterwandern. Besonders aktiv sind ausgesuchte Kräfte an den westdeutschen Universitäten, wo sie Aktionsausschüsse, Aktivgruppen und Komitees bilden, insbesondere gegen die Atombewaffnung. Sie verstehen sehr geschickt, Diskussionen zu veranstalten und zu führen, denen sie einen „überparteilichen" Anstrich geben. Nicht nur Studenten, auch Professoren und Dozenten erweisen sich oft als anfällig für die Argumente aktiver Kader junger Kommunisten.

Wie weit die Verfechter sowjetzonaler und sowjetischer Thesen in der Bundesrepublik in ihrer Propaganda gehen, ist aus nachfolgenden aufschlußreichen Zeilen eines Gedichtes zu entnehmen, das am 1. Mai 1958 in dem westdeutschen Wochenblatt *„Die Andere Zeitung"* veröffentlicht wurde. Gepriesen wurde ein von Kommunisten angezettelter wilder Streik in Kassel:

„Während am fünfundzwanzigsten März
abgeordnete Philantropen auf Stigmatisierte einredeten,
setzen zwölfhundert Proleten ihre Hoffnungen in sich selbst.
Ich rühme euch Rücksichtslose in Kassel!
Ihr seid gegen die Marschierer marschiert!

Prolet, dein Marschieren hat eine Konsequenz:
Du marschierst gegen diesen Staat.
An den grindigen Fischmäulern und an den gichtigen
Händen kannst du sie orten —

Die Jesuiten wider den Kommunismus.
Der gütige Riese seufzt, weil du die Predigt anhörst.
Begnüge dich nicht mit den Halbwahrheiten der Philantropen!

An der Klagemauer schleichen die Enterbten.
Prolet, zerfetze die blutigen Laken der Nacht!
Meine Väter kamen ungebeten nach Stalingrad.

Ich werde mich bitten lassen.
Bruder in Moskau!
Du hast die Wehen der Menschheit für mich ertragen.
Deinem Kopf gehorchen nicht nur die eigenen Glieder.

Dir gilt mein verwegener Herzschlag in
der Springflut.
Ich ängstige mich nicht! Nein!
Ich träume das Herrliche.
Und ich bin stark wie der gütige Riese
vom Jahrgang Neunzehnhundertund-
siebzehn."

FLUGBLÄTTER, BROSCHÜREN, ZEITUNGEN

Die Tarnorganisationen stellen beinahe unbegrenzte Mengen an Propagandamaterial zur Verfügung. Flugblätter, Broschüren, Plakate, Zeitschriften und Zeitungen, Pressedienste und Informationsdienste sind in ihren Auflagen nicht von finanziellen Gesichtspunkten abhängig. Verhältnismäßig gering ist die Zahl der direkt finanzierten periodischen Veröffentlichungen. Man registrierte vor dem Verbot der KPD 13 kommunistische Tageszeitungen. Sie haben mit einer Höchstauflage von insgesamt 110 000 Exemplaren nie eine größere Rolle gespielt. Diese Tageszeitungen erscheinen seit dem Verbot der Partei nicht mehr. Dagegen werden getarnte Wochenzeitschriften herausgebracht. Dazu kommen Zeitschriften für Politik, Sport, Kultur, Bauern, Lehrer, Flüchtlinge, Mittelstand, Frauen, Jugend usw. Unter immer neuen Namen werden sie überall in der Bundesrepublik verbreitet.

Vor dem Verbot der KPD erschienen ungefähr 600 kommunistische Betriebszeitungen. Meist wurden sie von Nichtkommunisten redigiert, die dem kommunistischen Redaktionskollektiv verantwortlich waren. Eine Anweisung an die Redaktionen der Betriebszeitungen befahl, unbedingt die Argumente der Sozialdemokraten zu „berücksichtigen" und die Alltagssorgen der westdeutschen Arbeiter zum Gegenstand der Propaganda zu machen. Da manche der angeprangerten Mißstände tatsächlich existieren und die Betriebsräte oft Hemmungen haben, sie aufzugreifen, fällt es den Kommunisten nicht schwer, sich in ihren Betriebszeitungen als die „einzig wirklichen Vertreter der Arbeiterklasse" anzupreisen.

Mit der KPD vorwärts zum Frieden!

Gebt diese Zeitung an SPD-Genossen weiter!

FREIES VOLK

Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

13. Jahrgang Nr. 21 (86) 3. Mai-Woche 1958 Preis: Solidaritätsgroschen

Aktionseinheit gegen den Atomtod!

... Zentralkomitees der KPD an die Delegierten des SPD-Parteitages

Fordert die Aufhebung des KPD-Verbots!

Gebt diese Zeitung an SPD-Genossen weiter!

NORDDEUTSCHES ECHO

NE

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESORGANISATION SCHLESWIG-HOLSTEIN

Gegründet 1919/Jahrgang 1958/Nr. 10/Juli
Preis: Solidaritätsgroschen

V. PARTEITAG DER SED:

SOZIALISMUS: FRIEDEN UND VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

"Im Mittelpunkt d...
tages steht die ...
Aufgabe, der Arbe...
und allen friedli...
Menschen in Deuts...

Neue Zeit

Organ der Kommunistischen Partei, Landesverband Saar

Jahrgang 13 - Nr. 13 - Saarbrücken - Ende August 1958 - Preis : Solidaritätsspende

NATO- Bundeswehr wird Kriegsreif gemacht

In Manövern von Baumholder bis ostwärts München werden "echte Kampfaufgaben" gestellt

Sozialistische Volkszeitung

DEUTSCHE ZEITUNG FÜR FRIEDEN, EINHEIT UND DEMOKRATIE

Jahrgang 10 (5) Nr. 10 Mai 1958 Preis 10 Pfg.

Ergebnis der ersten Volksbefragung:

91 - 94 Prozent stimmten gegen Atombewaffnung!

Drei hessische Landgemeinden geben Beispiel für entschlossenes handeln

Frankfurt. — In den drei Gemeinden Niedernhausen, Odersbach und Biesenbach im Oberlahnkreis haben Mitte Mai Volksbefragungen über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr stattgefunden, nachdem die Gemeindevertretungen entsprechende Beschlüsse gefaßt hatten. Dabei haben zwischen 91 und 94 Prozent aller wahlbeteiligten Bürger die Atomkriegspolitik Adenauers ...

... schaft gegen die Atomkriegspolitik bekundeten. Zu den auf freien Plätzen sich anschließenden Kundgebungen hatten sich meist größere Menschenmassen eingefunden, die sich dem Wollen der Studenten und Profesoren anschlossen.

In München wurde gegen die Demonstranten Polizei ein...

Kommunistische Zeitungen für die Bundesrepublik.

Im Vordergrund der Agitation stehen sozialpolitische Forderungen und Klassenkampfparolen. In einer Direktive für die kommunistische Betriebsarbeit im „Volkskorrespondent", einer Schulungsschrift für die Nachrichtenorganisationen, heißt es:

Wichtig für unsere Arbeit ist die Erkenntnis: ohne Gewerkschaften keine entscheidenden Massenkämpfe. Das erfordert mehr denn je, unsere Hauptkraft auf die Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, auf die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu verlegen und beständig alle politischen Aufgaben von dieser Seite aufzugreifen.

Bequemstes Werbemittel sind die sowjetzonalen Sender. Sie stützen sich in ihren Berichten zu einem guten Teil auf Meldungen der „Volkskorrespondenten", geschulte Vertrauensleute, die wissen, welche Mitteilungen für den sogenannten „Freiheitssender 904" erwünscht sind.

Das Nachrichtenmaterial der Volkskorrespondenten ist zugleich Basis für die Herstellung von Untergrund-Betriebszeitschriften, die illegal in den Betrieben verteilt werden. Von den 600 Betriebszellenzeitungen vor dem Verbot sind heute nur noch wenige übrig geblieben, die unregelmäßig und in den verschiedensten Formen erscheinen. In der letzten Zeit steigerte sich die Tätigkeit wieder. An 72 Orten wurden 156 derartige Betriebszeitungen festgestellt. Es gibt darüber hinaus noch andere Betriebsmitteilungen, die aber mit einer Betriebszeitschrift kaum in Form und Inhalt etwas zu tun haben und sich in den meisten Fällen der Form des Kassibers nähern, also kleinen hektographierten Zetteln, auf denen irgendwelche Parolen vermerkt sind. Aufmachung und Druck verraten meist schon äußerlich, ob die kommunistischen Propagandaschriften diesseits oder jenseits der Zonengrenze hergestellt worden sind. In letzter Zeit ist auch aus Luxemburg und Frankreich deutschsprachiges Agitationsmaterial der Kommunisten in die Bundesrepublik geflossen. Alles erforderliche Material wird von den Volkskorrespondenten geliefert, daneben werden auch offizielle Berichte des sowjetzonalen ADN („Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst") verwertet.

Der Tenor dieser Betriebsmitteilungen ist recht grobschlächtig. Das ist aber kein Mangel, sondern bewußte Arbeitsmethode. So heißt es in den Anweisungen für Volkskorrespondenten:

> *Propaganda heißt wiederholen! Erst wenn die Intelligenz sagt: ‚Herr, hören Sie auf, wir können das nicht mehr mit anhören!', erst dann merkt auch der kleine Holzfäller aus Hintertupfingen auf und sagt: ‚Nanu, davon hab ich ja noch nie was gehört! Da muß ich mich doch gleich mal erkundigen, um was es sich handelt!' Propaganda ist die Kunst der Vereinfachung, Propaganda muß holzschnittartig sein, ja, geradezu grobschlächtig und primitiv.*

Chruschtschow erklärte am 5. März 1959 auf der Leipziger Messe, wo er wiederholt den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland forderte, daß er in seinen Ausführungen offensichtlich kaum etwas Neues gesagt habe, „aber bekanntlich ist die Wiederholung die Mutter der Weisheit".

Unter diesem Aspekt gesehen sind die Betriebsmitteilungen doch etwas anders zu werten. Nun sind die Volkskorrespondenten meist kommunistische Fanatiker, die sich auch leicht für Zwecke der Werkspionage einspannen lassen. Das Neuanlaufen bestimmter Produktionszweige, Produktionsumstellungen, Versuchsergebnisse und Experimente können zugleich Nachricht und Werkspionage sein – Tatsache ist, daß auch in dieser Richtung die Volks-Korrespondenten-Arbeit in der Zone hollerithmäßig ausgewertet wird.

Neben diesen rein nachrichtentechnischen Fragen gibt es für die Sowjetzonen-Kontaktstellen noch andere Ansatzpunkte für die Zersetzungsarbeit. Hermann Schirmer, jetzt Organisationsleiter der SED in Ostberlin, sagte am 15. 1. 1956 in einem Referat in Stuttgart ganz unverblümt, daß die Kommunisten mit ihren Hintermännern „am Schalthebel der Produktion in der Bundesrepublik sitzen. In den Chemie-Werken in Hoechst, Leverkusen und Ludwigshafen, in den Zechenbetrieben der Ruhrgroßstädte Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen und Gelsenkirchen, in der Elektroindustrie mit ihren Großfirmen und in den wichtigsten Autowerken“ haben die Kommunisten ihre Kontaktleute, die in der Lage sein sollen, von heute auf morgen die Produktion durch Sabotage völlig lahmzulegen.

Unter der Tarnkappe

Kommunistische Tarnorganisationen benutzen Bezeichnungen mit einem möglichst verwechselbaren Gleichklang der Bezeichnung anderer nichtkommunistischer Organisationen. So wurde die „Interessengemeinschaft der Wehrdienstgegner in Moers gegründet, um neben die „Gruppe der Wehrdienstverweigerer e. V.“, die immer wieder ihre Gegnerschaft zu kommunistischen Bestrebungen beweist, eine getarnte kommunistische Sammlungsorganisation zu stellen.

Für den 5. Juni 1955 hat die kommunistische „Interessengemeinschaft der Wehrdienstgegner“ zu einem Treffen nach Herne eingeladen. Der Aufruf trägt u. a. die Unterschriften von DGB-Funktionären. Diese Funktionäre erklären ausdrücklich, daß ihre Unterschriften durch falsche Angaben der Tarnorganisationen gegeben wurden. Sie distanzieren sich entschieden von dieser kommunistisch gelenkten und finanzierten Organisation.

Der westdeutsche „Deutsche Gewerkschaftsbund“ (DGB) setzte sich in seiner Zeitung „Welt der Arbeit“ eindeutig mit den Tarnorganisationen und ihrer Technik auseinander. (20. 5. 1955)

Diese Behauptungen Schirmers mögen übertrieben sein. Auf der anderen Seite konnte immer wieder festgestellt werden, daß ganz bewußt in Schlüsselbetrieben Schwerpunkte gebildet wurden, in denen sogar angebliche Flüchtlinge aus der Zone Aufnahme fanden, die schnell mit alten Kommunisten Kontakt aufnahmen, sich nach außen hin unpolitisch gaben, aber vorsichtig Parolen propagierten, die nicht sofort ihre kommunistische Herkunft verrieten. In verschiedenen Fällen wurden diese eingeschleusten Spezialisten auch für Zwecke der Werkspionage eingesetzt.

Diese getarnten Funktionäre haben bestimmte Aufgaben: Übernahme der Volkskorrespondententätigkeit, Eintritt in den DGB, Aufrücken in die Funktionärebene, Übernahme unbeliebter Aufgabengebiete, wie Beitragskassierung und ähnliches — sie sind nach außen hin der uneigennützige, kollegiale und fleißige Freund und Helfer. Damit ist das erste Ziel erreicht.

Die nächste Stufe ist das Anschlagen eines radikalen Tones in Gewerkschaftsversammlungen, die Einbringung von Resolutionen gegen Atomrüstung, das Vorschlagen direkter Kontakte mit Zonenbetrieben. Neben Patenschaften, Besuchsdelegationen und der Verpflichtung von Volkskunst-Ensembles und Sportveranstaltungen gibt es eine ganze Skala von Kontaktmöglichkeiten.

Als besonders unverdächtig gelten Volkskunst-Ensembles. Die Sowjetzone gibt für Sondereinsätze solcher Gruppen jährlich mehr als 2,5 Millionen DM-West aus. Das Programm dieser Laiengruppen ist nicht einmal sonderlich radikal, aber es genügt den Sowjetzonenmachthabern völlig, wenn diese Gruppen einen Eindruck der Fröhlichkeit, eines echten Gemeinschaftslebens vermitteln und dadurch Kontakte herstellen helfen, auf die es letztlich einzig und allein ankommt; ähnlich ist die Rolle der Sportgruppen.

Andere Aufgaben haben die Betriebsdelegationen. Einladungen an Patenbetriebe, so heißt es im offiziellen KP-Parteijargon, erscheinen sinnlos, da nur in der Wolle gefärbte Kommunisten in die Bundesrepublik kommen können. Delegationen nach drüben haben für die Zone den Wert, daß sich etwa Gewerkschafter aus der Bundesrepublik über sogenannte Errungenschaften der Zone anerkennend aussprechen. Derartige Äußerungen laufen sofort über den Betriebsfunk und, wenn es zweckmäßig erscheint, auch über den kommunistischen Sender 904 und die Zeitungen der Zone. Mit solchen Äußerungen ist der Zweck der Einladung erfüllt, alles andere ist nebensächlich.



Kommunistische Werkzeitungen für westdeutsche Betriebe.

Selbstverständlich bemüht sich die KPD, die Jugend anzusprechen, zumal die Anti-Atom-Propaganda für die Zone ausgezeichnete Ansatzpunkte bietet, ebenso wie auch die Frage der Wehrdienstverweigerung. Hier ist sogar versucht worden, mit Resolutionen einzelner Gewerkschaften und Äußerungen prominenter Betriebsratsmitglieder Propaganda zu treiben.

Während die KP-Betriebsblätter in der Bundesrepublik der Zersetzung dienen und Titel tragen wie „Schweiß und Qual", „Der Kampfruf", „Holzauge sei wachsam", dienen die Betriebszeitungen der Sowjetzone dazu, die Forderungen der SED für „Erhöhung der Produktivität" und zur „Einführung von Neuerermethoden der sowjetischen Freunde" zu propagieren. Die Titel dieser Blätter lauten u. a.: „Ansporn" (Stickstoffwerke Priesteritz), „Friedenstadt" (Sprengstoffwerke [!] Schönebeck), „Fortschritt" (Bitterfeld), „Arbeit und Aufbau" (Walzwerk Hennigsdorf).

Es ist die alte Direktive Lenins: „Man muß ... zu allen und jedweden Opfern entschlossen sein und sogar – wenn es sein muß – zu allen möglichen Kniffen, Listen, illegalen Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit bereit sein, um nur in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten." (Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 701.)

Die Infiltrations- und Propagandaarbeit, die von den kommunistischen Organisationen in der Bundesrepublik mit Hilfe der Sowjetzonenregierung durchgeführt wird, ist ganz allgemein darauf gerichtet, das politische Gefüge aufzulockern und die Bevölkerung, darunter vor allem die Intelligenzschicht, psychologisch aufzuweichen. Sie hat daher viele Schwerpunkte. Aber der bedeutendste, auf den die Sowjetzonenregierung schon im Auftrage der hinter ihr stehenden Moskauer Regierung das größte Gewicht legen muß, ist die Aktion gegen Wiederbewaffnung und Atomrüstung.

POLITIK UND STRATEGIE

In der Sowjetunion besteht volle Klarheit über die Bedeutung, die der Bundeswehr im Rahmen der europäische Verteidigung zukommt. Besonders seit das Prinzip der abgestuften Abschreckung die strategische Planung der NATO beherrscht, spielt der deutsche Beitrag eine vielleicht ausschlaggebende Rolle.

Bei großer Überlegenheit der Sowjetunion an herkömmlichen Streitkräften war die Sicherheit Europas jahrelang auf der Überlegenheit der USA in der strategischen Atombomberwaffe aufgebaut. Die in Europa stehenden NATO-Streitkräfte hatten die Bedeutung eines Schildes, der nur die Absprungbasen des strategischen Bomberverbandes schützen sollte, damit die USA im Falle eines Angriffs

Das also ist des Pudels Kern:
Die Satzungen des „Deutschen Pudelklubs“ enthalten politische Kampfparolen.



GEGRÜNDET 1893

DEUTSCHER PUDEL-KLUB E.V. (DPK)
SITZ MÜNCHEN

SATZUNGEN

Ehrengerichtsordnung

Zuchtrichtlinien

Zuchtbuchamt-Gebühren

Rassekennzeichen

Gebiß des Pudels

„Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse – der Garant für alle Erfolge der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes“

„Ein guter Kommunist ist nur, wer täglich um die Aktionseinheit ringt, wer sich mit den sozialdemokratischen Genossen brüderlich verbindet.“ (21. Tagung des PV)

Die Notwendigkeit der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse.

In der Lage der Bundesrepublik zeigt sich etwas Neues: Unter der Bevölkerung ist in letzter Zeit ein offensichtlicher Stimmungsumschwung eingetreten. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Atomkriegsvorbereitungen der Adenauer-Regierung unser ganzes Volk bedrohen und daß man die Bundesrepublik nicht länger an die Kriegspolitik der amerikanischen Imperialisten ketten darf.

Die Bundesrepublik ist in der Frage der Verhinderung eines Atomkrieges und der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa in eine Isolierung geraten. Breiteste Kreise der Bevölkerung treten gegen die Herstellung und Lagerung von Atom- und Raketenwaffen in Westdeutschland auf, und es wächst die Einsicht, daß man in der Bundesrepublik neue Wege einschlagen muß, um das drohende Unheil von unserem Volk abzuwenden.

Für die fortschrittlichen Kräfte ergibt sich die Notwendigkeit, die Bestrebungen der Bevölkerung zusammenzufassen, eine breite Volksbewegung zu schaffen, um den Willen des Volkes durchzusetzen.

„Es geht jetzt darum“, sagte der Genosse Max Reimann auf der 8. Tagung des ZK, „die Verwirrungsmanöver der Adenauer-Regierung aufzudecken, den Menschen zu sagen, was sie gegen die Atomkriegsdrohung tun sollen und auf diese Weise zu bewirken, daß alle Widerstandskräfte in der Bundesrepublik höchste Aktivität entfalten und sich über gemeinsame Aktionen verständigen.“

Die entscheidende Verantwortung trägt dabei die deutsche Arbeiterklasse, die ihre Kräfte zum gemeinsamen Handeln vereinigen muß. Sie ist in Deutschland die zahlenmäßig stärkste Klasse, die unmittelbar mit der Produktion verbunden ist. Auf Grund ihrer ganzen gesellschaftlichen Lage, ihrer ökonomischen und politischen Interessen vermag sie am konsequentesten gegen das Monopolkapital und die Auswirkungen seiner Rüstungspolitik zu kämpfen.

– 3 –

auf ein NATO-Land sofort den vernichtenden Gegenschlag führen konnten. Diese Schild- und Schwertstrategie erschien jedoch unzulänglich gegenüber solchen militärischen Unternehmungen des Ostens, die den Einsatz einer so vernichtenden und auch für ihren Träger gefährlichen Waffe nicht rechtfertigen können: kleinere Aggressionen, geführt etwa nicht von sowjetrussischen, sondern von den Streitkräften eines Satellitenstaates, denen mit einem Vergeltungsschlag durch die strategische Bomberwaffe zu begegnen ein schwerer Entschluß wäre. Die Stationierung von taktischen Atomwaffen bei den Schildstreitkräften ermöglicht es jedoch, dieser Sachlage Rechnung zu tragen. Es kann nämlich jetzt die Feuerkraft der Schildstreitkräfte in einem solchen Maß erhöht werden, daß diese selbst ein ausreichendes Abschreckungspotential erhalten, um die erwähnten kleineren Aggressionen zu verhindern.

Daraus ergibt sich schon die Größe des sowjetischen und sowjetzonalen Interesses an der Verhinderung einer wirksamen deutschen Wiederbewaffnung und insbesondere an der Ausstattung der deutschen NATO-Streitkräfte mit taktischen Atomwaffen. Diese deutschen Streitkräfte werden, wenn ihre Aufstellung und Bewaffnung vollzogen ist, im Zentrum der Abwehrfront Europas stehen. Sind sie stark genug, so muß die Sowjetstrategie auf jeden Gewaltakt geringeren Formats verzichten. Sie kann territoriale Veränderungen nurmehr durch Auslösung des großen Krieges der Wasserstoffbomben anstreben, und dies nur unter dem tödlichen Risiko einer sofortigen Antwort des „Strategic Air Commands" der Amerikaner.

Auch wenn man der Auffassung ist, daß die Sowjetunion für die nächste Zeit keine Gewaltakte größeren Ausmaßes plant, so ist doch das Element der permanenten Drohung, das den Sowjets nach dem zweiten Weltkrieg schon so außerordentliche Erfolge eingebracht hat, ein wichtiges Mittel der sowjetischen Diplomatie und der Kommunistischen Internationale.

Der propagandistische Kampf gegen die Bundeswehr, gegen ihre Ausstattung mit taktischen Atomwaffen und auch gegen die Anwesenheit amerikanischer Atomstreitkräfte in Europa ist und muß daher ein Hauptanliegen der sowjetischen Strategie und Politik sein. Deshalb wird dieser Kampf nicht aufhören, solange die Sowjets und die Sowjetzonenregierung auch nur eine Chance sehen, den Aufbau der deutschen Streitkräfte zu verhindern oder wenigstens zu stören und zu verzögern.

Dementsprechend sind die Anstrengungen gerade auf diesem Gebiet groß. Es ist enorm, was an Hetzschriften, Fälschungen, illustrierten Zeitschriften, Bildbroschüren, übelsten Photomontagen, Flugschriften, Briefaktionen an Dienststellen, Wehrpflichtige und Ehefrauen von Angehörigen der Bundeswehr tonnenweise über die Zonengrenze dirigiert wird. An der Menge und an der oft raffinierten Ausstattung erkennt man jedoch, daß bei dieser Schwerpunktarbeit finanzielle Überlegungen überhaupt keine Rolle spielen.



Sowjetzonale Plakatwerbung für die Luftstreitkräfte der sowjetzonalen Volksarmee.

DIE ARBEIT GEGEN DIE BUNDESWEHR

Eine „Korrespondenzzirkel-Bewegung“ der Sowjetzone mit Filialen in der Bundesrepublik läßt ständig eine Flut von Briefen, teilweise mit echten Absendern, auf Angehörige der Bundeswehr, ihre Familien und auf besonders ausgesuchte Kreise der Bevölkerung los. Alle diese Briefe richten sich gegen die Bundeswehr und vor allem gegen die atomare Bewaffnung. In besonderen Fällen – z. B. zu wichtigen Bundestagsdebatten – werden von dieser „Bewegung“ Telegrammaktionen gestartet.

Bemerkenswert ist, daß es den Kommunisten gelingt, über getarnte Mittelsmänner in den Besitz von Anschriftenlisten geschlossener Einheiten und Organisationen zu gelangen und diese mit ihrem Material zu „versorgen“.



Werbefoto für die Panzer-Waffe der Nationalen Volksarmee.



Soldat der Nationalen Volksarmee.



Formation der Nationalen Volksarmee im Vorbeimarsch.



Pamphlete gegen unseren Verteidigungswillen.

EINERSEITS — ANDERSEITS

Um die eigene Rüstung materiell und psychologisch zu fördern, die der Bundesrepublik aber zu lähmen, sind die Sowjets und besonders die Sowjetzonenmachthaber zu einer großen Propaganda genötigt, die sich einerseits für die eigene Rüstung einsetzt, andererseits die des Westens verdammt. Aus dieser Zwiespältigkeit ergibt sich ein eigenes kommunistisches Vokabular. In dieser Sprache heißt es z. B.:

Soldat der Bundesrepublik . . . „NATO-Söldling“
Soldat der Sowjetzone . . . „Vaterlandsverteidiger“
Pazifist in Westdeutschland . . . „deutscher Patriot“
Pazifist in der Sowjetzone . . . „kapitalistischer Verräter“
Exerzieren in München . . . „brutaler Kasernenhofdrill“
Exerzieren in Leipzig . . . „disziplinierte Ausbildung zum Schutze der Heimat“
Amerikanischer Soldat in Deutschland. . . „US-Bandit“
Sowjetischer Soldat in Deutschland . . . „sowjetischer Freund“

So weit geht die Propaganda auf diesem Sektor, um einem und demselben Volk klarzumachen, daß die Aufstellung einer Armee unmoralisch und aggressiv sei, wenn dies in der Bundesrepublik geschieht, dagegen hochmoralisch und defensiv, wenn es sich um die Sowjetzone handelt.

Albert Norden, Mitglied des Sekretariats des ZK, Mitglied des Politbüros der SED und Leiter der Agitationskonferenzen der „Bruderpartei“ der Kommunisten, erklärte am 23. Mai 1955 u. a.:

24. Mai 1955 / NEUES DEUTSCHLAND

...er sich Demokrat oder Sozialist nennt, aber die bewaffneten Streitkräfte der DDR ablehnt, der ist weder Demokrat noch Sozialist. Es ist eine Sache der Würde und Ehre, es ist demokratisches Gebot, für die Errichtung bewaffneter Streitkräfte des Volkes zu sein, weil nur sie die Gewähr dafür geben, daß der planmäßige Aufbau auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens gesichert voranschreitet und unsere Werktätigen in Frieden dem Wohlstand entgegengehen.

Räuber sind nur dann mutig, wenn ihr Opfer [illegible]

Das aus der Sowjetzone gegen die Bundeswehr gerichtete Material ist vor allem auch darauf abgestellt, die Führung der Bundeswehr, Offiziere und Unteroffiziere verächtlich zu machen, sie in jeder Weise zu diffamieren und die Jugend zur Wehrdienstverweigerung zu bewegen.

Die kommunistische sogenannte „Nationale Front", die einen Ausschuß gleichen Namens in der Bundesrepublik als Tarnorganisation hat, verbreitet ein Flugblatt, in dem es u. a. heißt:

Geht nicht zur Registrierung!
Stellt sofort den Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer. Demonstriert vor den Wehrersatzbehörden.
Boykottiert die Vortäge der Bonner Werbeoffiziere in Schulen und Betrieben. oder jagt sie zum Teufel.
Schließt Euch überall zu Gruppen zusammen und tretet gemeinsam gegen die Wehrpflicht auf.

Gleichzeitig werden die Jugendlichen aufgefordert, nicht „einzurücken", sondern „auszurücken" und sich „an die Dienststellen der Volks-Polizei" zu wenden.

Der kommunistische Sender „904" erklärte am 21. 1. 1957:

Kriegsminister (!) Strauß hat es bekanntlich auf die Kriegsdienstverweigerer abgesehen. Wie man es von einem Militaristen nicht anders erwarten kann ..., will er noch in diesem Monat das Gesetz über den Ersatzdienst verabschieden lassen. Jedermann begreift, daß dies ein schwerer Angriff auf das verfassungsmäßig garantierte Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist ... Es ist sehr ratsam, daß die jungen Leute, sobald die Musterungen beginnen, ihre Erklärung abgeben, daß sie Kriegsdienstverweigerer sind ...

Und der Minister der sowjetzonalen „Streitkräfte" Stoph erklärte am 17. 4. 1955:

Es ist erforderlich, den Ungeist des Pazifismus, der systematisch von unseren Feinden in die Bevölkerung getragen wird, entschieden zu bekämpfen ...

Für die Bundesrepublik bestimmt:



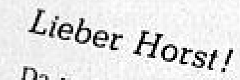
Sie geben ihre Söhne nicht

Westdeutsche Mütter gegen Gestellungsbefehle



Liebe Mutter,
Du hast Deinen Jungen großgezogen, be
behütet, damit ihm nichts zustößt.
noch, wie Du nächtelang an seinem
gewacht hast, als er den Keuchhusten
Erinnerst Du Dich noch, wie Du
den schweren Jahren das letzte Stück
geben hast, damit er satt wurde?
Hast Du das alles getan, damit ma
nen Jungen jetzt fortholt?
Hast Du das alles getan, damit Di
ges der Postbote einen Brief bringt,
fremder Hand geschrieben steht: I
Pflichterfüllung starb den Heldentod ....
Mutter,
Das darf nicht sein! Sprich mit Deinem Jungen; laß ihn nicht gehen. Es ist Dein Junge und niemand kann ihn Dir nehmen. Die Gefahr ist riesengroß aber Ihr Millionen Mütter seid – wenn Ihr gemeinsam um das Leben Eurer Söhne kämpft –, stark genug, das Drohende zu verhindern.

Herausgeber: KPD. Verantwortlich: Heinz Müller, Hilden
Druck: Meyerfeld & Co., Flensburg



Der Soldatenfreund

Sonderausgabe April 1959

Nr. 4

Zeitschrift für Dich und Deine Kameraden

Lieber Horst!

Da wollt ihr nun den NATO-Feiertag „festlich" begehen. Wirst Du Dich da wohlfühlen, wenn Du weißt, daß das, was heute Spielereien sind, Dir einmal den Tod bringen kann? Meine Freundin hat ihren Mann bei einer Einheit in Hannover. Der hat sich entlassen lassen, als die ersten Atomraketen in Gießen ankamen. Er will lieber bei seiner Familie sein als Selbstmord begehen. Hat er nicht recht? Und wie denkst Du Dir das? Mir jedenfalls ist es nicht gleichgültig, ob wir noch recht lange unser Leben glücklich gemeinsam verbringen können oder ob Du für nichts und wieder nichts Dein Leben lassen sollst! Bei uns reden sie jetzt viel vom Friedensvertrag. Sie sagen, dann braucht keiner mehr ins Feld. Dann könnten wir doch beruhigter in die Zukunft schauen. Überlege Dir's. Ich umarme Dich in Gedanken.

Deine Irene

und der

„Soldatenzeitung" …

Wenn gelesen – bitte weitergeben!

Lieber Kamerad vom Jahrgang 1938!

Du hast den Einberufungsbefehl erhalten oder erwartest ihn in Kürze. Sicher denkst Du, daß dies ein harter Schlag für Dich ist. Endlich waren die Lehrjahre zu Ende und Du wolltest ein vernünftiges Stück Geld verdienen. Natürlich wolltest Du Dich auch in Deinem Beruf fortbilden. Hoffnungsvolle Pläne begeisterten Dich. Und nun werden Deine Pläne über den Haufen geworfen. Von der schönsten Zeit Deines Lebens rauben Dir die Militaristen ein Jahr und noch mehr.

Du möchtest gern wissen, was Du tun sollst; Du möchtest Dir Rat holen. Bei wem?

Die 50 Millionen Toten beider Weltkriege, Deine im Kriege gefallenen Verwandten, können Dir keine Ratschläge mit auf den Weg geben. Auch die gräßlich Verstümmelten, die zu vielen Tausenden heute noch, abgeschirmt von der Außenwelt, in einsamen Heimen vegetieren, können nicht mit Dir sprechen, obwohl sie es sicherlich gern möchten. Weil diese es nicht können und andere, die es können, nicht wollen, deshalb wollen wir Kommunisten, deren Partei man verboten hat, die man mundtot machen möchte und die doch niemand zum Schweigen bringt, Dir einiges sagen.

Dieser Militärdienst ist nicht nur ein verlorenes Jahr, sondern bringt Dir dazu noch Nachteile und Schaden.

Natürlich wird man
sei und auch nicht mit
ja den Barras schmackh

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
ZENTRALKOMITEE

... und Flugblatt für Wehrpflichtige.

Für die Ostzone bestimmt:

Die auf taktischen Rücksichten beruhenden Äußerungen haben die Kommunisten selbst durch wiederholte Enthüllungen ihrer wahren Absichten widerlegt. So hat Hermann Matern, der eine wichtige Rolle in der Arbeit der SED gegen die Bundesrepublik spielt, am 17. September 1957 in der Sporthalle in Berlin erklärt:

> *Wir kämpfen dafür, daß der Sozialismus in ganz Deutschland Wirklichkeit wird, daß auch über Rhein und Ruhr die roten Fahnen der Arbeiterbewegung siegreich wehen.*

Zum Tage der sogenannten „Nationalen Volksarmee“ am 1. März 1957 äußerte sich Stoph:

> *Dem Programm des Krieges, dem Programm der imperialistischen Abenteurer, steht das Programm des Friedens, das Programm der SED zum Kampf gegen den Militarismus und für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands gegenüber. Dieses Programm wird die Initiative der deutschen Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer historischen Aufgabe, ein Deutschland ohne Imperialisten und Militaristen zu schaffen, inspirieren. Die DDR ist die Basis und das Vorbild für die Schaffung eines neuen Deutschland ...*

(Radio Ostberlin, 28. 2. 1957)

Ich bin stolz auf meine Söhne



Liebe Kollegen!

Ich habe im „Neuen Deutschland“ von dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand gelesen, der am 14. Mai in Warschau unterzeichnet wurde. Meine Meinung ist, daß dieser Vertrag gut und richtig ist:

Meine Söhne Helmut und Lothar arbeiteten im VEB Schwermaschinenbau „7. Oktober“, Magdeburg, als Kranführer bzw. Gießereiarbeiter. Meine Söhne und ich waren uns einig, daß wir viel Schönes zu verteidigen haben. Deshalb habe ich meine beiden Söhne Helmut und Lothar in ihrem Wunsch bestärkt, sich zur Verteidigung der Heimat zur Verfügung zu stellen.

Seit dem 10. Mai tragen sie nun das Ehrenkleid der Kasernierten Volkspolizei, und ich bin stolz darauf. Jede Mutter sollte ihren Söh-

Magdeburg, Rogätzer Str. 3

Aus dem Stenogramm einer Vorlesung des Genossen Kurt Tiedke an der Parteihochschule „Karl Marx", Kleinmachnow, kann man ähnliche unmißverständliche Sätze lesen:

> *Außerdem gilt es zu berücksichtigen, daß wir den Sozialismus zunächst nur in einem Teil Deutschlands, im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, verwirklichen, und daß alle Maßnahmen, die getroffen werden, vom Gesichtspunkt des Kampfes um die demokratische Einheit Deutschlands durchgeführt werden müssen ...*

(Ag 24/53 1153 A 4721)

DER NEUE HELD

Aus dieser militanten Denkweise erklärt es sich, daß die Schriftsteller der Zone volkstümliche Kriegsliteratur verfassen sollen:

> *Vor unseren Schriftstellern, die kaum die Wandlung vom Hitlersoldaten zum Friedenskämpfer gezeigt haben, steht also schon die nächste Aufgabe, diesen Friedenskämpfer auf einer neuen, höheren Entwicklungsstufe zu zeigen, in unseren Menschen die Einsicht in die Notwendigkeit der jederzeitigen und sofortigen Verteidigungsbereitschaft zu wecken, sie zu Wachsamkeit, Standhaftigkeit, Furchtlosigkeit und letzten Einsatz zu erziehen und unsere Jugend für das Waffenhandwerk, für die Kriegskunst zu begeistern, durch die sie befähigt wird, endgültig den Widerstand der gestürzten Klassen zu brechen, alle Anschläge der Monopolkapitalisten und Junker und ihrer Werkzeuge, der offenen und getarnten Militaristen, auf unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht zu vereiteln. Erst wenn die Schriftsteller diese Aufgabe erfüllen, werden sie unter den neuen Bedingungen ihrem humanistischen Beruf gerecht, Erzieher der Nation zu sein.*
>
> *Den Friedenskampf in dieser neuen Phase, den Friedenskämpfer in dieser seiner neuen Gestalt zu zeigen, ist um so notwendiger, als die westdeutschen Ideologen des Krieges die Friedenssehnsucht des einfachen Mannes dazu mißbrauchen, um den Ungeist des Pazifismus in die Bevölkerung der DDR zu tragen, wir Willi Stoph auf derselben 23. Tagung des ZK der SED sagte, und dadurch unserr Kampfkraft zu schwächen. Unter diesen Umständen genügt es nicht mehr, den Militarismus schlechthin zu entlarven, obwohl diese Frage keineswegs von der Tagesordnung abgesetzt ist — und wer uns dafür Waffen liefert, wie der westdeutsche Schriftsteller Karlludwig Opitz in seinem „General", ist unser Verbündeter.*
>
> *Müssen wir nicht auch eine gehaltvolle, volkstümliche Kriegsliteratur von hohem literarischen Wert schaffen, die den Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik, vor allem die Jugend, zur patriotischen Verteidigungsbereitschaft erzieht? Müssen wir dabei nicht auch anknüpfen an die fortschrittlichen militärischen Tradi-*

tionen des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse? Bietet sich uns nicht eine reiche Thematik in den Helden und Taten des Befreiungskrieges 1813 bis 1815, der Revolutionen von 1525 und 1848 und des deutschen Bürgerkrieges von 1919 bis 1923? Haben wir nicht große Helden der Widerstandsbewegung, an ihrer Spitze Ernst Thälmann und die Tausende von Kämpfern der „Ersten Reihe" (einigen von ihnen hat ja Stephan Hermlin in seinem gleichnamigen Buch ein literarisches Denkmal gesetzt) und große Taten im Kampf gegen Hitler und seinen ungerechten Krieg (die Untergrundbewegung in Deutschland selbst, das Nationalkomitee „Freies Deutschland" in der Sowjetunion und seine Zweigstellen und Auswirkungen in anderen Ländern, die Beteiligung der politischen Emigranten am aktiven Kampf in Frankreich und anderswo usw.). Gibt es heute nicht auch bei uns der literarischen Gestaltung würdige Leistungen unserer Volkspolizei an der Grenze und im Hinterland? Müssen wir uns nicht hüten vor der Unterschätzung des Feindes, vor der Sorglosigkeit gegenüber dem militaristischen Wolf im pazifistisch-demokratischen Schafspelz, vor der ideologischen Unklarheit und Verschwommenheit in unseren eigenen Reihen und nicht zuletzt auch vor der literarisch minderwertigen Zweckliteratur?

Natürlich haben wir auch schon begonnen, eine „Rotarmistenliteratur" zu schaffen. Die ersten Anfänge reichen sogar in die Zeit nach dem ersten Weltkrieg zurück. Aber die Zahl solcher Bücher — jedenfalls von wirklich literarischem Wert — ist viel zu gering, und nur ganz wenige sind so zielstrebig, so kämpferisch, daß sie den heutigen Anforderungen genügen.

(„Neues Deutschland", Nr. 7, v. 8. Jan. 1956)



Für unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht

DIE VOLKSARMEE

ORGAN DES MINISTERIUMS FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

... stop ... untersuchen ... anleiten ... verändern ... auswerten ... stop ...

Zugführer Otto und die sozialistische Literatur

Das militärische Erbe Lenins studieren

VON OBERST WOLFGANG SCHIEL

„GESCHICHTE DER KRIEGSKUNST"

Die Vernichtung des Verteidigungswillens und der Wehrbereitschaft in der Bundesrepublik ist wie gesagt, ein wesentliches Ziel der kommunistischen Anstrengungen.

In der Zone jedoch dürfen nur Rufe nach der Bewaffnung und nach einer totalen Wehrgesinnung laut werden.

Seit der Machtergreifung in Rußland förderte der Bolschewismus in allen nichtkommunistischen Ländern Pazifismus und Wehrzersetzung, für sein eigenes Staatswesen und in den Satellitenländern jedoch verlangt er totale Kriegsbereitschaft.

Im Funktionärorgan „Neuer Weg" (Heft 19 Dietz-Verlag, Ostberlin) wird eine verstärkte militärpolitische Propaganda in der Sowjetzone verlangt. Die Ausbildung im Waffenhandwerk und die Vermittlung militärischer Kenntnisse könne nicht nur auf die bewaffneten Streitkräfte beschränkt bleiben, Armee und Bevölkerung müßten sich in einem Zustand der mobilisierten Bereitschaft befinden. „Die sowjetische Kriegswissenschaft bildet mit der marxistischen-leninistischen Lehre von Krieg und Armee die Grundlage für die militärpolitische Propaganda", heißt es in „Neuer Weg". Diese Lehre fußt auf Lenins Auffassungen. Und in Lenins Werken heißt es: „Kriegsdienstverweigerung, Streik gegen den Krieg usw. ist einfach eine Dummheit, ein jämmerlicher und feiger Traum von unbewaffnetem Kampf gegen die bewaffnete Bourgeoisie, ein Seufzen nach Beseitigung des Kapitalismus ohne verzweifelten Bürgerkrieg oder eine Reihe von Kriegen . . ."

(Band XVIII, S. 90).

Vor den Arbeitern des VEB Industriewerk Dresden erklärte Stoph:

Angesichts dieser Tatsache ist es die Aufgabe der Werktätigen, besonders in der gegenwärtigen Situation, die Verteidigungskraft zu erhöhen. Das wird nicht nur durch die Erhöhung der Gefechtsbereitschaft der Nationalen Volksarmee, sondern durch die Erhöhung der Kampfbereitschaft aller bewaffneten Kräfte, der Polizei, der Grenzpolizei und Kampf-



Genossin Eva Schmidt,
Arbeiterin in der Endmontage, forderte in ihrem Diskussionsbeitrag höhere ideologische Wachsamkeit und Stärkung der Verteidigungsbereitschaft

gruppen erreicht. Es kommt besonders darauf an, die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in den Betrieben in jeder Beziehung zu beraten und alle Maßnahmen für eine gründliche Ausbildung im Orts-, Straßen- und Häuserkampf zu treffen sowie deren Bewaffnung zu verbessern.

Auch die Verbesserung der Arbeit der GST* zur vormilitärischen Ausbildung und Erziehung der Jugend wird zur Stärkung der Verteidigungskraft beitragen.

„Neues Deutschland" 28. 2. 1957

* GST = Gesellschaft für Sport und Technik (dient der vormilitärischen Erziehung der Jugend).



Sowjetzonale Plakat-Propaganda gegen die Wiederbewaffnung auf der von Westberlinern und Westdeutschen befahrenen Autobahn.



Sowjetzonale Plakat-Propaganda für die Nationale Volksarmee.

Einbruch des Nervenkrieges in die Privatsphäre.

In der Privatpost verheirateter Bundeswehrsoldaten fanden sich Briefe, die eindeutig auf deren intimen Umgang mit fremden Frauen schließen ließen. Der Mechanismus der gesteuerten Aktion ist folgender: Die Frau des Soldaten sieht in der eingehenden Post ihres Mannes einen Brief, der unverkennbar von weiblicher Hand stammt; sie öffnet den Brief, dessen Lektüre ihre schlimmsten Befürchtungen zu bestätigen scheint. Die Folge: Rückfragen, Beunruhigung und wenn möglich: Ehezerrüttung. Aber ein unglücklicher Ehemann ist kein guter Soldat . .

Mein Liebster

Endlich kann ich Dir heute den versprochenen Brief senden. Ich habe mir schon Vorwürfe gemacht, weil ich Dich so lange warten ließ.
Unser letztes Zusammensein war so schön, ich kann es gar nicht vergessen.
Ob Deine Frau etwas gemerkt hat? Ich grübele darüber nach. —
Du hast mich ganz verändert und trägst allein die Schuld.
Ich fühle mich seit ein paar Tagen nicht recht wohl. Ob Du eine Dumm-

gemacht hast!
es so ist, bitte ich Deine Frau,
eizugeben, denn Du sagtest
h, daß Eure Liebe nicht weit her
z uns bald wieder, Liebster?
o und erwarte Dich wie
Lasse mich nicht umsonst
warten.

Deine Dich liebende
Inge

Komme bald!!!

Handzettel, die im Sommer 1958 in Garnisonsstädten der Bundesrepublik verteilt wurden.

Weitergeben an Bundeswehrsoldaten!

Kein Bayer, Franke, Hanseat
wird unter Strauß Atomsoldat
denn Strauß kennt nur noch den Fall „rot"
doch der bringt uns den sich'ren Tod.
...r aber wollen in Frieden wohnen
...e Bundeswehr mit Atomkanonen!

Weitergeben an Soldaten!

Tue etwas gegen sie –
Offiziere, die noch nie
Deine Freunde sind gewesen
Einst schon mal am Krieg genesen
Sollen jetzt Atome haben
Wollen Deinen Sohn begraben!
Eltern, Brüder, Schwestern, Bräute
Hört Ihr nicht des Tod's Geläute?
Rücken kehr' der

BUNDESWEHR!

Unteroffiziere, Kameraden! Herhören!

Unsere Vorgesetzten sagen:
Die Unteroffiziere sind das Rückgrat der Armee!

Aber:
Sie behandeln uns nicht danach!
Sie sehen auf uns wie auf Lakaien herab, die nach ihrer Pfeife tanzen müssen! Denkt an die drei Oberfeldwebel, die von Oberleutnant Barthel dementsprechend behandelt wurden.
Sie betrachten uns als Menschen zweiter Klasse, die es eben „nur" bis zum Oberfeldwebel bringen können, und die nicht in ihre Kaste aufsteigen sollen.

Dafür verlangen sie . . .
. . . daß wir die Mannschaften, die uns viel näher stehen als die Offiziere, drillen und schikanieren.

Bei ihnen sind nur Kameradenschinder angesehene Leute.

Sollen wir das weiter mitmachen? *Nein!*

Überlegt Euch:
Wir sind immer bei den Mannschaften, auch im Ernstfall. Und im letzten Kriege sind viele Unteroffiziere, die ihre Untergebenen ungerecht behandelt haben, an einer Kugel gestorben, die nicht vom Gegner kam!

Deshalb:
Steht gemeinsam mit den Mannschaften gegen die Offiziere zusammen, wenn sie drangsalieren wollen!

Weitergeben an Bundeswehrsoldaten!

Kameraden der Bundeswehr!
Gebt ab das Gewehr
sagt „Ade" Strauß und Konsorten
denn sie wollen Euch mit Atomen ermo...
schließt Euch der großen Volksbewegu...
...d steht lieber dort Euren Mann!

Weitergeben an Soldaten!

Wollt Ihr die Einheit, so kämpfet darum!
Wollt Ihr den Frieden, seid gegen Atom!
Wollt Ihr das Leben, so meidet Herrn Strauß!
Schmeißt ihn für immer aus Deutschland raus!

Was hat man mit Euch vor?

Die Amerikaner wollen aus der Bundeswehr Kanonenfutter mache...
Die Bundeswehr soll als „Schild" atomar vernichtet werden.
Ihr sollt auf Euer eignes Fleisch und Blut in der Sowjetzone schieß...
Man will Brudermörder aus Euch machen!

Dazu seid Ihr heute noch nicht reif. Deshalb will man den Drill verschärfen. Die Barrasmethoden werden noch viel schlimmer werden! Man will Euch richtiggehend fertig machen.

Was nun?

Verlaßt die Bundeswehr!
Geht ins Zivilleben zurück - oder haut nach Mitteldeutschland ab, wohin schon viele Eurer Kameraden gegangen sind.

Druck: TAGESPOST 12.57.100.000

Persönliche Diffamierungen:

In zahlreichen Flugblättern werden die Vorgesetzten unserer Soldaten aufs übelste diffamiert.

Einem Brigadegeneral wird vorgeworfen, daß er bei Stalingrad im warmen Bunker saß, während seine Soldaten kämpften und starben ...

Eine Meldung!

Lager Hammelburg: „Am 5. 11. 1957 wurde Brigadegeneral Mäder die Leitung der Infanterieschule übertragen."

Damit hat wieder ein ehemaliger Hitlergeneral einen Posten in der Bundeswehr erhalten.

Brigadegeneral Mäder! — Erinnern Sie sich noch an Stalingrad?

Der damalige Batl.-Kdr. Mäder ließ seine Soldaten kämpfen, verbluten und erfrieren. Er saß im warmen Bunker und verließ, als es zu Ende ging, schmählich und feige seine Soldaten. Mit einem Flugzeug entkam er dem Kessel.

Seine Soldaten starben — Mäder aber wurde Regiments-Kommandeur!

General Übelhack:

Darüber wird niemals Gras w...

Von Angehörigen der ehemaligen 163. Inf.-Division erfuhren wir:

- daß Sie, Brigadegeneral Übelhack, als damaliger Hauptmann in der 4. Armee unter dem Feldmarschall v. Kluge während des Rußlandfeldzuges im Dezember 1941 zweiundsechzig unschuldige russische Menschen erschießen ließen;
- daß Sie, nachdem Sie für ähnliche „Heldentaten" zum Major befördert wurden, als Kommandeur des Regiments 307 (163. Div.) im Januar 1943 in Nordfinnland den Befehl zur restlosen Liquidierung dreier finnischer Dörfer gaben;
- daß Sie 1943 als Generalstabsoffizier der 163. Inf.-Div. unter General Rübel nicht davor zurückschreckten, die standrechtliche Erschießung von sechs müden und total erschöpften Landsern zu befürworten.

So schätzen Sie also das Leben der Soldaten ein!

Erinnern Sie sich?

Damals rettete ...
nischer Gönner ...
nationalen Mili...
Damals tauchte ...

Es sollte Gras ...
über I...

Ein General der Bundeswehr soll während des Rußlandfeldzuges den Befehl zur Erschießung unschuldiger russischer Menschen gegeben haben.

Ein Kompanieführer greift zu Schikanen gegen einen Schützen, der die Stiefel seines Vorgesetzten nicht putzen will ...

Der Soldat als Stiefelputzer

Wie beim alten preußischen Kommiß können sich die Herren Offiziere der Bundeswehr wieder einen „Putzer" anschaffen.

Was sagen die Soldaten dazu?

Sie alle sind einer Meinung: da machen wir nicht mit.

Deshalb unterstützen wir das, was der Schütze Horst Seifert von der Instandsetzungskompanie 3 der 3. Pz.-Div. tat, indem er den Befehl seines Kompanieführers, Hauptmann Maßmann, dessen Stiefel zu putzen, verweigerte.

Bei uns in Ellwangen machte es unser Kamerad Presser von der 3. Kompanie ebenfalls so, als er von dem als Soldatenschinder sehr bekannten Oberleutnant Schreiner den Befehl zum Stiefelputzen bekam.

Wir sagen den Herren Offizieren:

Wir werden niemals ihre Stiefelputzerburschen sein, sie sollen ihren Dreck selbst beseitigen. Wenn ihnen das nicht passt, dann „putzen" wir so, daß kein Offizier daran Freude hat.

Kameraden! **Wendet Euch mit Briefen an die Presse und an Bundestagsabgeordnete. Entlarvt die Barrasschikanen.**

Kameraden der 3. Komp. des [illegible] Gren. Btl. Ellwangen

Ein Geschwader-Kommandant findet es in Ordnung, daß ein Matrose durch Schinderei zum Selbstmord getrieben wird...

Matrosen der Bundesmarine!

Der Befehlshaber der Seestreitkräfte „Nordsee", **Flottillenadmiral Zenker,** befahl den ihm unterstellten Offizieren bei der Ausbildung unserer **„Lords"**

„.... dienstliche Anforderungen bis zur Erreichung der menschlichen Leistungsgrenze"

zu stellen.

Diesen Befehl wußten unsere Offiziere nach alt-preußisch-deutscher Art zu nutzen.

„Wir können wieder ..."

so sagte sich auch der Kommandant der „Wespe" vom 1. Geleitgeschwader, **Kapitänleutnant Luttmann.**

18stündiger Dienst und alle Schikanen, wie gehabt, gehören zum „normalen Ausbildungsprogramm".

Die Folge:

Selbstmord eines Matrosen.

Beschwerden über diese Matrosenschinderei werden über Bord geworfen.

„Wir handeln ja nur nach Befehl", ist die Antwort der Offiziere.

Der angriffstolle Major!

Der Herr Major Kuhlau ist Kp.-Chef der 3. Kompanie der Truppenschule Pz. Gren. in Munster-Lager.

Im Dienst kehrt er stets den Biedermann heraus. Da bringt er unseren Kameraden in wohlgesetzten Worten bei, daß es ihre Aufgabe sei, die „Freie Welt" vor einem „russischen Angriff" zu schützen. Der „Verteidigung" und nichts anderem solle die Bundeswehr dienen.

— So redet Kuhlau, wenn er nüchtern ist. —

Aber seine wahre Meinung, die auch viele andere Offiziere vertreten, erfährt man dann, wenn er sich mit Sekt vollgepumpt hat und sich „stark" fühlt.

Siehe Rückseite

Ein „mit Sekt vollgepumpter" Major der Bundeswehr soll von der Aufrollung Österreichs und der Tschechoslowakei gesprochen haben...

Gefälschte Ladung zur Musterung:

Kreiswehrersatzamt
Hannover 1

Hannover, den 17. Mai 1957

Ladung zur Musterung

Herrn

Reinhard K u r z e ,
geb. 9.11.1937

Hannover - Friedenau

Friedenauerstrasse 20

Die in den Monaten Oktober, November und Dezember 1937 geborenen Wehrpflichtigen sind durch Beschluß der Bundesregierung vom 3. Oktober 1956 auf Grund ihrer Wehrpflicht zum Leisten des Grundwehrdienstes aufgerufen. Auf Grund dieses Beschlusses werden Sie gemäß § 17 Abs. 4 des Wehrpflichtgesetzes aufgefordert, sich

am 24. Mai 1957 um 9.oo Uhr

in Hannover (Ort), Corvinusplatz 4 im Eilenriedestadion (Straße/Platz, Nr.)

zur Musterung vorzustellen.

Soweit in der öffentlichen Bekanntmachung eine andere Zeit angegeben ist, ist diese Ladung maßgebend.

Zur Musterung sind folgende Unterlagen mitzubringen:

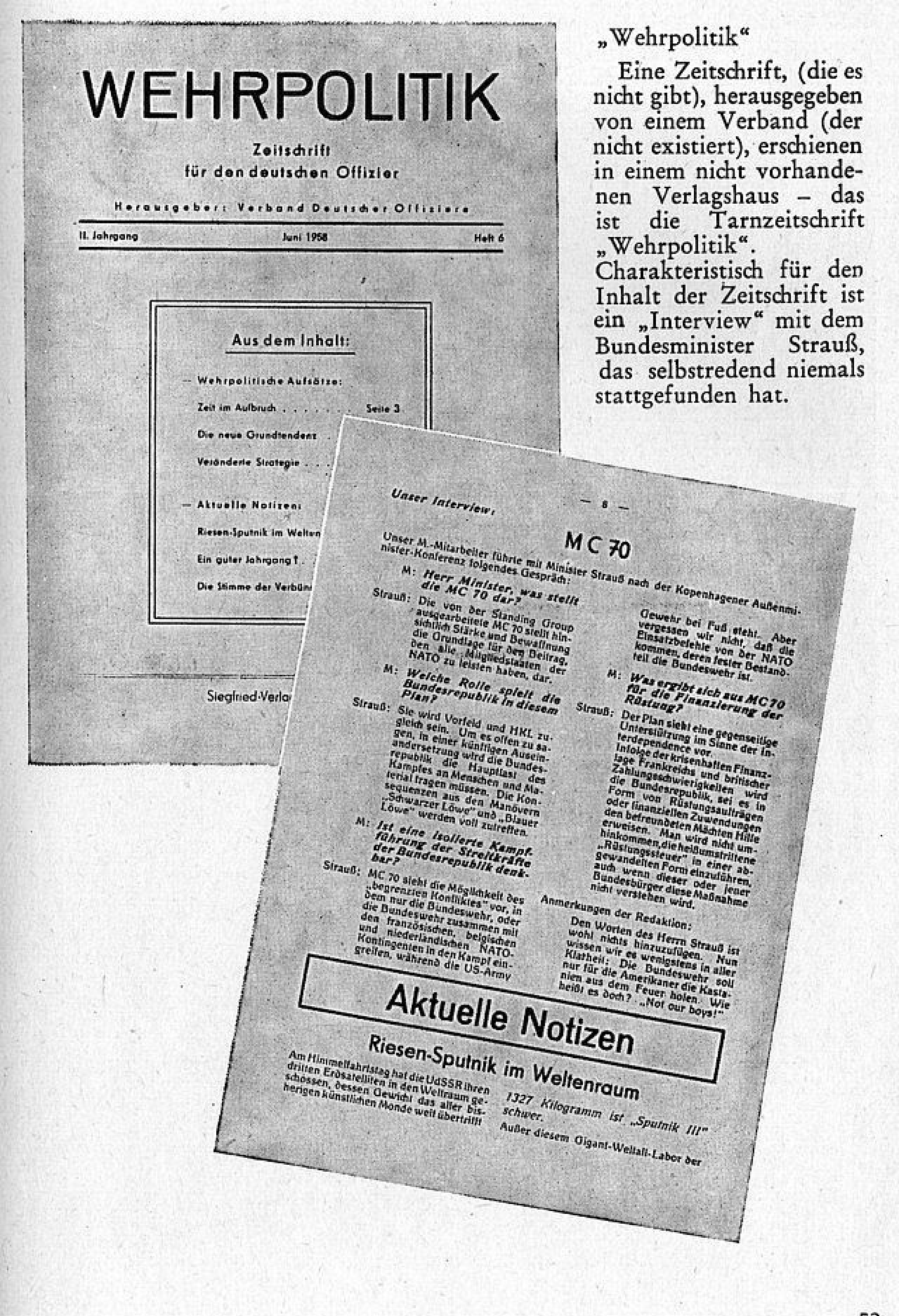
1.) Personalausweis,
2.) Nachweis über Schul- und Berufsausbildung,
3.) in Ihrem Besitz befindliche ärztliche Unterlagen und Versorgungsbescheide,
4.) Annahmescheine der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes oder der Bereitschaftspolizei,
5.) 2 Paßbilder, soweit sie noch nicht bei der Erfassung abgegeben wurden.

Außerdem ist eine Sport- oder Badehose mitzubringen.

Falls Sie aus wichtigem Grunde an der Vorstellung zur Musterung verhindert sein sollten, ist ein Antrag auf Terminverlegung an das Kreiswehrersatzamt zu richten. Dabei sind die Gründe sowie die voraussichtliche Dauer der Hinderung anzugeben. Wird der Antrag auf Krankheit gestützt, ist ein Zeugnis des behandelnden Arztes beizufügen.

b. w.

Muster 2a - Ladung zur Musterung.



WEHRPOLITIK

Zeitschrift
für den deutschen Offizier

Herausgeber: Verband Deutscher Offiziere

II. Jahrgang | Juni 1958 | Heft 6

Aus dem Inhalt:

Siegfried-Verla…

Unser Interview: — 8 —

MC 70

Unser M.-Mitarbeiter führte mit Minister Strauß nach der Kopenhagener Außenminister-Konferenz folgendes Gespräch:

M: ***Herr Minister, was stellt die MC 70 dar?***

Strauß: Die von der Standing Group ausgearbeitete MC 70 stellt hinsichtlich Stärke und Bewaffnung die Grundlage für den Beitrag, den alle Mitgliedstaaten der NATO zu leisten haben, dar.

M: ***Welche Rolle spielt die Bundesrepublik in diesem Plan?***

Strauß: Sie wird Vorfeld und HKL zugleich sein. Um es offen zu sagen, in einer künftigen Auseinandersetzung wird die Bundesrepublik die Hauptlast des Kampfes an Menschen und Material tragen müssen. Die Konsequenzen aus den Manövern „Schwarzer Löwe" und „Blauer Löwe" werden voll zutreffen.

M: ***Ist eine isolierte Kampfführung der Streitkräfte der Bundesrepublik denkbar?***

Strauß: MC 70 sieht die Möglichkeit des „begrenzten Konfliktes" vor, in dem nur die Bundeswehr, oder die Bundeswehr zusammen mit den französischen, belgischen und niederländischen NATO-Kontingenten in den Kampf eingreifen, während die US-Army Gewehr bei Fuß steht. Aber vergessen wir nicht, daß die Einsatzbefehle von der NATO kommen, deren fester Bestandteil die Bundeswehr ist.

M: ***Was ergibt sich aus MC 70 für die Finanzierung der Rüstung?***

Strauß: Der Plan sieht eine gegenseitige Unterstützung im Sinne der Interdependence vor. Infolge der krisenhaften Finanzlage Frankreichs und britischer Zahlungsschwierigkeiten wird die Bundesrepublik, sei es in Form von Rüstungsaufträgen oder finanziellen Zuwendungen den befreundeten Mächten Hilfe erweisen. Man wird nicht umhinkommen, die heißumstrittene „Rüstungssteuer" in einer abgewandelten Form einzuführen, auch wenn dieser oder jener Bundesbürger diese Maßnahme nicht verstehen wird.

Anmerkungen der Redaktion:

Den Worten des Herrn Strauß ist wohl nichts hinzuzufügen. Nun wissen wir es wenigstens in aller Klarheit: Die Bundeswehr soll nur für die Amerikaner die Kastanien aus dem Feuer holen. Wie heißt es doch? „Not our boys!"

Aktuelle Notizen

Riesen-Sputnik im Weltenraum

Am Himmelfahrtstag hat die UdSSR ihren dritten Erdsatelliten in den Weltraum geschossen, dessen Gewicht das aller bisherigen künstlichen Monde weit übertrifft.

1327 Kilogramm ist „Sputnik III" schwer.

Außer diesem Gigant-Weltall-Labor der

„Wehrpolitik"

Eine Zeitschrift, (die es nicht gibt), herausgegeben von einem Verband (der nicht existiert), erschienen in einem nicht vorhandenen Verlagshaus – das ist die Tarnzeitschrift „Wehrpolitik". Charakteristisch für den Inhalt der Zeitschrift ist ein „Interview" mit dem Bundesminister Strauß, das selbstredend niemals stattgefunden hat.

Im Mittelpunkt dieser Fälschungsversuche stehen naturgemäß die führenden Persönlichkeiten der Bundeswehr und des Bundesverteidigungsministeriums:

Zwei Flugblätter gegen Bundesverteidigungsminister Strauß. Das Flugblatt links ist getarnt als Werbeprospekt der Firma Telefunken (Vorderseite). Auf der Rückseite erfährt man, daß Bundesminister Strauß „nach Rußland will“; das Flugblatt rechts diffamiert den Minister als „Heiratsschwindler und Bordellbesucher“.



änner neben Adenauer

ndesverteidigungsminister

Franz-Josef STRAUSS

Heiratsschwindler und Bordellbesucher

reinen um Staatssekretär Globke wurden haarsträubende Einzelkannt. Strauß hat mit mehreren Frauen zugleich ein intimes gehabt.

hat seine langjährige Sekretärin E. Bauer seiner Geliebten gemacht und mit ihr noch kurz vor seiner Hoch... mit der Brauereitochter Zwicknagl Schäferstündchen in Schongau verbracht.

▶ Während dieses Verhältnisses hat er sich die CSU-Journalistin Gruber mittels Alkohol gefügig gemacht und ihr die Ehe versprochen. Sie stand kurz vor dem Selbstmord als sie erfuhr, daß Strauß sie betrog.

▶ Zur gleichen Zeit verkehrte er mit einer Münchener Ärztin.

▶ In München galt aber gleichzeitig die Rechtsanwältin Christel Lammers als seine Verlobte.

▶ Am 11. Januar 1957 verbrachte Strauß eine Nacht in Bad Godesberg mit zwei betrunkenen Frauen in dem Doppelbettzimmer eines Absteigequartiers.

Brutal und kaltschnäuzig

Diesem moralisch verkommenen Menschen, der mit der gleichen Kaltschnäuzigkeit schon wieder vom „Ausradieren“ spricht, wie er Frauen bis fast zum

Getarnte Diffamierung: Auf der Vorderseite die Werbung für ein Musikhaus, auf der Rückseite Verleumdungen gegen General Speidel.



Mein Lebenslauf



Speidel und Rommel

Was, Sie als Bundeswehrsoldat kennen mich noch nicht? Mich, den Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa? Dann wird es aber allerhöchste Zeit, daß Sie mich kennenlernen.
Hier meine Personalien: Am 28. 10. 1897 in Metzingen/Württemberg geboren, versuchte ich mich schon mit 17 Jahren im Kriegshandwerk. Bin ausgesprochene Soldatennatur und habe es schließlich im 1. Weltkrieg schon bis zum Regiments-Adjudanten gebracht. Leider diesen Krieg verloren. Natürlich waren die verdammten Verbündeten daran schuld. Gar keine Frage. Aber die Reichswehr brauchte wieder tüchtige Leute. Sofort dazu gemeldet. So nebenbei den Doktor gemacht. Zwar keine große Leuchte gewesen, aber spielt keine Rolle.

Die erste Sprosse

1930 die 3. Abteilung Frankreich-Referat im Generalstab übernommen. Damals schon auf künftige Aufgaben vorbereitet.
Ja, und dann kam unser Führer, Adolf Hitler, an die Macht. Sieg Heil! Sieg Heil! Sieg Heil! Jetzt konnte nichts mehr schief gehen. Im Herbst 1933 als Hauptmann Gehilfe des Militärattachees in Paris geworden. Wollte aber weiterkommen. Da wurde Göring auf mich aufmerksam. Gab mir Auftrag. Prompt ausgeführt. 9. Oktober 1934 König Alexander von Jugoslawien und französischen Außenminister Barthou umlegen lassen. Lästige Kreaturen gewesen, versteht sich.

Der Aufstieg

Endlich, endlich kam der Krieg. Schon lange darauf gewartet gehabt. Unser Führer wußte, was sich gehört. Schließlich brauchte Großdeutschland Lebensraum. Am 14. 6. 1940 zum Chef des Generalstabs des Militärbefehlshabers von Frankreich ernannt worden. Belohnung für 1934 kam etwas spät, aber sie kam. Gleich würdig gezeigt. Massenweise dreckige Franzosen erschießen lassen. Wehrten sich gegen uns. Wohl verrückt geworden, was?

Aber scharf durchgegriffen. Kein Auge trocken geblieben.
25. 3. 1942 auf eigenen Wunsch nach Osten versetzt. Russen tüchtig eingeheizt. Wollten ihr Land nicht hergeben, diese Untermenschen. Unbarmherzig gewesen. Aber zäh wie Leder, die Sowjets. Planmäßig zurückgezogen. Na wartet, nächstes Mal klappt's besser. 15. 4. 1944 als Stabschef zu Rommel versetzt. Wollte gegen Führer rebellieren, dieser Schurke. (Zwar nicht genau gewußt, aber behauptet.) Sofort Gestapo gemeldet. Der „Wüstenfuchs" verübte Selbstmord. Natürlich keine Schuld daran gehabt. Nur als guter Deutscher gehandelt.
Wieder Krieg verloren. Verdammt noch mal. Schlechte Verbündete gehabt. Werde mir bessere suchen. Den nächsten Krieg will ich mit gewinnen. Was, es gibt keinen mehr? Wäre ja gelacht. Werden schon dafür sorgen.

Die Krönung

Na, wer sagt's denn. Bin wieder „obendran". Adenauer braucht Männer wie mich. Lange gedauert, Conny. Werden schon brauchbare Armee schaffen. Erfahrung genug.
Und abermals in Paris. Jetzt Vorgesetzter der Franzosen. Undankbares Volk. Schimpfen auf mich. Wohl verrückt geworden, was? Damals vorm Untergang gerettet. Wohl vergessen, wie? Werden mit Frankreich eine andere Sprache reden müssen.
Und die Russen? Kommen auch noch dran. Bloß Stalingrad!?! Macht nichts. Diesmal werden die Söhne verheizt. Und wenn die Russen Sieger werden!

Dr. Hans Speidel

Musikalischer Kommentar zur Doppelzüngigkeit kommunistischer Friedenspropaganda:



SCHULUNG FÜR TARNAKTIONEN

Andere Aktionen der kommunistischen Agitatoren beschäftigen sich im gleichen Sinne mit

- persönlichen Zuschriften an Juristen, Ärzte, Abgeordnete, Professoren, Gewerkschafter, Offiziere, Geistliche;
- Propagandameldungen, die in gefälschten Exemplaren westdeutscher Massenblätter verbreitet werden;
- der Verbreitung von politischen und erotisch-makabren Witzen über westdeutsche Politiker;
- Fälschungen von Schreiben führender Persönlichkeiten in der Bundesrepublik, der Anfertigung von diffamierendem Material über westdeutsche Politiker;
- Versuchen, Kontakte zwischen SED- und SPD-Politikern zuwege zu bringen.

In den vergangenen Jahren dürften rund 30 000 Menschen in der Zone für kommunistische Tarnaufgaben geschult worden sein. Meist werden sie unter dem Deckmantel von Einladungen politisch zuverlässiger Delegationen aus der Bundesrepublik in die Sowjetzone für diese Schulungslehrgänge abgestellt. Der SED-Funktionär Hermann Matern erklärte laut „Neues Deutschland" vom 3. März 1958, Seite 2, *daß – bis zu diesem Datum – 300 000 Delegierte aus der Bundesrepublik die Sowjetzone besucht hätten.* Unter ihnen sind die Kader für die sogenannte Delegationsbewegung in der Bundesrepublik zu suchen, aber auch die Zellen der KPD, die für den Fall der Wiedervereinigung bestimmte Funktionen übernehmen sollen. Man kann aus allen diesen Maßnahmen zur Unterwanderung der Bundesrepublik den Schluß ziehen, daß Moskau der Wiedervereinigung – abgesehen von den entsprechenden weltpolitischen Voraussetzungen – dann um so geneigter sein könnte, je weiter der unterirdische Aufmarsch in Westdeutschland fortschreitet.

In der SED-Zentrale heißt die Infiltration Westdeutschlands amtlich: „gesamtdeutsche Arbeit".

Zur Verstärkung dieser „gesamtdeutschen Arbeit" sind bestimmte Bezirksdirektionen der Sowjetzone mit der Wahrnehmung aller erforderlichen gesamtdeutschen Kontakte, z. B. für folgende „Handwerkskammerbereiche" in Westdeutschland, eingeteilt:

Bezirksdirektion Rostock für Lübeck
Schwerin für Hamburg-Bremen
Potsdam für Stuttgart
Frankfurt/O. für Münster
Cottbus für Hagen
Halle für Mannheim
Magdeburg für Köln

Leipzig für Hannover
Dresden für München
Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) für Krefeld-Wuppertal
Erfurt für Frankfurt/M.
Gera für Konstanz
Suhl für Nürnberg.

Selbst Delegationen, die aus der Sowjetzone zum Besuch westdeutscher Messen und Ausstellungen entsandt werden, haben den Auftrag, vorwiegend gezielte politische Diskussionen zu führen und Kontakte für die getarnte Zusammenarbeit aus der Bundesrepublik mitzubringen.

GELD AUS DUNKLEN QUELLEN

Heute, nach dem Verbot der KP, sind die dunklen Quellen, aus denen die Gelder für den Dschungelkrieg in der Bundesrepublik fließen, noch schwerer aufzudecken. Der Westberliner Innensenator Joachim Lipschitz (SPD) unterbreitete am 4. Juni 1959 einem internationalem Forum Einzelheiten aus einer Denkschrift, die sich mit der Agenten- und Spionagetätigkeit des Ostens in Westberlin und in der Bundesrepublik befaßt. Lipschitz erklärte, daß allein die Abteilung „Arbeitsbüro" des SED-Zentralkomitees, die unter Leitung von Erich Glückauf steht, jährlich 50 Mill. DM-West und 200 Mill. DM-Ost für Infiltrationstätigkeit in der Bundesrepublik ausgibt. Das Westgeld stammt aus den Einnahmen der unter sowjetzonaler Regie stehenden S-Bahn in Westberlin und aus den Autobahngebühren. Diese Zahl ist sicher nicht zu hoch gegriffen. Der Ende 1958 geflüchtete stellvertretende Leiter des Ostberliner zentralen militärischen Spionageapparates, Siegfried Dombrowski, erklärte auf einer Pressekonferenz in Bonn am 22. 1. 59, daß im Westen 12 000 hauptamtliche Agenten und Spione für die Sowjetzone und damit für die Sowjets tätig seien, davon die Mehrzahl in der Bundesrepublik.

Berücksichtigt man, daß ein hauptamtlicher Agent mit mindestens 1000,— DM-West monatlich dotiert ist — nicht inbegriffen seine Aktionsgelder —, dann muß die Sowjetzonenregierung allein nur für diesen Sektor jährlich über 100 Millionen DM aufbringen.

FÜNFJAHRESPLAN DER INFILTRATION

In dem Prozeß gegen „August Kuper und Genossen", der vom 9. 4. bis 4. 6. 1956 vor dem 6. Strafsenat des Bundesgerichtshofes geführt wurde, gab ein Zeuge an, daß die Finanzierung der „Sozialistischen Aktion", Frankfurt/Main, einer Tarnorganisation zur Unterwanderung der SPD, durch die SED erfolgte.

Die Zuwendungen seien von 2000,– bis 3000,– DM West auf 10 000, und später auf 30 000,– DM monatlich gestiegen.

Die Zuschüsse wurden in der Berliner SED-Zentrale in Anwesenheit leitender Funktionäre der SED und des betreffenden Beauftragten der westdeutschen Tarnorganisationen festgelegt. Es ergingen genaue Weisungen, wie das Geld zu verwenden sei. Bei einem Angeklagten wurden größere Geldbeträge in druckfrischen, durchlaufend numerierten und mit dem B-Stempel, versehenen 50-DM-Noten, sichergestellt.

Die Auflagen der Propagandaschriften, Zeitschriften, Broschüren usw. schwankten zwischen 5000 und 100 000 Exemplaren. Da derartiges Schriftenmaterial überwiegend kostenlos verteilt wird, gibt es kaum Einnahmen. Die SED-Geldgeber müssen bei ihren Zuwendungen auch diese Ausgaben mit einkalkulieren.

Zu den Kosten dieser vom Sekretariat der Organisation herausgegebenen Druckschriften kamen die erheblichen personellen und sachlichen Ausgaben der Zentrale. Die hauptamtlichen Funktionäre erhielten Gehälter von monatlich 250 DM bis 600 DM sowie Spesen. Personelle Hilfskräfte und umfangreiche sachliche Ausgaben für Mieten, Schreibbedarf, Porto, Honorare, Kraftfahrzeuge. Den Teilnehmer an längeren Lehrgängen und Delegationen wurde die Fahrt, ihren Angehörigen für die Dauer der Abwesenheit eine Unterstützung gezahlt. Größere Tagungen brachten einen zusätzlichen Aufwand. Ein nicht vollständiger Finanzplan für eine zentrale Konferenz veranschlagte für das Fahrgeld der Teilnehmer 12 000 DM, für Verpflegung 2000 DM, für Saalausschmückung, Mikrofon- und Lautsprecheranlage 1000 DM, für Druck und Anfertigung von Einladungen 150 DM und für sonstige Materialien 1500 DM, zusammen also fast 20 000 DM. Ein Sachverständiger des Gerichts hat nach sichergestellten, möglicherweise nicht einmal vollständigen Quittungen für einen bestimmten Monat Ausgaben in Höhe von rund 70 000 DM festgestellt, obwohl in diesem Monat Tagungen nicht anfielen. Der Senat des Gerichts kam auf Grund der umfangreichen Unterlagen zu dem Schluß, daß mindestens dieser Betrag von 70 000 DM den durchschnittlichen monatlichen Finanzbedarf dieser Tarnorganisation darstellt, der aus Mitteln der SED zugeflossen ist.

BELASTUNG DES SOWJETZONEN-HAUSHALTS

Für die Finanzierung der gegen die Bundesrepublik gerichteten kommunistischen Propaganda kommen drei Sektoren in Betracht:

der illegale KPD-Apparat mit seinen Publikationen;
die Tarnorganisationen, denen nach dem Verbot der KPD das Hauptgewicht der Propaganda zufällt, und ihre im Zusammenhang mit dem Kampf gegen

die atomare Bewaffnung außergewöhnlich stark angewachsenen Veröffentlichungen;

der unmittelbar aus der Zone wirkende Propaganda- und Agentenapparat, wie der „Sender 904", das Zentralkomitee der KPD und die Propagandastäbe bei den ostzonalen sogenannten „Massenorganisationen".

Bei den Tarnorganisationen wird auf die Publikationen großes Gewicht gelegt. Sie erfordern die meisten Zuschüsse. Die periodischen Veröffentlichungen der zahlreichen pro-östlich orientierten Organisationen, Kreise und Gruppen werden amtlich nicht als Tarnorgane angesprochen. Sie unterstützen aber weitgehend die kommunistische Propaganda und vertreten, zuweilen ganz massiv, die sowjetzonalen und sowjetischen politischen Forderungen. Sie beschäftigen zahlreiche Anwälte, und es laufen immer wieder Klagen gegen diejenigen, die es wagen, diese Publikationen als kommunistisch oder kommunistenhörig zu bezeichnen. Diese Methode wurde den Verlagsleitern von ihren Propagandaleitstellen in der Sowjetzone ohne Rücksicht auf die Kosten dieser Prozesse empfohlen, um ihre Gegner einzuschüchtern.

Natürlich lassen sich die Geldquellen nicht detailliert feststellen. Die periodischen Veröffentlichungen der pro-östlichen Tarnblätter verfügen kaum über Inserate. Zuweilen enthalten sie Anzeigen sowjetzonaler Betriebe, verschiedentlich auch tschechischer und polnischer Staatsbetriebe. In zuständigen Kreisen wird die Vermutung ausgesprochen, daß hier Transaktionen für die Finanzierung dieser Tarnblätter mit im Spiele seien. Es ist bekannt, daß die SED-Regierung für ihre Propaganda in der Bundesrepublik DM-West-Beträge verwendet, die sie aus den Autobahn-, Wasserstraßengebühren und aus dem Berliner Stadtbahnverkehr einnimmt.

DIE KP-INFILTRATION VOR DEM BUNDESTAG

In der 31. Plenarsitzung des Deutschen Bundestages am 13. Juni 1958 hat Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder in einer Erklärung auf die Tätigkeit der Kommunisten und ihrer Hilfsorganisationen in der Bundesrepublik hingewiesen. In der Erklärung Minister Schröders wurde festgestellt,

- **daß sich die illegale KPD neben dem Kampf gegen die Bundeswehr die Entfaltung sozialer Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft und die Infiltration der SPD mit KPD-Leuten zum Ziel gesetzt hat;**
- **daß die kommunistischen Hilfs- und Tarnorganisationen nach Weisung der SED versuchen, die in den sogenannten „Friedensorganisationen" der Sowjetzone zusammengeschlossenen Kräfte mit den Aktionsgemeinschaften**

gegen den Atomtod zu koordinieren und ein ganzes System solcher „Gemeinschaften" im Bundesgebiet aufzuziehen;
daß dieses System durch neue derartige Aktionsgemeinschaften auf Landes-, Kreis- und Ortsebene in solchem Maße ausgebaut werden soll, daß der „Mann auf der Straße" nicht mehr zwischen den von der parlamentarischen Opposition und den von den kommunistischen Hilfsorganisationen gegründeten Ausschüssen unterscheiden könne.

Bundesinnenminister Dr. Schröder hat in derselben Sitzung des Bundestags folgende Organisationen namentlich genannt:

Aktionsgemeinschaft Bayern — Kampf dem Atomtod
Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik
Arbeitsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung
Bund der Deutschen (BdD)
Bund für deutsche Einheit e. V.
Demokratischer Kulturbund Deutschlands (DKBD)
Deutscher Klub 1954
Fränkischer Kreis
Hauptausschuß für Volksbefragung
Internationale kommunistische Widerstandsbewegung (FIR)
Komitee Volkskunstschaffender gegen den Atomtod
Landesfriedenskomitee Bayern
Ständiger Kongreß gegen Atomaufrüstung
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
Weltfriedensbewegung
Weltfriedensrat
Westdeutsche Frauenfriedensbewegung
Westdeutsches Friedenskomitee
Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland
Zentraler Arbeitsausschuß

Auf den nachfolgenden Seiten werden aus der Fülle des Schriftenmaterials bemerkenswerte Publikationen als Dokumentation der Tätigkeit der hier angeführten Organisationen veröffentlicht.

KPD FINANZIERT DEN „DFD"

Im November 1958 fand vor der II. Großen Strafkammer des Landgerichts Nürnberg ein Prozeß gegen 13 Frauen statt, die führend im „Demokratischen Frauenbund Deutschlands" (DFD) tätig waren und Beziehungen zu der ostzonalen Vereinigung gleichen Namens hatten. Eine Zeugin, die früher im

Bundessekretariat des DFD tätig war, erklärte, daß die Funktionärinnen geschult, die Stellenbesetzung von der KPD geprüft und die Gelder vom KPD-Parteivorstand zur Verfügung gestellt worden waren. Die Anweisungen für die Arbeit des DFD kamen von der Ostberliner Abteilung „West" des sowjetzonalen DFD.

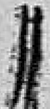
Wie stets in Prozessen gegen Mitglieder solcher Organisationen erklärten die Funktionärinnen und Vorstandsdamen, daß sie über die Verfassungsfeindlichkeit des DFD nicht orientiert waren. Aus den Dokumenten, die vom Gericht vorgelesen wurden, ging jedoch hervor, daß sie sogar für den Fall der politischen Verfolgung „vorbereitend geschult" worden waren.

Das Gericht erklärte den DFD als verfassungsfeindliche Organisation und als Ableger der verbotenen KPD, deren Tendenz darauf abziele, die Verhältnisse der Sowjetzone auf die Bundesrepublik zu übertragen.

Die Aufgabe, die dem DFD in der Bundesrepublik von der Ostberliner Zentrale übertragen wurde, ist, in westdeutschen Frauenkreisen Propaganda im wesentlichen gegen die Verteidigungsbestrebungen der Bundesrepublik zu machen.

Der kommunistische „Demokratische Frauenbund Deutschlands" (DFD) fordert dagegen die Jugend in der SBZ auf, das *„Ehrenkleid der KVP zu tragen"*:

Frauen und Mütter — handelt wie Frau Suhl — unterstützt eure Söhne bei ihrem Entschluß, das Ehrenkleid der VP zu tragen.
Frauen — übernehmt die Arbeitsplätze der Jugendlichen, die zur KVP gehen, damit helft auch ihr unsere Heimat zu schützen.

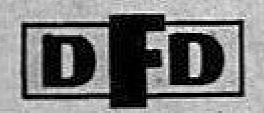


Bezirksvorstand DFD Schwerin
Mallwitz
1. Sekretärin

Gemäß den Richtlinien der Abteilung „West" des sowjetzonalen DFD mahnt die westdeutsche Filiale des DFD die Jugend in der Bundesrepublik, sich nicht durch die „Uniform erniedrigen" zu lassen:

Höre, Du Junge, Du Mädel!

Du willst lernen und schaffen für ein glückliches Leben und nicht in die Uniformen gesteckt, gedrillt und erniedrigt werden. Deshalb laß' Dich nicht für den Krieg mißbrauchen. Dein Vater und Deine Mutter helfen Dir, so wie sie dafür sorgen, daß Du zu essen und Kleider zum Anziehen hast.



Demokratischer Frauenbund Deutschlands - Westdeutschland

Lilly Wächter

DER „BUND DER DEUTSCHEN“

Zu den propagandistisch rührigsten Organisationen in der Bundesrepublik, die Bundesinnenminister Dr. Schröder vor dem Plenum des Bundestages erwähnt hat, zählt der „Bund der Deutschen“. Dieser „Bund der Deutschen“ ist aus der

Jetzt ist Unruhe

die erste Bürgerpflicht!

Militärische oder soziale Aufrüstung?

Bürgerinnen und Bürger,

jetzt heißt es gemeinsam handeln, ehe es wieder einmal zu spät ist!

Kommt zur

öffentl. Versammlung

am Montag, dem 8. Oktober 1956, 20.15 Uhr

in **Stade,** „Kehdinger Hof“ (Großer Saal), Breite Straße

Es spricht: B. Schmetkort, Düsseldorf

Eintritt frei! [illegible]



BUND DER DEUTSCHEN

Partei für Einheit, Frieden und Freiheit

Landesverband Niedersachsen

HANNOVER, Reitwallstr. 8



Verantwortlich: A. O. Stelter, Hannover – Druck: Wiese & Ahlert, Hannover

„Deutschen Sammlung", eine Vereinigung verschiedener kryptokommunistischer Gruppen hervorgegangen und nimmt seit seiner Gründung 1953 ständig mit eigenen Kandidaten mit einem enormen Papier- und Geldaufwand an Wahlen teil, der in keinem Verhältnis zu den aufgebrachten Stimmen steht. Die „Deutsche Sammlung" wurde in einer Broschüre des ZK der KPD als „Bündnisorganisation der KPD" bezeichnet.

Das Bündnis aller patriotischen Kräfte findet seinen Ausdruck in der „Deutschen Sammlung", an deren Spitze solche bewährten Patrioten stehen wie der Altreichskanzler Dr. Wirth, Wilhelm Elfes, Rosel Hillebrandt und andere.

Die „Deutsche Sammlung" hat schließlich nicht nur die 15 Millionen Deutschen in Westdeutschland hinter sich, die gegen den Generalvertrag ihre Stimme gaben, sie genießt auch die volle Unterstützung der DDR, die Basis des nationalen Kampfes.

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt mit allem Nachdruck, daß sie voll und ganz hinter dem Appell der deutschen Sammlungsbewegung steht und alles tun wird, um seine Forderungen in die Tat umzusetzen", sagte Ministerpräsident Otto Grotewohl in der Volkskammersitzung vom 20. März 1953.

Die „Deutsche Sammlung" ist die starke Kraft, die fähig ist, den Volkswillen in Westdeutschland zu einer organisierten Macht werden zu lassen. Wer aber könnte der Macht des organisierten Volkswillens widerstehen? Er wird die verräterischen Verträge zerreißen, das Adenauerregime stürzen und den Friedensvertrag mit einem einheitlichen, unabhängigen, friedliebenden, demokratischen Deutschland erkämpfen.

Der Bund der Deutschen (BdD) verfügt über erhebliche Mittel, die es ihm gestatten, eine Reihe von Zeitschriften und umfangreiches Propagandamaterial zu versenden, laufend sogenannte „Leser-Veranstaltungen" durchzuführen etc. Eine Analyse seiner periodischen Veröffentlichungen ergibt eine eindeutige Ost-Orientierung.

Im Präsidium des BdD sind neben Wilhelm Elfes, Generalsekretär Josef Weber, Dr. Maase und Otto Schönfeldt auch Dr. Brender (KPD-Kandidat bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein) und Helmut Bausch (früher beim KPD-Vorstand, Abteilung „Massenorganisationen") tätig.

Wilhelm Elfes gehört gleichzeitig dem „Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland" an, in dem auch der Kommunist Erwin Eckert (Stuttgart) und Prof. Dr. Franz Paul Schneider (Würzburg), sitzen.

In dem Organ des „Bundes der Deutschen", der „Deutschen Volkszeitung", in der Anzeigen sowjetzonaler „Volkseigener Betriebe" erscheinen (z. B. in der Ausgabe vom 7. Juni 1958), schreibt Frau Prof. Dr. Renate Riemeck, Wuppertal, am 24. Mai 1958:

„... wie weit will man die Erniedrigung des Menschen in diesem Land (gemeint ist die Bundesrepublik) noch treiben? ... den Soldaten, der für den atomaren Brudermord fertig gemacht werden soll, den ... muß man zuvor zu einem seelenlosen Roboter herabgewürdigt haben ..."

Das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland" veröffentlichte eine Danksagung an die „wider den Ungeist der Bundesrepublik streitenden geistesschaffenden Mitglieder des „Fränkischen Kreises." Frau Prof. Dr. Renate Riemeck ist Vertrauensperson dieses „Fränkischen Kreises", dessen Sekretär der Würzburger Professor Dr. Franz Paul Schneider ist.

Der „Bund der Deutschen" zeichnet sich durch seine außergewöhnliche Betriebsamkeit aus. Der nachfolgende Ausschnitt aus der Deutschen Volkszeitung Nr. 28 vom 11. Juli 1959 zeigt Versammlungsankündigungen. Bonn wird als „Störenfried" bezeichnet, eine Diskriminierung der Bundesrepublik wie sie gleichlautend auch in der SED-Presse ständig zu finden ist.

Hannover

Öffentliche Versammlung
BUND DER DEUTSCHEN
Donnerstag, 16. Juli, 20 Uhr
Hauptbahnhofs-Gaststätten,
Konferenzzimmer 1
Dr. H. O. Henneberg
Mitglied der BdD-Delegation für Genf
spricht zum Thema
„Bonn darf nicht länger stören — Genf muß Entspannung und Friedensvertrag vorbereiten"

Bremen

Öffentliche Versammlung
BUND DER DEUTSCHEN
Freitag, 17. Juli, 20 Uhr
„Tura-Heim", Großer Saal
Ort-Straße 10a
Dr. H. O. Henneberg
Mitglied der BdD-Delegation für Genf
spricht über
„Trotz Bonn Erfolge in Genf — Jetzt deutscher Beitrag erforderlich!"
Freie Aussprache

Bremen

Kundgebung
BUND DER DEUTSCHEN
Freitag, 10. Juli 1959, 20 Uhr
Schillerplatz, Bremen-Blumenthal
Detlev Kroeger
(BdD-Landessekretär)
spricht zum Thema
„BdD-Delegation war in Genf — die bisherigen Ergebnisse der Außenminister-Konferenz"
Ab 19.30 Uhr Unterhaltungsmusik

Kiel

Öffentliche Versammlung
BUND DER DEUTSCHEN
Freitag, 10. Juli, 20 Uhr
Gaststätte „Schiffer-Ausschank",
Walkerdamm 11
Dr. Hans Brender
BdD-Präsidiums-Mitglied
spricht über das Thema
„Deutscher Beitrag zur Verständigung in Genf: Adenauer muß gehen — dann freie Bahn für deutsche Wiedervereinigungs-Politik"
Freie Aussprache

Vom „Bund der Deutschen“ herausgegebene Publikationen:

Deutsche Volkszeitung

WOCHENZEITUNG · GEGRÜNDET VON REICHSKANZLER a.D. Dr. JOSEPH WIRTH

Herausgeber: Monitor-Verlag G.m.b.H., Düsseldorf



DER MITTELSTAND

MONATSSCHRIFT FÜR HANDWERK, HANDEL UND GEWERBE

Herausgeber: Bund der Deutschen



Bauernruf

Herausgeber: Bund der Deutschen

Kriegsopfer mahnen

ab jetzt:

Soziale Neuordnung

MONATSZEITSCHRIFT FÜR SOZIALPOLITIK

Herausgeber: Bund der Deutschen

Inserat aus der „Deutschen Volkszeitung“ vom 7. Juni 1958 und Aufruf zum Besuch einer Versammlung des „Bundes der Deutschen“.



DER WELTFRIEDENSRAT

In der Veröffentlichung „Was ist der Weltfriedensrat?", herausgegeben von der Zentrale des Friedensrates, sind die führenden Mitglieder dieser kommunistisch gelenkten internationalen Organisation angeführt, und zwar die aus der Sowjetzone und auch die aus der Bundesrepublik:

Johannes R. Becher, Dr. h. c.
  Schriftsteller, Kultusminister, Präsident der Akademie der Künste, Berlin (†)

Bertold Brecht
  Dramaturg (†)

Walter Diehl
  Parlamentsdolmetscher, Sekretär des Westdeutschen Friedenskomitees

Erwin Eckert
  Landtags-Abgeordneter von Baden-Württemberg, Präsident des Westdeutschen Friedenskomitees

Wilhelm Elfes
  Ehemaliger Oberbürgermeister von Mönchen-Gladbach, Präsident des „Bundes der Deutschen"

Kurt Essen
  Pastor der Evangelischen Kirche in Duisburg

Klara Maria Fassbinder
  ehem. Professor an der Pädagogischen Akademie in Bonn, Präsidentin der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung

Heinrich Fink
  Hafenarbeiter, Gewerkschafter, Landtagsabgeordneter von Hamburg (jetzt SBZ).

Walter Friedrich
  Professor der physikalischen Medizin an der Humboldt-Universität Berlin, Präsident der Akademie der Wissenschaften – Berlin, Präsident des Deutschen Friedensrates

Ludwig Hatzl
  Bauer (Bayern)

Johannes Herz
  Pfarrer, Professor der Theologie an der Universität in Leipzig

Edith Hoereth-Menge
  Lehrerin, Vorsitzende des Westdeutschen Friedenskomitees

Erich H. Reinau
  Professor der Agrarwissenschaften (Lörrach, Baden)

Daß ein „Weltfriedensrat“ ausgerechnet auf Initiative des militanten Kommunismus gegründet werden konnte, nimmt nur den wunder, der mit der kommunistischen Ideologie und Taktik nicht vertraut ist. Es sei deshalb an den Begriff des „Friedenskämpfers“ erinnert, den die Kommunisten auf alle in ihrem Dienst stehenden Soldaten zwischen Oder/Neiße und Wladiwostok anwenden, ja, sogar die den Korea-Krieg auslösenden kommunistischen Truppen wurden mit diesem Titel bedacht. „Friede“ heißt im kommunistischen Sprachgebrauch eben nicht das, was wir darunter verstehen, sondern bedeutet, mehr oder weniger verschleiert, die Anerkennung der kommunistischen Machtansprüche, also gewissermaßen eine „pax sowjetica“, einen Frieden nach sowjetischem Wunsch. In dieser Bedeutung des Wortes entspricht der „Weltfriedensrat“ tatsächlich dem, was man sich im Ostblock unter dieser Bezeichnung vorstellt. Die nachfolgenden Dokumente lassen an der Tendenz dieser „Friedensbewegung“ keinen Zweifel.

In dem „Bulletin des Weltfriedensrates“, 6. Jahrgang, Nr. 2/1959, wird der Start der ersten sowjetischen Mondrakete als „der mächtigste Beitrag zum Frieden“ gefeiert.

Der mächtigste Beitrag zum Frieden und zur internationalen Zusammenarbeit

Unmittelbar nach Bekanntwerden der großen Tat der sowjetischen Wissenschaftler — des erfolgreichen Abschusses des ersten künstlichen Planeten des Sonnensystems — haben die Direktion und die Mitarbeiter des Internationalen Instituts für den Frieden dem Sowjetischen Komitee zur Verteidigung des Friedens folgendes Telegramm übermittelt:

DIE NEUE GROSSTAT DER SOWJETISCHEN WISSENSCHAFT ERÖFFNET DER MENSCHHEIT EINE GLÄNZENDE ÄRA UND IST DER MÄCHTIGSTE BEITRAG ZUM WELTFRIEDEN UND ZUR INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT STOP WIR ERSUCHEN SIE, DEM VOLK, DER REGIERUNG UND DEN WISSENSCHAFTLERN DER SOWJETUNION UNSERE DANKBARKEIT UND BEWUNDERUNG ZUM AUSDRUCK ZU BRINGEN STOP

VORSTAND UND MITARBEITER PAXINSTITUT

Der Vizeadmiral der sowjetzonalen Streitkräfte, Waldemar Verner, hat über die Bedeutung der sowjetischen Sputniks folgende Erklärung im „Neuen Deutschland“ vom 8. Mai 1958 abgegeben:

> *Vielleicht genügt es, den Weg des Sputniks im Weltall auf vorgeschriebener Bahn nochmals ins Gedächtnis zu rufen, um zu erkennen, daß man in der Sowjetunion heute auch in der Lage ist, jeden beliebigen Ort der Erde mit modernsten Waffen zu erreichen. So wird wohl für die ganze Welt die waffentechnische Überlegenheit der Sowjetunion ... sichtbar.*

Über den kommunistischen sog. „Friedenskongreß" in Stockholm berichtete Frau Prof. Dr. Klara Maria Fassbinder in der „Deutschen Volkszeitung". (Organ des „Bundes der Deutschen") vom 2. August 1958:

Der Kongreß war diesmal von einer Reihe westdeutscher Verbände besucht, die sich bisher ferngehalten hatten oder höchstens durch einzelne Beobachter vertreten waren. Die Deutsche Friedensgesellschaft, der Deutsche Klub 1954, das Westdeutsche Friedenskomitee, der Fränkische Kreis hatten Delegationen geschickt. Die IdK, der Versöhnungsbund, der deutsche Zweig der Vereinigung berufstätiger Frauen, der Schwelmer Kreis waren durch Beobachter vertreten, die im Kongreß alle ...

Das Organ des Weltfriedensrates veröffentlicht Erfolgsmeldungen:

BULLETIN DES WELTFRIEDENSRATES

Petitionen, Versammlungen, Plakatumzüge. Gewerkschaften, Frauen, Professoren und Friedensgruppen treten in Aktion

Während und nach der NATO-Konferenz kam die Reaktion und Opposition der öffentlichen Meinung in verschiedenen Aktionsformen stark zum Ausdruck.

Der österreichische Friedensrat

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des NATO-Kommuniqués veröffentlichte der Österreichische Friedensrat eine Erklärung, in der er darauf hinwies, daß *„einige der Länder, die nun Atomwaffen und Raketenbasen erhalten sollen, unmittelbare Nachbarn Österreichs sind"*. Nachdem die Idee einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa gebilligt wird, setzt die Erklärung fort:

„Österreich ...

Umfrage in der Bundesrepublik Deutschland

Bei einer Blitzumfrage in zwölf deutschen Großstädten erhielt das Institut für Meinungsforschung in Kiel, München, ... Berlin, Hannover, Karlsruhe, Kö... gart, Düsseldorf, Mainz, Bre... berg folgende Antw... Bewaffn...

DAS TOR IST OFFEN!

Moskau will verhandeln

Endgültig einen Strich unter den Krieg ziehen!

Der sowjetische Friedensvertrags-Vorschlag enthält:

- Deutschlands Recht auf Wiedervereinigung wird anerkannt
- Unterstützung der Großmächte bei der Wiedervereinigung
- Deutschland wird frei von NATO und Warschauer Vertrag
- Keine Beteiligung an einem Militärbündnis, dem nicht alle vier Großmächte angehören
- Deutschland wird gleichberechtigtes Mitglied eines europäischen Sicherheitssystems und der UNO
- Nationale Streitkräfte
- Keine Atomwaffen und Massenvernichtungsmittel in Deutschland
- Abzug aller ausländischen Truppen ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages
- Beseitigung aller ausländischen Militärstützpunkte
- Verzicht auf weitere Reparationen
- Ungehinderte Entwicklung der Friedensindustrie, des Handels und der Schiffahrt
- Garantie der Menschenrechte und demokratischen Grundfreiheiten – freie Betätigung aller demokratischen Parteien und Organisationen
- Grenzen nach dem Stand vom 1. Januar 1959
- Bis zur Wiedervereinigung wird Westberlin Freie Stadt
- Nur e i n Friedensvertrag – unterzeichnet von beiden deutschen Regierungen und gegebenenfalls zusätzlich von dem Organ einer deutschen Konföderation

Jetzt muß verhandelt werden!

Die Bundesrepublik ist heute der größte Militärstützpunkt, das größte Aufmarschgebiet fremder Truppen in Europa. Die atomare Aufrüstung läuft auf vollen Touren. Wir leben auf dem atomaren Pulverfaß. Der kleinste Konflikt kann den Funken schlagen, der die Katastrophe heraufbeschwört.

Um diese ständige Kriegsgefahr zu beseitigen und die Angst vor dem Morgen von uns zu nehmen, muß die Bundesrepublik eine u n a b h ä n g i g e d e u t s c h e F r i e d e n s p o l i t i k verfolgen,

eine Politik der Deutschen für Deutschland, für die Sicherheit Europas und den Frieden der Welt.

Das erklärte das Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1958 und forderte,

die Bundesrepublik nicht länger an die NATO zu binden, sondern auf eine atomwaffenfreie Zone, ein europäisches Sicherheitssystem und auf einen F r i e d e n s v e r t r a g hinzusteuern.

Wir brauchen einen Friedensvertrag,

- **um endlich, im 14. Jahr nach Kriegsende, den unnatürlichen Zustand zu beenden, damit die Deutschen wieder a l l e i n in Deutschland bestimmen,**
- **um zu verhindern, daß in und um Deutschland ein Krieg entsteht,**
- **um einen notwendigen und wichtigen Schritt zur deutschen Wiedervereinigung zu tun. (Erich M e n d e [FDP]: „Die Wiedervereinigung liegt im Friedensvertrag wie der Dotter im Ei!")**

Heute liegt der Vorschlag auf dem Tisch, über einen Friedensvertrag mit Deutschland zu verhandeln. Moskau hat den Entwurf eines solchen Vertrages vorgelegt. Unabhängig von dem Inhalt dieses sowjetischen Entwurfes steht fest:

Es wird nur dann einen Friedensvertrag mit Deutschland geben, wenn er vorsieht:

— daß beide deutschen Staaten aus den Militärblöcken ausscheiden und Deutschland sich verpflichtet, keine militärische Front gegen den Osten oder den Westen zu beziehen — denn keine Seite kann Deutschland als Ganzes auf der anderen Seite dulden;

Ein politisches Stalingrad

Nach einer fast achtjährigen Periode der sogenannten Politik der Stärke bereitet Adenauer und sein Außenminister von Brentano jetzt das deutsche Volk auf ein neues Stalingrad vor. Diesmal steht das politische Stalingrad am Horizont. Adenauers und Brentanos Sprache vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, die [illegible] Reden, die aus Anlaß der letzten sowjetischen Note an die Adresse Moskaus gerichtet wurden, sind sowohl eine Bankrotterklärung der bisherigen von der Bundesregierung in der Deutschlandfrage verfolgten Politik, als auch der gefährliche Versuch, alles auf eine Karte setzen zu wollen. Wenn sich die Bundesregierung der Illusion hingibt, mit diesen Methoden gegenüber der Weltmacht Sowjetunion der Lösung unseres Hauptanliegens – der Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden – näherzukommen, dann muß sich das deutsche Volk schon heute auf die schreckliche Gewißheit vorbereiten, daß es am Rande eines Abgrundes wandelt ...

Sie (die Bundesregierung) hetzt dieses geschlagene Volk nach zwei verlorenen Kriegen in eine neue tödliche Feindschaft gegen eine Weltmacht hinein. Es geht einfach um die Frage, ob das sich jetzt abzeichnende diplomatische und politische Stalingrad durch deutsche Schuld in eine Katastrophe für unser Volk verwandelt wird.

„SPD-Pressedienst" vom 12. 1. 1959

Der sowjetische Friedensvertrags-Entwurf enthält im wesentlichen die genannten Grundsätze. Aber die Westmächte schweigen noch immer über ihre Vorstellungen.

Wollen sie keinen Friedensvertrag mit Deutschland abschließen?

Wollen die NATO-Staaten nicht auf ihre Militärstützpunkte verzichten? —

Darüber schweigen sie.

Aber dürfen wir Deutschen auch schweigen? Dürfen Deutsche Verhandlungen über einen Friedensvertrag einfach z u r ü c k w e i s e n?

Wir sagen laut und vernehmlich: A u f k e i n e n F a l l !

Der Bundeskanzler aber sagt schroff Nein zum Friedensvertrag und will auch keine Gegenvorschläge dulden, denn sein Rezept ist allein die Rüstung, die NATO, die Nichtanerkennung der DDR, die Einbeziehung ganz Deutschlands in einen gegen den Osten gerichteten Pakt. Das Ergebnis dieser langjährigen Politik der Stärke ist das Pulverfaß, auf dem wir leben. Soll das so bleiben?

D r. D e h l e r (FDP):

„Wenn wir überdenken, was wir 1952 ausgelassen haben! Man muß sich wieder einmal in die Erinnerung zurückrufen, was dem deutschen Volke an Verhandlungsmöglichkeiten geboten war ...

Der Herr Bundeskanzler hat uns damals erklärt: Das ist ein Störmanöver!

Das Entscheidende ist doch, daß sich erwiesen hat und daß jeder von Ihnen dieser leichtsinnigen Weise die damaligen Möglichkeiten ausgeschlagen hat, denen wir heute nachtrauern müssen."

50 oder 100 Jahre warten?

Dr. A d e n a u e r sagt: erst Wiedervereinigung – dann Friedensvertrag.

Nach Vorstellungen des US-Außenministers D u l l e s ist die Wiedervereinigung Deutschlands durch die Großmächte erst in 50 bis 100 Jahren möglich! – Dann erst Friedensvertrag!

Ein Friedensvertrag heute, unterzeichnet von beiden bestehenden deutschen Regierungen, steckt den Rahmen ab, in dem sich die Wiedervereinigung durch die Deutschen vollziehen kann. Sollten wir Deutschen uns nicht v o r 50 Jahren darüber einigen können?!

Wir stehen heute vor der Wahl:

E n t w e d e r weiter in ständiger Angst vor dem Atomkrieg leben zu müssen,

o d e r im Interesse des Friedens alles zu tun, damit es endlich zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland, über eine Wende des deutschen und europäischen Schicksals zum Guten, kommt.

Wer Ja sagt zum Leben, muß Ja sagen zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag!

Herausgeber: FRIEDENSKOMITEE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, Düsseldorf, [illegible]
Verantwortlich: [illegible], Düsseldorf – Druck: [illegible], Düsseldorf

Das „Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland" – eine KPD-Tarnorganisation, die im März 1959 in Nordrhein-Westfalen verboten wurde –, bejahte in einem Flugblatt den sowjetischen Friedensvertragsentwurf.

Der „Deutsche Friedensrat" in der Zone arbeitet ähnlich wie der „Demokratische Frauenbund Deutschlands" (DFD). Die Parolen, die er in Briefen und Flugblättern in der Bundesrepublik verbreitet, sind gegen den Verteidigungswillen der westdeutschen Bevölkerung gerichtet.



DEUTSCHER Friedensrat

BEWEGUNG IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK GEGEN DEN ATOMTOD

BERLIN W 8, TAUBENSTRASSE 1-2

OFFENER BRIEF

des Deutschen Friedenskongresses 1958 an die Bürger der Bundesrepublik

Liebe Landsleute!

Wir wenden uns an Euch, aus Zorn und Erbitterung gegen die Atomkrieger, aus Liebe zum Leben, zu unseren Kindern und zu unserem Volk, aus Vertrauen in die Vernunft deutscher Menschen.

Aus demselben Impuls erheben in beiden Teilen Deutschlands Gelehrte und Geistliche, Politiker und Gewerkschafter, Arbeiter und Künstler, Angehörige aller Berufe, aller Schichten, vornehmlich ihre

...tschen sofort und ge-

...republik als auch in ...ratischen Republik ...samen Kundgebungen und ...en gegen den Atom-...ssen miteinander Kon-...gen austauschen und ...n, wie wir am besten ...omtod gemeinsam

...strengung führt

...tschland in eine

... sich dafür entschie-den. Auch Eure Regierung muß eine solche Entscheidung treffen.

Das werden wir nur im gemeinsamen Kampf erreichen.

Und nur der gemeinsame Kampf führt zu einem Deutschland, frei von Atomfuront, frei in Sicherheit und Frieden!

In der Zone tritt dieser „Friedensrat" für die Aufrüstung der Volksarmee ein, für die Verteidigung der „Arbeiter- und Bauernmacht".

DEUTSCHER KLUB 1954

Zu den Vorstandsmitgliedern des „Deutschen Klubs 1954" zählen Prof. Dr. Hagemann, Münster, Prof. Iwand, Bonn, und Frau Prof. Dr. Renate Riemeck, Wuppertal.

Der Geschäftsführer des Deutschen Klubs 1954, Karl Graf von Westphalen, nahm in der Monatsschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 6 v. 20. 6. 1958, Stellung zu der Erklärung des Bundesministers vor dem Bundestag, daß dieser Klub und einige seiner Mitarbeiter unter kommunistischem Einfluß stehen. Graf von Westphalen beteuerte, der Klub sei in jeder Beziehung unabhängig.

Gewisse Veröffentlichungen des Klubs zeigen jedoch eine auffallende Übereinstimmung mit den Ausführungen sowjetzonaler Funktionäre.

Als Mitarbeiter der erwähnten Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik", die Graf von Westphalen verantwortlich leitet, werden u. a. angeführt: Rauschning – er war Mitarbeiter der ostfinanzierten „Rheinisch-Westfälischen Nachrichten" –, Hagemann, Renate Riemeck, Leo Weismantel, Franz Paul Schneider u. a. m.

Seit kurzem erscheint ein Pressedienst dieser Blätter unter dem Titel „information-non-conform", in dem die Beiträge zum Vorabdruck angeboten werden.

In einem „Dr. Achim von Borries" gezeichneten Artikel „Wollt Ihr den totalen Krieg?" heißt es am 25. September 1958 in dem „non conform-Dienst" im Jargon der sowjetzonalen Presse über Bundesverteidigungsminister Strauß: „zum *Kraftprotz und zum Demagogen* geboren . . ."

Die sowjetzonale Monatsschrift „Deutsche Außenpolitik", IV. Jahrgang, Heft 2, verunglimpft Verteidigungsminister Strauß mit denselben Worten:

eine Hand zu bekommen. Diese Hand ist die des *Franz Josef Strauß*, des reaktionärsten, brutalsten und wildesten Vertreters des westdeutschen Monopolkapitals. Als Kraftprotz und Demagoge ist er Kriegsminister und „Minister für Volksaufklärung und Propaganda" zugleich. Was *Strauß* will, hat er

Frau Professor Renate Riemeck, Pädagogische Akademie Wuppertal, führendes Mitglied des „Ständigen Kongresses gegen die atomare Aufrüstung", schreibt in der Monatsschrift des Klubs:

> „Man ist überzeugt, daß Mensch und Gesellschaft sich umgestalten werden und im Zuge dieser Umgestaltung das Ende der großbürgerlich-kapitalistischen Wirtschafts- und Herrschaftsformen kommen muß. Diese Auffassung



information non-conform **information non-conform** **information non-conform**

Köln, den 25. September 1958

Aus Beiträgen des in diesen Tagen erscheinenden Heftes 9/58:

1) Aus "Der Mangel einer überzeugenden amerikanischen Aussenpolitik" von Dr. Hermann Rauschning

2) Aus "Politische Einsicht und Umkehr" von Otto Eisenmann (MdB)

3) Aus "Wollt ihr den totalen Krieg?" von Dr. Achim von Borries

4) Aus "Verpasste Gelegenheiten" von Hermann Schwann

5) Aus "Das Kartenhaus des Herrn Dulles" von Prof. Dr. Walter Hagemann

6) Aus "Haben wir das neue Weltbild im Geiste bewältigt?" von Hans Henny Jahnn

7) Aus "Propst Asmussens Kampf gegen die evangelische Kirche" von Heinz Kloppenburg DD.

KÖLN · BARBAROSSAPLATZ 7 · TELEFON [illegible]

Ankündigung einer Nummer der „Blätter für deutsche und internationale Politik"

verwundert niemanden, der mit den Gedankengängen des Marxismus-Leninismus auch nur etwas vertraut ist. Daraus aber einen unmittelbar bevorstehenden Angriffskrieg der Sowjetunion abzuleiten, wie die Bonner Regierungspolitiker es tun, ist eine bewußte Entstellung der Tatsachen. Diese unwahrhaftige Zweckpropaganda soll die wirklichen Absichten der westdeutschen Militärpolitiker verhüllen und die phantastischen Summen rechtfertigen, die für die Aufrüstung bereitgestellt werden müssen ..."

und über die Wahlen in der Bundesrepublik:

... „Die Wahlen sind äußerlich tatsächlich ‚frei'. Die Wahlentscheidung aber ist unecht, weil sie auf die raffinierteste Weise, nämlich unter Zuhilfenahme sämtlicher Tricks der sogenannten ‚Motivforschung' gelenkt wird. Dadurch wird das Wesen der Demokratie, wie es im Grundgesetz formuliert wurde, in grotesker Weise verbogen. Für die Träger der Macht hat die parlamentarische Demokratie lediglich die Funktion, die autoritäre Machtausübung zu verhüllen ..."

(„Blätter für deutsche und internationale Politik"), 20. 6. 1958)

Diese Äußerungen kann man sinngemäß auch im Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland", finden, in den Flugblättern der „Nationalen Front" und des sogenannten „Ausschusses für Deutsche Einheit".

So berichtet der SED-„Vorwärts" (Montags-Ausgabe des „Neuen Deutschland" vom 9. Juni 1958) über Frau Professor Riemeck:

„Frau Professor Riemeck fordert die Gewerkschaften auf, dem Streikverlangen der Arbeiter gegen die Atomaufrüstung in der Bundesrepublik nachzukommen."

„... das in den herrschenden Kreisen wider besseres Wissen beschworene Gespenst des Kommunismus als Mittel zur Unterordnung des Volkes unter ihre Machtinteressen zu entlarven."

Der Gleichklang fehlt auch hier nicht, wie aus dem FDGB-Organ zu entnehmen ist:

„Antikommunismus — das ist identisch mit NATO und Atomkrieg. Wer gegen Atomkrieg ist, muß Schluß machen mit dem Antikommunismus. Das Friedensinteresse der deutschen Arbeiterklasse, der deutschen Werktätigen gebietet deshalb den Führern der SPD und des DGB ..., die Politik der Sowjetunion, ihre führende Rolle im internationalen Friedenskampf richtig einzuschätzen.

In Deutschland heißt es, das Bündnis zwischen den fortschrittlichen Kräften Westdeutschlands und den Patrioten der Arbeiterklasse der DDR herzustellen ...

Immer mehr kommt in Westdeutschland die Volksbewegung gegen den Atomtod in Gang. Immer stärker erkennen aber vor allem die Arbeiter, daß es mit Reden und Protesten allein nicht getan ist. Auf der Tagesordnung stehen Taten, stehen Aktionen."

(„Tribüne", 2. 4. 1958)

junge begegnung

Jahrgang 5 / Nr. 6 Berlin, Juni 1958 Preis 15 Pf.

Gelsenkirchen. Ein „Aktionsausschuß der Jugend aus Hütten und Schächten gegen den Atomtod" wurde in Gelsenkirchen gegründet. Junge Gewerkschaftsfunktionäre und Jungarbeiter aus Betrieben und Zechen unterzeichneten einen Appell an die Jugend des Ruhrgebietes, in dem alle jungen Arbeiter von Rhein und Ruhr zu einem Kongreß gegen den Atomtod aufgerufen werden.

An der Gründung nahm auch die Initiatorin des Appells der 44 Hochschulprofessoren an den DGB, Prof. Dr. Renate Riemeck, teil.

Etwas dabei?

Urlaubsplätze in den schönsten Gegenden der DDR vermitt... sche Ju... fol...

Der sowjetzonale „Deutsche Jugendring", eine von der FDJ gelenkte kommunistische Organisation, verbreitet das Monatsblatt „Junge Begegnung". Die Ausgabe Nr. 6 vom Juni 1958 bringt die nebenstehende Meldung aus Gelsenkirchen.



ERSCHEINT TROTZ VERBOT

FDJ

Junges Deutschland

ORGAN DES ZENTRALBÜROS DER FDJ IN DER BUNDESREPUBLIK

Professor W. Hagemann, Universität Münster:

Antikommunismus - Deckmantel für Atomkrieger

„Welch absurde Idee zu glauben, daß die Sowjetunion, die im eigenen Lande so viel der Sowjetunion hat den Westen in eine arge Verlegenheit gebracht."

Das aus der Sowjetzone eingeschleuste kommunistische Organ der in der Bundesrepublik verbotenen FDJ („Freie Deutsche Jugend") übernahm in der Ausgabe vom 1. Mai 1958 einen Artikel von Prof. Dr. Hagemann, Münster.

Legt den Atomkriegspolitikern das Handwerk!

Nieder mit dem KPD-Verbot!

Flugzettel der KPD

Der „Bund für Deutsche Einheit e. V.“, der in der Bundestagsrede von Innenminister Dr. Schröder ebenfalls genannt wurde, forderte in seinem Organ „Nationalpolitisches Forum“ und in Flugblättern den Generalstreik. Bemerkenswert ist, daß der frühere SS-General Ebrecht als Redner beim „Bund der Deutschen“ auftritt und somit eine gemeinsame Zielsetzung bekundet.

(Das „Nationalpolitische Forum“ hat sein Erscheinen Mitte 1959 eingestellt. Wie der „Zeitungs-Verlag und Zeitschriften-Verlag“, Bad Godesberg, am 1. Juli 1959 mitteilte, hat Wolf Schenke, der Verleger der Wochenschrift „Neue Politik“, Hamburg, die Bezieherkartei erworben.)



Generalstreik!

Generalstreik!

Generalstreik!

Generalstreik!

Generalstreik!

Bund für deutsche Einheit e. V.

Lesen Sie das Sprachrohr der nationalen Opposition:

Nationalpolitisches Forum

Unabhängige Monatsschrift für nationale Sicherheits- und Wehrfragen

Fordern Sie kostenlose Probehefte an vom:

Arminius-Verlag, Neumünster/Holstein, Hauptstraße 4

Ein in der „Deutschen Volkszeitung“ (Organ des „Bundes der Deutschen“) veröffentlichter Aufruf zur Teilnahme an einer Protestkundgebung gegen (westliche) Atom- und Raketenwaffen.

Freitag
10. JANUAR
20.15 Uhr

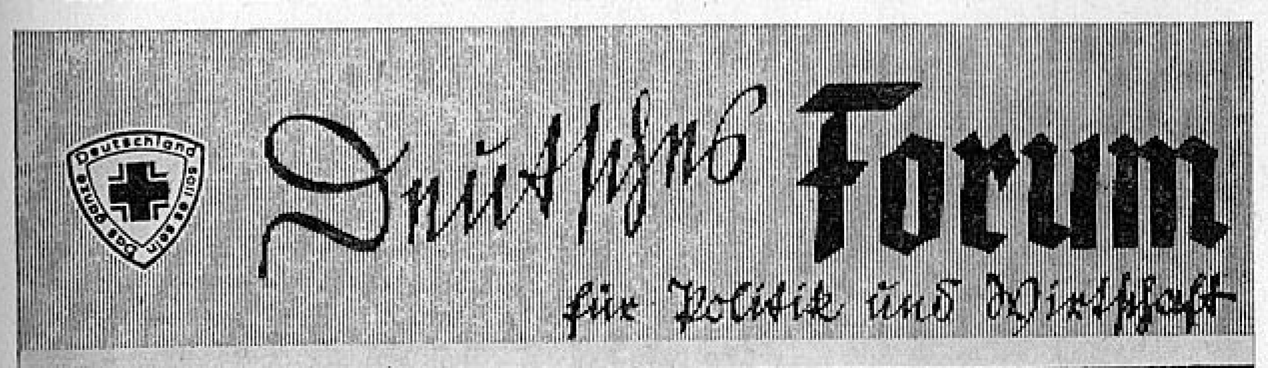
Hände weg von Atom- und Raketenwaffen!
PROTESTKUNDGEBUNG
Hannover
Hansa-Haus-Säle, Aegidientorplatz
Eingang Marienstraße

Es sprechen:
Professor Dr. Dr. Herrmann, Freudenstadt
Generalleutnant a. D. Ebrecht, Lindau

BUND DER DEUTSCHEN
Partei für Einheit, Frieden und Freiheit
Landesverband Niedersachsen

Unkostenbeitrag 20 Pfennig

Seit kurzem erscheint in Hamburg eine hektographierte Publikation des „Bundes für deutsche Einheit“:



Folge 8/1955. – Hamburg – 2. Jahrgang.

Regelmässiges Erscheinen und weiteren Ausbau des DEUTSCHEN FORUMS sichern Sie durch Überweisung eines Jahres-Mindestbeitrags von DM 3,-- an unser Postscheckkonto Hmb. 247521/Sonderkonto W. Henneberg.

Herausgeber: BUND FÜR DEUTSCHE EINHEIT e.V.-Landesgruppe Hamburg, Hamburg 1, Lindenstrasse 17, Tel.: 24 52 69.

Verantwortlich: Willy Henneberg, Hamburg.

Der „Bund für deutsche Einheit" fordert als angeblich überparteiliche Organisation zum Widerstand gegen die „tödliche Atomgefahr" auf. Dieser Widerstand soll sich einseitig gegen die westliche Verteidigungbereitschaft richten.

Bund für deutsche Einheit e.V.
Landesgruppe Hamburg
Hamburg 1, Lindenstr.17 III, Tel.: 245269.

Alle volksbewußten Deutschen, gleich welcher Parteizugehörigkeit, sind aufgerufen zum Widerstand gegen die tödliche Atomgefahr in dem Bewußtsein, daß die geplante Atomaufrüstung Westdeutschlands die Teilung Deutschlands endgültig machen würde.

In dieser Zeit der ernstesten Bedrohung unserer staatlichen Einheit, -unabdingbare Voraussetzung für jede Gesundung unseres Volkes in Freiheit und Frieden-, müssen wir die

nationale Einheitsfront aller Patrioten
von rechts nach links

herstellen. Unser Bund als überparteiliche Organisation will dafür die Ausgangsstellung geben.

Daher rufen wir ... denen die Wiedervereinigung wicht... programmatische Gegensätze und d... parteipolitisc... erfolgverspre... arbeit auf. D... „rechts" oder ... Bekenntnis zu... West unabhän... unserer Losu...
„Das ...

Der Unterzeichnete
will aktiv mitarbeiten,
will zu weiteren Versammlungen eingeladen werden,
abonniert das „Nationalpolitische Forum",
wünscht ..St. Werbenummern des „N. F."
nennt folgende Interessenten:

Name – Vorname – Beruf

Anschrift
(Blockschrift erbeten)

April 1958 · Heft 4
SIEBENTER JAHRGANG

NATIONALPOLITISCHES FORUM

UNABHÄNGIGE MONATSSCHRIFT FÜR NATIONALE SICHERHEITS- UND WEHRFRAGEN

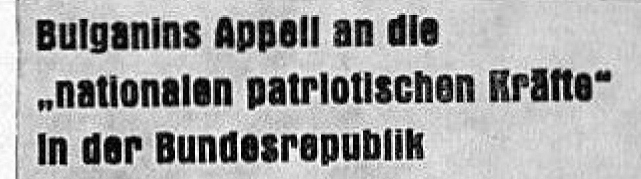
Die nationale Parole:

Generalstreik!

Vor vier Wochen haben wir an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht, daß die drohende Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen einen „Nationalen Notstand" schafft, der die Bevölkerung zur Selbsthilfe zwingt. Wir haben uns nicht gescheut, schon damals zu sagen, was das bedeuten soll: Den Generalstreik!

◀ Aus einem Memorandum des „Bundes für deutsche Einheit e. V."

Die Entlarvung Bulganins als „Parteifeind" hat die Form der sowjetischen Friedensappelle nicht verändert. ▶



Bulganins Appell an die „nationalen patriotischen Kräfte" in der Bundesrepublik

Die letzte **Botschaft Bulganins** mit ihrem geradezu beschwörenden Appell an die „nationalen patriotischen Kräfte" in der Bundesrepublik **läßt ein überragendes** Interesse der Sowjetregierung an einer **positiven** deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit — **auch im Hinblick** auf die Wiedervereinigung — **erkennen.**

Insofern bleibt der Geist von Rapallo Beispiel und Mahnung in der Zukunft. Er ist beileibe kein „Gespenst", wie uns die Bonner weismachen wollen. Daß die heute herrschenden Gewalten außerstande sind, ihn wieder auflebenzulassen, ist seit acht Jahren eine schmerzliche Erkenntnis. Der Ruf geht deshalb an die, die unabhängig ihre Schlüsse ziehen, denen das Ganze mehr gilt als der Teil, die nicht in östlichen oder westlichen Denkschemen leben, sondern die bereit und willens sind, das zu tun, was getan werden muß!

◀ In derselben Ausgabe des „Nationalpolitischen Forums", in der der Generalstreik gefordert wird, wird der Geist von Rapallo beschworen.

„STÄNDIGER KONGRESS“

Am 15. Juni 1958 konstituierte sich in Gelsenkirchen ein „Ständiger Kongreß aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“. Der Kongreß wählte ein Präsidium, dem u. a. die Professoren Dr. Hagemann, Dr. Hessen und Frau Prof. Dr. Renate Riemeck angehören. Die Eröffnungsansprache hielt Prof. Dr. Franz Paul Schneider (Fränkischer Kreis), Würzburg. Ferner gehören dem Präsidium an: Frau Prof. Dr. Klara Maria Fassbinder (Friedenskomitee), Bonn, Johann Fladung (Kulturbund), Düsseldorf, Hein Wadle (Betriebsrat), Kiel, und Joachim Nehring (Herausgeber des „Nationalpolitischen Forums“), Neumünster.

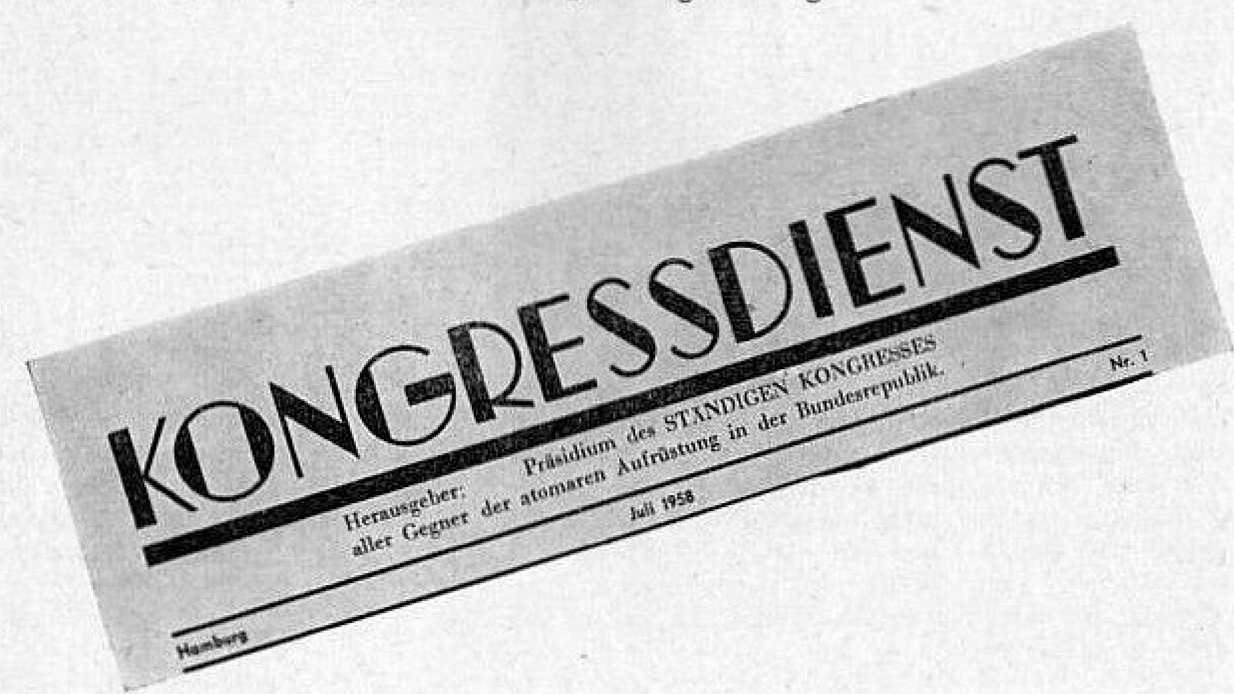
Seit Juli 1958 gibt der „Ständige Kongreß“ einen sogenannten „Kongreßdienst“ heraus, für den Prof. Dr. Kurt Gröbe, Hamburg, verantwortlich zeichnete, seit kurzem Frau Dr. med. Barbara Rathjens, Hamburg.

Das Büro des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“ befindet sich in Hamburg. Sekretär ist Karlludwig Opitz; Mitarbeiter des Hamburger Wochenblattes „Die andere Zeitung“.

Die DGB-Führung (Deutscher Gewerkschaftsbund) und SPD distanzierten sich von dem von Frau Prof. Riemeck und Prof. Dr. Franz Paul Schneider gegründeten „Ständigen Kongreß gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik“.

In der Ausgabe des „SPD-Pressedienstes“ vom 28. 6. 1958 wird der „Ständige Kongreß“ als kommunistisch gelenkt bezeichnet.

Der DGB Nordrhein-Westfalen distanzierte sich von dem „Kongreß der Jugend von Hütten und Schächten gegen den Atomtod“, einer Untergliederung oder einem Sonderunternehmen des „Ständigen Kongresses“.



KONGRESSDIENST

Herausgeber: Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Nr. 1

Juli 1958

Hamburg

Herausgeber:
Das Präsidium des „Ständigen Kongresses" aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.
Verantwortlich:
Prof. Dr. med. Kurt Gröbe, Hamburg.
Druck: Gerhard Steen Buchdruckerei, Hamburg.
Der „Kongreßdienst" ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.

Ständiger Kongreß

aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik

am 15. Juni 1958 in Gelsenkirchen im Hans Sachs-Haus

Zeiteinteilung

10 Uhr — Eröffnung durch Professor Dr. *Franz Paul Schneider*, Würzburg
Begrüßung der Gäste
Begrüßungsworte der Gäste an den Kongreß
Bekanntgabe des Tagungspräsidiums, der Redaktions-, der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Tagungsleitung: Gewerkschaftssekretär *Hans Kehren*, Düsseldorf
Gewerkschaftssekretär *Walter Pfirmann*, Karlsruhe
Professor Dr. *Kurt Gröbe*, Hamburg

11 Uhr — Zum Thema:

„Der drohende Atomtod und unsere Verantwortung"

sprechen:

Professor Dr. *Renate Riemeck*, Wuppertal
Professor Dr. *Walter Hagemann*, Münster i. Westfalen
Herbert Mochalski, Studentenpfarrer, Darmstadt
August Haas, Bürgermeister, Mitglied der Bezirksleitung des Bauernverbandes Schwaben, Gannertshofen

12.30 – 13 Uhr — Pause – Gelegenheit zur Einnahme eines Imbisses

13 Uhr — Fortsetzung der Kurzreferate:

Professor D. Dr. *Johannes Hessen*, Köln
Hein Wadle, Obmann der Betriebsvertrauensleute der Howaldt-Werft, Kiel
Professor Dr. *Franz Paul Schneider*, Würzburg

14.15 Uhr — Bericht der Redaktionskommission
Beschlußfassung über ein Manifest
Bericht der Mandatsprüfungskommission
Wahl des Ständigen Präsidiums

Schlußwort: Professor Dr. *Renate Riemeck*, Wuppertal

Ende gegen 15 Uhr

DER „FRÄNKISCHE KREIS"

Über die Tätigkeit des „Fränkischen Kreises" des Würzburger Universitätsprofessors Dr. Franz Paul Schneider äußerte sich Bundesinnenminister Dr. Schröder wie folgt:

„Im Sinne dieser Weisung verstärkten seit Dezember 1957 alle kommunistischen Hilfsorganisationen ihre Agitation gegen eine atomare Bewaffnung der Bundesrepublik und bemühten sich, insbesondere Verbindungen zu den Sozialdemokraten und zu den Gewerkschaften aufzunehmen. Die von diesen Kräften eröffnete oder unterstützte Kampagne „Kampf dem Atomtod", sowie den Ende Februar 1958 veröffentlichten Appell von 44 Universitäts- und Hochschulprofessoren der Bundesrepublik an die Gewerkschaften, versuchten die Kommunisten, ihren Zielen nutzbar zu machen. Die am 30. März 1958 vorgenommene Gründung der *„Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik"* durch den „Fränkischen Kreis" ist in diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben. Andere kommunistische Hilfsorganisationen riefen im Laufe des Monats April und Mai ähnliche Ausschüsse ins Leben. Die soeben erwähnte „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik" wurde vom „Fränkischen Kreis" Ende März in Frankfurt gegründet.

Der *„Fränkische Kreis" ist eine von dem kommunistischen „Demokratischen Kulturbund Deutschlands" (DKBD) finanzierte und gesteuerte Nebenorganisation.* Nach außen hin zeichnet für diesen Kreis der Würzburger Universitätsprofessor Dr. Franz Paul *Schneider*, führendes Mitglied verschiedener kommunistischer Hilfsorganisationen, u. a. des Weltfriedensrates. Um der Neugründung den Anschein politischer Neutralität und zugleich eine möglichst breite Grundlage zu geben, gewann man die Initiatorin des Appells der 44 Professoren an die Gewerkschaften, *Prof. Dr. Renate Riemeck*, zur Mitarbeit. An der Gründungskonferenz nahmen 66 Personen teil, die Hälfte davon wurden als Gewerkschaftsfunktionäre bezeichnet. Dem „Fränkischen Kreis" gelang es damit, seinen bisherigen Wirkungskreis – die sogenannte Intelligenz – zu erweitern und auf die Arbeiterschaft auszudehnen, was ein alter Wunsch seiner kommunistischen Funktionäre war. Die Mitgliederliste des „Zentralen Arbeitsausschusses", der von der Aktionsgemeinschaft gebildet wurde, zeigt, daß es dem Fränkischen Kreis gelungen ist, namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, wie ich annehme, irrezuführen."

Werbemittel des „Fränkischen Kreises":

„FRÄNKISCHER KREIS"
Freie Vereinigung von Angehörigen
geistiger Berufe in der Bundesrepublik
Sekretär: Universitätsprofessor
Dr. Franz Paul Schneider

Würzburg, Datum des Poststempels

Sehr geehrter Herr Kollege!

Wir haben im Frühjahr dieses Jahres an alle Professoren, Dozenten, Assistenten und wissenschaftlichen Hilfsarbeiter der Universitäten, Hochschulen und Akademien einen Appell gerichtet, den „Fränkischen Kreis" im Kampf gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik zu unterstützen. Die zu diesem Zweck vorgelegte Petition an den Deutschen Bundestag wurde zu unserer Freude von zahlreichen Hochschullehrern unterschrieben. Diese Unterschriften haben das Gewicht der westdeutschen Intelligenz in der großen Auseinandersetzung über die Aufrüstungspolitik der Regierung erheblich verstärkt.

Immer weitere Kreise des geistigen, kulturellen und künstleris… …er
Bundesrepublik erkennen, daß der Beschluß des Bundestages …
in seiner Auswirkung die physische Existenz unseres V…
Albert Schweitzer hat in seinem dritten Osloer B… ein Opfer der
Risikos" gesprochen, von denen eines „in der …
rüstens in Atomwaffen und der damit ge…
und baldigen Atomkrieges besteht". …
sich jedes Wort überlegt, ehe …
Von westlichen Militärexp…
ständlichen Weise da…
dritten Weltkrie…
Stunden in …
atomar…
Pe…

… in der Bundesrepublik sich schwer von
… noch im zweiten Weltkrieg volle Gültigkeit besaßen.
… über sie den Stab zu brechen, halten es aber für
…pflicht, alle Intellektuellen zu erfassen, die in dieser Lebensfrage
der Nation mit uns übereinstimmen. Wir glauben auch, daß jeder von uns vor die
Entscheidung gestellt werden muß, damit keiner wiederum sagen kann: „Das habe
ich nicht gewußt."

Wir sind davon überzeugt, daß noch viele Hochschullehrer, die unsere Besorgnisse teilen, infolge ihrer beruflichen Überlastung nicht die Zeit gefunden haben, sich mit der Petition des „Fränkischen Kreises" eingehender zu befassen. Bei der schicksalhaften Bedeutung der Angelegenheit bitten wir um gütiges Verständnis, wenn wir uns erlauben, Ihnen unsere Petition erneut zur Prüfung und Unterzeichnung vorzulegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
im Auftrage und Namen des
„Fränkischen Kreises"

Anlage: Son…
Pet…
Za…

Bulletin
des „Fränkischen Kreises"

Freie Vereinigung von Angehörigen geistiger Berufe in der Bundesrepublik
Sekretär: Universitätsprofessor Dr. Franz Paul Schneider, Würzburg

Juli 1958 — Sondernummer

An alle Frauen und Männer der geistigen Berufe in der Bundesrepublik Deutschland

[illegible]

Die Moskauer „Prawda“ veröffentlichte zum dritten Jahrestag des Verbots der KPD einen Artikel, in dem die Wiederzulassung der KPD in der Bundesrepublik gefordert wird. Gleichzeitig zählt das Blatt die Aktionen auf, an denen sich die Kommunisten beteiligten:

„Regelmäßig, aber nicht legal, erscheinen wie bisher das Zentralorgan der KPD — FREIES VOLK und die Zeitungen der örtlichen Parteiorgane. In den Betrieben gehen Zeitungen und Flugblätter, die die wahrheitsliebenden Worte der Kommunisten enthalten, von Hand zu Hand. Es erscheint auch das theoretische Organ der KPD — WISSEN UND TAT —, das den Marxismus-Leninismus propagiert und die bürgerliche und rechtssozialistische „Theorie“ entlarvt ...

Kommunisten nahmen an großen Demonstrationen der Gewerkschaften gegen den Beschluß des Bundestages zur atomaren Aufrüstung, an Proteststreiks gegen den Beschluß zur Errichtung von Raketenbasen in Dortmund und Gießen sowie an Kundgebungen der Metallarbeiter in Gelsenkirchen gegen die Rüstungsproduktion teil.

Im Zusammenhang mit der Kohlenabsatzkrise in Westdeutschland, den damit zusammenhängenden Massenentlassungen der Ruhrbergleute und Verschlechterung ihrer materiellen Lage, veröffentlichte das ZK der KPD Ende Juli ein Bergleute-Hilfsprogramm ...

Durchführung von Streiks und Demonstrationen gegen das Schließen von Gruben durch die Ruhrkohlen-Magnaten usw. Dieses Programm wird von den Ruhrbergleuten auf breiter Ebene erörtert. Einige Programmpunkte wurden sogar auf der am 5. August in Essen stattgefundenen Konferenz der Vertreter der Bergleute unterstützt.

Einen klaren Beweis des unermüdlichen Kampfes der Kommunisten für die Interessen der Werktätigen bildet die Tatsache, daß die Arbeiter in Westdeutschland — entgegen dem Polizeiterror Kommunisten in die Führung ihrer Organisation in den Betrieben wählen.

Nach Berichten der bürgerlichen Presse gehören im Ruhrgebiet nach dem Verbot der KPD 7—10 % der Mandate, und in einzelnen Betrieben bis zu 20 % der Mandate der Mitglieder der Betriebsräte den Kommunisten.

Indem die Kommunisten den Prozeß der Entwicklung des Faschismus in der BRD entlarven, rufen sie die Werktätigen zum Kampf für die Wiederzulassung der KP auf und für die Beendigung der gerichtlichen Verfolgung der politischen Überzeugung, für die Amnestierung politischer Häftlinge und zum Schutz der demokratischen Rechte.

Getreu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus, helfen die deutschen Kommunisten — indem sie ihre Reihen zusammenschweißen und stählen —, der Arbeiterklasse der BRD, ihre besondere Verantwortung im Kampf für das weitere Schicksal Deutschlands zu erkennen und ein einheitliches Handeln der deutschen Arbeiterbewegung zu erreichen.

Die KPD zeigt in der Tat, daß sie die Vorausabteilung der deutschen Arbeiterklasse und aller Werktätigen der BRD im Kampf für die nationalen Interessen des deutschen Volkes darstellt.“

Mit dem Berlin-Ultimatum Moskaus und der Bekanntgabe des sowjetischen Friedensvertragsentwurfs sind die zahlreichen Organisationen in der Bundesrepublik, die bisher schon die sowjetischen und sowjetzonalen Thesen verbreiteten, nicht zufällig zu äußerster Aktivität angespornt worden. Die Propaganda lenkte ganz offen auf die Forderungen des Ostens ein. Die Diffamierungskampagne gegen die Bundesrepublik erreichte mit der Genfer Konferenz ihren Höhepunkt. Unterschriften wurden gesammelt, Resolutionen gefaßt, Delegationen zu der Außenministerkonferenz nach Genf entsandt. Die Resolutionen und Aufrufe unterscheiden sich in keiner Weise von den Elaboraten der Sowjetzonenregierung.

Wie weit die Verleumdungspolitik der Sowjetzonenregierung von den bereits angeführten westdeutschen Organisationen unterstützt wird, geht aus einem an die Genfer Außenministerkonferenz gerichteten Schreiben des „Ständigen Kongresses gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik" hervor. Das Schreiben wurde in der Hamburger Wochenschrift „Die andere Zeitung", Ausgabe vom 27. Mai 1959, veröffentlicht und trägt die Unterschrift des Sekretärs des „Ständigen Kongresses", Karlludwig Opitz, der Mitarbeiter der „anderen Zeitung" ist und den die SED als ihren „Verbündeten" bezeichnet (siehe Seite 43 „Der neue Held"). In diesem Schreiben an die Außenminister in Genf heißt es wörtlich:

> „Die Atomrüstungspolitik der Bundesregierung ist ein Bestandteil des ‚Kalten Krieges', eine ständige Drohung gegen Nachbarvölker, ist die Vorbereitung auf die ‚Neuordnung' des östlichen Teiles Deutschlands und des Ostens bis zum Ural!"

Diese Aktionen finden den besonderen Beifall der SED-Presse. Die „Volksstimme", Organ der Bezirksleitung der SED Magdeburg (Nr. 117 vom 21. Mai 1959) bringt einen Bericht über den Empfang westdeutscher Propagandisten sowjetzonaler Bestrebungen durch die Sowjetzonenvertreter in Genf:

> *Der Leiter der Regierungsdelegation der DDR in Genf, Außenminister Dr. Bolz, empfing am Mittwoch Professor Schneider, Würzburg, Sekretär des Fränkischen Kreises, den Westberliner Regisseur Erich Engel und drei Vertreter des Schwelmer Kreises. Diese Delegierten sind Abgesandte von etwa 1500 Universitätsprofessoren, Lehrern, Künstlern sowie fast aller namhaften Schriftsteller Westdeutschlands. Der herzlichen, fast einstündigen Unterredung wohnte auch Staatssekretär Dr. Toeplitz bei. Zuvor waren die Vertreter der westdeutschen Intelligenz im Sitz der sowjetischen Delegation von Botschafter Smirnow, Berater Iljitschow und den stellvertretenden Sprecher der sowjetischen Delegation, Sergejem, empfangen worden. Botschafter Smirnow erläuterte seinen westdeutschen Gästen die Haltung der sowjetischen Delegation auf der Genfer Konferenz.*
>
> *Die Präsidenten des Deutschen Kulturtages, Professor Dr. Karl Saller, München, und Professor Dr. Alexander Mette, Berlin, überreichten am Mittwoch den sechs auf der Außenministerkonferenz vertretenen Delegationen eine gemeinsame Erklärung des Deutschen Kulturtages an die Konferenz der Außenminister ...*

Professor Dr. Schneider erklärte während des Gespräches mit Dr. Bolz, daß der Fränkische Kreis für die Schaffung einer Konföderation auf der Grundlage eines mit beiden Teilen Deutschlands abgeschlossenen Friedensvertrages sowie für eine atomwaffenfreie Zone eintrete ... Der Fränkische Kreis gehe davon aus, daß das Potsdamer Abkommen die Grundlage für die Lösung der deutschen Frage bildet.

Professor Dr. Saller stellte fest, daß die Vertretung der BR in Genf nicht den Willen der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung zum Ausdruck bringt. Er ging besonders auf die freien Wahlen ein und erklärte, daß es keine Atombewaffnung der Bundeswehr geben würde, wenn das Volk wirklich frei wählen könnte ...“

DAS GESCHÄFT MIT DER ATOM-ANGST

Unmittelbar nach der Pariser NATO-Tagung, auf der im Dezember 1957 durch das amerikanische Angebot, die Verbündeten mit taktischen Atomwaffen auszustatten, das Prinzip der abgestuften Abschreckung in seinen Konturen erkennbar wurde, begann eine sich stets steigernde Anti-Atom-Propaganda, in der gleich zu Beginn die Parole der Volksbefragung in den Mittelpunkt gerückt wurde. Nach der Bundestagsdebatte vom 23. 1. 1958 wurde die Atom-Agitation mit verstärkter Wucht fortgesetzt. Man behauptete, daß „eine Wende in Westdeutschland gekommen“ sei und außerparlamentarische Aktionen den „Aufstand im Parlament“ ablösen müßten.

Lange Zeiträume hindurch war die gesamte Aktivität des kommunistischen Propaganda- und Infiltrationsapparates einzig und allein auf die Bundeswehr und die Frage der Atombewaffnung konzentriert. In den Dienst dieser Kampagne wurden nicht nur sämtliche Agenten, Organisationen sowie die gesamte Presse der Sowjetzone und ihre Ableger, die Tarnzeitungen, in der Bundesrepublik gestellt, sondern es wurden zahlreiche neue Vereine, Arbeitsgruppen und Arbeitskreise gegründet, die vor allem unter der Parole „Kampf dem Atomtod“ gegen die Bundeswehr und gegen den Verteidigungswillen der Bevölkerung agitierten. Da gleichzeitig auch die Parteien der parlamentarischen Opposition eine Aktion gegen die Atombewaffnung einleiteten, gelang es den Kommunisten, durch gleichlautende Parolen ihrer Gruppen den Anschein der Legalität zu erwirken, so daß schließlich in einem allgemeinen Wirrwarr eine vollkommene Unklarheit darüber bestand, welche Aktionen nun kommunistisch und welche nichtkommunistisch waren. Dieser Wirrwarr aber entsprach genau der Absicht der Agitatoren in Ostberlin; denn wo Verworrenheit und Unruhe herrschen, können ihre Parolen wirken, kann vielleicht die „Einheit der Arbeiterklasse“ hergestellt werden.

Nach der gewaltigen Propagandawelle, die mit allen Mitteln der Verleumdung geführt wurde, schien im Herbst 1958 eine Ruhepause eingetreten zu sein. Es

war eine Pause, in der die Propagandaarbeit weniger sichtbar war, und die die Propagandisten für die Festigung und Verstärkung ihres Apparates benutzten. Dabei kamen ihnen die vorangegangenen Anti-Atomaktionen zugute. Die Positionen, die der kommunistische Infiltrationsapparat auf diese Weise gewonnen hat, wurden weidlich ausgenutzt bei der neuen Welle von Anti-Atom-Aktionen, die Anfang 1958 einsetzte.

Nach wie vor ist der Kampf gegen die Bundeswehr ein wichtiger Schwerpunkt. Die kommunistische Führung hat aber auch die übrigen Sektoren wieder stärker mit Propaganda-Aufträgen und Propagandamitteln bedacht.

Ganz besonders heftig sind ihre Reaktionen gegen die im Schoße der Bundesregierung erwogenen Pläne der psychologischen Verteidigung, nämlich der Abwehr der sowjetischen Propaganda im allgemeinen und der Propaganda gegen die Bundeswehr und den Wehrwillen im besonderen. Gegen die Absichten einer psychologischen Verteidigung, die sich ganz natürlich aus der riesigen Propagandaanstrengung des Kommunismus gegen die Bundesrepublik ergeben mußten, werden von Radio Moskau und der sowjetamtlichen Presseagentur TASS, angefangen über Radio Ostberlin, Sender 904 und die Zonenpresse, bis hinein in die Tarnzeitungen, die in der Bundesrepublik erscheinen, wütende Angriffe geführt.

Besonders grotesk ist es, wenn die Propagandisten der totalitären kommunistischen Diktatur dabei die Bundesregierung beschuldigen, daß sie durch Abwehr der kommunistischen Infiltration die demokratischen Rechte der Bevölkerung beeinträchtige und die „letzten Reste der Demokratie" durch ihre „klerikalfaschistische Diktatur" beseitige. Unter Demokratie verstehen die Kommunisten jedenfalls stets die „Volksdemokratie", das heißt die „Diktatur des Proletariats", die Diktatur der kommunistischen Partei.

In vielen Anweisungen des Ostberliner Zentralkomitees der SED wurde das Stichwort ausgegeben, die einmalige Chance des Kommunismus in Westdeutschland wahrzunehmen und die Furcht weiter Kreise vor Atomwaffen im Sinne der kommunistischen Politik auszunutzen. Wie immer bei heiklen politischen Fragen knüpft der Kommunismus auch diesmal an seine Aktionen die Hoffnung, daß es gelingen werde, mit außerparlamentarischen Maßnahmen, insbesondere Demonstrationen und Generalstreik, eine „Wende in der deutschen Politik herbeizuführen".

Vergleicht man die Summen, die die Sowjetzonenregierung zur Bekämpfung und Lähmung des westdeutschen Abwehrwillens bereitstellt, mit den Beträgen, die in der Bundesrepublik für die Aufklärungsarbeit über diese Fragen bewilligt werden, dann zeigt sich ein deutliches Mißverhältnis. So standen im Haushaltjahr 1958 für die „Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen" für das gesamte Bundesgebiet noch nicht DM 9 000 000,— zur Verfügung. Und auch diese Summe wurde

noch als viel zu hoch kritisiert. Für 1959 sind ebenfalls 9 Millionen DM vorgesehen. Gemessen an dem finanziellen Aufwand der Sowjetzone für die Zersetzung der Bundesrepublik ist das eine bescheidene Summe.

Für die getarnten Organisationen des Kommunismus in Westdeutschland, die nicht zuletzt der Vorliebe des Deutschen für Vereinsmeierei entgegenkommen, gilt, was Steidl nach seinem Abfall in seiner eingangs erwähnten Niederschrift feststellte:

> „Die Furcht, daß morgen Eigenleben gewinnen könnte, was gestern noch dem finanziellen Odem des Ostens sein Entstehen verdankt, überschattet das Dasein aller kommunistischen Tarnobjekte. Diese Furcht ist charakteristisch. Sie schafft und zerstört im ewigen Fluß der Dinge und dient damit letztlich doch den Zielen, die allen politischen Tarnschöpfungen des Kommunismus gesetzt sind: das feindliche Lager aufzuspalten, es zu unterwandern, aufzuweichen, zu zersetzen und zu vergiften, zu narkotisieren und zu lähmen. Die Geschichte der kommunistischen Infiltrationsorganisationen ist der mit ameisenhaftem Fleiß geübte Versuch der Aushöhlung der nichtkommunistischen Welt durch nichtkommunistische Menschen."

Diese Erkenntnis eines Mannes, der selbst jahrelang in die Maschinerie der kommunistischen Infiltration eingespannt war, ist eine deutliche Warnung. Jede Verkleinerung der unterirdischen Gefahr bestärkt den Kommunismus in seinen weitverzweigten Anstrengungen zur Zerstörung unserer Ordnung. Aber unsere Abwehrchancen vervielfachen sich, wenn die Kenntnis der kommunistischen Ziele und Methoden in möglichst breite Schichten unserer Bevölkerung dringt.

ULBRICHTS AUFTRAG AN DIE KOLLABORATEURE

Ulbricht wandte sich auf einer Tagung der „Nationalen Front" in Ostberlin ganz offen an seine Kollaborateure in der Bundesrepublik mit folgendem Auftrag:

> *Es ist Pflicht der Friedensfreunde in Westdeutschland, jede Möglichkeit auszunutzen, um den Kampf der DDR gegen die psychologische Kriegsführung der Bonner Regierung und gegen die Rüstung in Westdeutschland zu unterstützen. Es darf keine Rüstungsproduktion, keine Flugplätze und keine Raketenbasen geben, die nicht der Führung der Friedenskräfte in Deutschland, die von Berlin* (gemeint ist Ostberlin) *aus geleitet werden, bekannt werden ... Jede der Parteien und Massenorganisationen der DDR hat ihre Aufgabe in der Arbeit nach Westdeutschland und in Zukunft auch in der Arbeit in Westdeutschland ...*
>
> („Neues Deutschland" vom 24. 9. 1958)

Der kommunistischen Terminologie entkleidet, heißt das klipp und klar: Die Kommunisten, ihre Mitläufer und fellow travellers sind aufgefordert, die

Zersetzungsarbeit in der Bundesrepublik zu verstärken, Landesverrat und Spionage zu betreiben und den Verteidigungs- und Widerstandswillen im Westen zu lähmen.

Außer den von Ulbricht angesprochenen „Friedensfreunden" sind in der Bundesrepublik schon stets aus der Zone eingeschleuste Agenten tätig. Der nachfolgende, höchst aufschlußreiche Bericht legt Ziele und Methoden dieser Agenten bloß.

Enthüllungen über die Agententätigkeit im Bundesgebiet

Auf Grund von Aussagen des Mitte Mai 1959 aus der Zone geflüchteten Referatsleiters und Hauptmanns des MfS (Ministerium für Staatssicherheit) Max Heim bekamen die Behörden tieferen Einblick in die Agententätigkeit im Bundesgebiet. Die Agenten verfügen über modernste technische Ausrüstungen für konspirative Nachrichtenübermittlung. Ihre Informationen bilden die Grundlage für „aktive politische Aktionen" in der Bundesrepublik.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz gab die ersten Ergebnisse der Befragung des ehemaligen Mitarbeiters im MfS bekannt.

„Am 16. Mai 1959 setzte sich der Hauptmann im sowjetischen Ministerium für Staatssicherheit (MfS) Max Heim gemeinsam mit seiner Familie aus dem Sowjetsektor Berlins in das Bundesgebiet ab. Bei seiner Befragung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) offenbarte er sich und legte Originaldokumente, Aktenauszüge und Agentenlisten aus seiner Arbeit als Leiter des Referats II/a der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS vor. Seine Aussagen haben bekanntlich nach schneller Aufklärung durch den Verfassungsschutz zur Festnahme zahlreicher Agenten geführt, gegen die der Generalbundesanwalt Ermittlungsverfahren eingeleitet hat, deren Ergebnis abzuwarten sein wird.

Heim war von Ende 1953 bis in die letzte Zeit hinein für die politische Spionage in der Hauptverwaltung Aufklärung gegen die CDU/CSU zuständig. In gleicher Verwendung hatte er schon seit April 1952 im Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung (IWF) gearbeitet, dessen Spionagetätigkeit durch strafrechtliche Maßnahmen in der Bundesrepublik im Jahre 1953 zum Erliegen kam.

Auf Grund seiner siebenjährigen Verwendung im Spionagedienst verfügt Heim über sehr eingehende Kenntnisse von Zielrichtung und Methoden der nachrichtendienstlichen Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit gegen die Bundesrepublik.

Die im folgenden zusammengefaßten ersten Ergebnisse seiner Befragung werden als glaubwürdig bewertet, zumal sie in zahlreichen Punkten durch bereits vorhandene oder anläßlich der Festnahmeaktion gewonnene Erkenntnisse bestätigt sind."

II. Umgliederung der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS

Zum Jahresende 1958 hat das Kollegium des Ministeriums für Staatssicherheit mit Zustimmung des Polit-Büros der SED folgende Neugliederung der Hauptverwaltung Aufklärung beschlossen, die am 1. Januar 1959 in Kraft getreten ist:

1. Die Zusammenfassung der bisherigen Abteilungen der HVA in Hauptabteilungen wurde aufgegeben, um eine engere Verbindung der Abteilungsleiter mit Generalmajor Wolf, Leiter der HVA, zu gewährleisten und zugleich die Eigenverantwortung der Referatsleiter zu heben. Dadurch ergab sich folgende neue Gliederung des sowjetzonalen Nachrichtendienstes HVA:

Abteilung I: Politische Spionage in Regierungsstellen der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Bundesministeriums für Verteidigung (Oberstleutnant Folk).

Abteilung II: Politische Spionage in Parteien und politischen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland (Oberstleutnant Schulze).

Abteilung III: Ausländische Botschaften, Militärspionage im Ausland (Oberstleutnant Jähnicke).

Abteilung IV: Militärische Spionage im Bundesgebiet (Oberstleutnant Knie).

Abteilung V: Wirtschaftsspionage (Oberst Weihberg).

Abteilung: VI: Einschleusung von Agenten in die Bundesrepublik Deutschland (Hauptmann Newe). – Die Abteilung ist neu geschaffen worden.

Abteilung VII: Auswertung (Oberst Koletzki).

Abteilung VIII: Diversion (Sabotagevorbereitungen in der Bundesrepublik für den Kriegs- und Krisenfall) (Oberstleutnant Schmeiling).

Abteilung IX: Verbindungen, Funk- und Chiffrierwesen, Labor (Oberstleutnant Hartwig).

Abteilung K: Dokumentation, Ausweisfälschung (Oberstleutnant Grosskopf).

Abteilung R: Kartei, Registratur (Frau Hauptmann Becker).

2. Die mit Verwaltungs- und Wirtschaftsfunktionen betrauten Abteilungen des MfS wurden zu einer Hauptverwaltung B (Bewirtschaftung/Verwaltung) zusammengefaßt. Die HVA hat an dieser neu entstandenen Hauptverwaltung ihren bisherigen Wirtschafts- und Verwaltungsapparat einschließlich der Nachrichten-Technik abgeben müssen. In die Leitung der HVB wurde der Nachrichtenfachmann Henschke berufen, um sicherzustellen, daß die Belange der Operativabteilungen besser als bisher berücksichtigt werden.

Diese organisatorischen Veränderungen sind im Januar 1959 in einer allgemeinen Dienstbesprechung der Hauptverwaltung Aufklärung von Generalmajor Wolf erläutert worden. Dabei kam zum Ausdruck, daß die Schwerpunktreferate

der HVA durch Neuzuweisungen und amtsinternen Personalausgleich demnächst erheblich verstärkt werden sollen. Von diesen organisatorischen Maßnahmen verspricht man sich auf dem Gebiete der aktiven Spionage eine erhebliche Steigerung der Schlagkraft des MfS.

III. Zahl der Agenten des Staatssicherheitsdienstes

Im Sommer 1958 forderte Generalmajor Wolf die Abteilungs- und Referatsleiter der Hauptverwaltung Aufklärung in einer Dienstbesprechung auf, mit Hilfe ihrer geheimen Mitarbeiter mehr als bisher die Abwehrorgane des MfS zu unterstützen. Der Minister für Staatssicherheit habe ihm erklärt, die Hauptverwaltung Aufklärung verfüge zur Zeit „allein an der Basis (SBZ) über mehr als 10 000 geheime Mitarbeiter für den Einsatz in der Bundesrepublik Deutschland (BRD)". Mit diesem Apparat müßte er in der Lage sein, wesentliche Informationen auch auf dem Gebiet der inneren Sicherheit zu sammeln.

Hauptmann Heim schätzt die Zahl der darüber hinaus im Bundesgebiet ansässigen und dort dauernd tätigen Agenten seines Dienstes auf ca. 2000 bis 3000. Damit sind die Angaben des übergetretenen Oberstleutnants der „Nationalen Volksarmee" Dombrowski, der von insgesamt 12 500 MfS-Agenten im Westeinsatz ausgegangen ist, bestätigt worden. Die Verluste an ernsthaft arbeitenden Agenten im Bundesgebiet sollen bisher durch Neurekrutierung mehr als aufgewogen worden sein.

IV. Einbau getarnter Spionagefilialen des Staatssicherheitsdienstes in Parteien und Organisationen der SBZ; („legale MfS-Residenturen")

1. Im Jahre 1955 gingen alle operativen Abteilungen der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) dazu über, in Einrichtungen der SBZ, die auf kulturellem, wissenschaftlichem oder politischem Gebiet „Westarbeit" leisten, Agenten anzuwerben oder sich der legalen Möglichkeiten dieser Institutionen auf sonstigem Wege zu nachrichtendienstlichen Zwecken zu bedienen. Diese Bemühungen haben dazu geführt, daß seit 1948 nahezu in allen Organisationen der SBZ, die über „gesamtdeutsche Abteilungen" verfügen, starke „legale Residenturen" des MfS arbeiten.

Als Leiter der HVA hat Generalmajor Wolf von vornherein Wert darauf gelegt, daß diejenigen Organisationen der sowjetischen Besatzungszone, die als Träger legaler ND-Residenturen dienen, nicht durch die Spionagearbeit der Residenten kompromitiert werden. In einer zentralen Dienstbesprechung der leitenden HVA-Offiziere wurden 1957 entsprechende Belehrungen erteilt. Hinweise dieser Art sind auch in die Ende 1958 neugefaßten Richtlinien der Hauptverwaltung Aufklärung über „Grundzüge der Nachrichtenarbeit" aufgenommen worden.

Aus diesen Gründen findet die Zusammenarbeit der HVA mit ihren legalen Residenturen unter strengster Wahrung der Regeln der Konspiration statt. Besprechungen über Treffs werden grundsätzlich in konspirativen Wohnungen abgewickelt, wobei die Agentenführer der HVA unter Tarnnamen auftreten. Die Mitglieder der legalen MfS-Residenten sind mit konspirativen Telefon-Nummern ausgestattet und quittieren über den Empfang von Verratsgeldern mit Decknamen. Während ihres Einsatzes in der Bundesrepublik sind sie mit sowjetzonalen Deckanschriften der HVA und zum Teil mit nachrichtentechnischen Hilfsmitteln ausgerüstet.

2. Von den legalen Residenturen, die sich mit politischer Spionage im Bundesgebiet befassen, ist diejenige im Parteivorstand der Ost-CDU eine der stärksten. Außer dem Generalsekretär dieser Partei, mehreren Mitgliedern des Präsidiums des Parteivorstandes, dem gesamten Personal der „gesamtdeutschen Abteilung" der Ost-CDU einschließlich der Sekretärinnen und eines Spitzenagenten, der seinerseits eigene Mitarbeiter in der CDU-Ost als Netzführer anleitet, einem Mitarbeiter der Abteilung Kirchenpolitik und mehreren Volkskammerabgeordneten sind auf Bezirks- und Kreisebene der Ost-CDU eine Fülle weiterer Funktionäre oder im Staatsdienst stehender Parteimitglieder schriftlich verpflichtete MfS-Agenten. Heim hat den Abwehrorganen der BRD genaue Aufzeichnungen über Personalien, Decknamen, Verpflichtungstermine, Bezahlung und Arbeitsergebnisse der von ihm aufgebauten legalen Residentur in der Ost-CDU übergeben. Etwa 30 Agenten in höheren Parteifunktionen der CDU-Ost sind von ihm selbst oder seinen unmittelbaren Untergebenen angeworben, geführt und mit Spionageaufträgen in die BRD entsandt worden.

3. Die Westabteilung der LDP wird als legale Residentur des Staatssicherheitsdienstes zur Aufklärung der FDP benutzt.

Für die Spionagetätigkeit gegen die SPD in der Bundesrepublik ist das stärkste Referat der Abteilung II zuständig, das gleichfalls über zahlreiche Residenturen in verschiedenen Institutionen und Organisationen der SBZ verfügt.

Der politischen Spionage dienen außerdem MfS-Residenturen in der gesamtdeutschen Abteilung der NDPD, im Nationalrat der Nationalen Front, im Deutschen Frauenbund, im Friedensrat, im Berliner Amt für Literatur und Verlagswesen, im Deutschen Institut für Zeitgeschichte und in der Gesellschaft zum Studium wissenschaftlicher Kenntnisse im Sowjetsektor Berlins. Spionage gegen den deutschen Gewerkschaftsbund wird über eine sehr starke Residentur der Hauptverwaltung Aufklärung im sowjetzonalen FDGB betrieben.

4. Die Abteilung für Wirtschaftsspionage bedient sich funktionsfähiger Residenten in allen Fachausschüssen der DIA und im Leipziger Messehaus. Weit mehr als die Hälfte des Personals der Leipziger Messe ist schriftlich zur geheimen Mitarbeit für die MfS-Bezirksverwaltung Leipzig verpflichtet.

V. Arbeitsgrundsätze für die Aufklärung und nachrichtendienstliche Zersetzung politischer Institutionen der BRD

1. Verstärkte Arbeit unter falscher Flagge

Im Herbst 1958 schlug der russische Chefberater Oberst Litowkin dem zuständigen Abteilungs- und Referatsleiter der HVA vor, in der politischen Spionage dazu überzugehen, geheime Informationen aus Regierungsstellen, Parteien, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften in erster Linie unter der Legende zu beschaffen, daß dieses Material von „westdeutschen Presseorganen oder Industrie-Konzernen" benötigt würde und unbedingter Quellenschutz gewährleistet sei. Auf dem Gebiet der Wirtschaftsspionage hätte der sowjetische Nachrichtendienst mit dieser Methode, unter falscher Flagge zu arbeiten, gute Ergebnisse erzielt. Generalmajor Wolf ordnete darauf an, dieser Form der Nachrichtenbeschaffung künftig besondere Beachtung zu schenken. Großzügige Geldangebote und die Vorspiegelung, im Falle der Entdeckung sei eine Einstellung mit hohem Gehalt in der Industrie in der BRD möglich, könnten dazu beitragen, den Angesprochenen zur Mitarbeit bereit zu machen.

2. Richtlinien für die politische Spionage und nachrichtendienstliche Zersetzung

Die politische Spionage der Hauptverwaltung Aufklärung zielt darauf ab, mit Hilfe geheimer Mitarbeiter umfassende Informationen aus den Regierungsorganen, Behörden, Parteien, Gewerkschaften und sonstigen politischen Gruppen im Bundesgebiet und West-Berlin zu beschaffen und zu diesem Zweck möglichst in die Zentrale der genannten Institutionen einzudringen. Die Agenten werden vielfach über Funk gesteuert. Sie verfügen zum Teil über hochwertige technische Geräte und Schlüsselmittel zur konspirativen Nachrichtenübermittlung.

Aus der Aussage des MfS-Hauptmanns Heim ergibt sich, daß die mit der politischen Spionage befaßten Referate der HVA auch für die nachrichtendienstliche Zersetzung zuständig sind. Auf Grund allgemeiner Direktiven des Polit-Büros der SED ist das Ministerium für Staatssicherheit befugt, die von ihm beschafften politischen Informationen aus der Bundesrepublik selbständig zu „aktiven politischen Aktionen" auszuwerten. Diese Maßnahmen dienen dem Ziel, in den jeweils aufgeklärten Institutionen und in der Gesamtbevölkerung der BRD Unzufriedenheit, Konflikte und Verwirrung zu stiften und allgemein zersetzend zu wirken. Die leitenden Funktionäre der HVA wiesen in den Dienstbesprechungen der letzten Zeit wiederholt darauf hin, Aufgabe der Hauptabteilungen I und II sei es, nicht lediglich aufzuklären, sondern das von ihren Agenten beschaffte Informationsmaterial unmittelbar zu nachrichtendienstlichen Zersetzungsaktionen zu benutzen. Zuständig für die Planung und Durchführung „aktiver politischer Aktionen" ist jeweils das für die Aufklärung der betroffenen Institutionen zuständige HVA-Referat.

3. Nachrichtendienstliche Zersetzungsversuche gegen die CDU

Durch die Aussagen des MfS-Hauptmanns Heim ist geklärt worden, daß u. a. folgende Zersetzungaktionen gegen die CDU/CSU von dem Referat II/a der Hauptabteilung Aufklärung des sowjetzonalen Staatssicherheitsdienstes geplant und verwirklicht wurden:

a) Fälschung und Einschleusung eines Briefes des Vorsitzenden der CDU vom 3. September 1956 an die Parteimitglieder mit Unterschrift „Adenauer".

b) Fälschung und Einschleusung eines Briefes des Bundestagsabgeordneten Dr. Otto Lenz vom 9. November 1956 und einer angeblichen Gegenstellungnahme des stellvertretenden Geschäftsführers der CDU Dr. Kraske vom 14. November 1956. Durch diese Fälschung wurde versucht, katholische und evangelische Kreise innerhalb der CDU/CSU gegeneinander aufzubringen.

c) Fälschung und Einschleusung eines Briefes des damaligen Landesvorstandes der CDU Berlin Ernst Lemmer vom 30. November 1956 und eines Briefes des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier.

d) Übersendung von Fotokopien aus Akten der Zeitschrift „Das Wirtschaftsbild", die im Bundesgebiet im Februar 1957 von MfS-Agenten gestohlen worden waren, an Organisationen, Presseorgane und Parteistellen mit dem Ziel, innerpolitischen Konfliktstoff zu schaffen.

e) Störung der Abschlußkundgebung des CDU-Parteitages 1957 in Hamburg durch eine Flugblattrakete, die von MfS-Agenten gezündet wurde.

f) Eingriff in die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im Jahre 1958 durch Druckschriften, die den Eindruck erweckten, von CDU, SPD oder FDP herausgegeben worden zu sein.

4. Aufklärungsschwerpunkt des Staatssicherheitsdienstes gegen die CDU

Die Abteilung II der Hauptverwaltung Aufklärung hat sich, wie ein im Original vorliegender „Perspektivplan" für das Jahr 1959 ergibt, zum Ziel gesetzt, nachrichtendienstlich in folgende Gremien der CDU vorzustoßen, aus denen bisher trotz intensivster Bemühungen geheime Mitarbeiter nicht zur Verfügung standen:

a) Bundestagsfraktion der CDU, insbesondere der für außenpolitische, gesamtdeutsche und verteidigungspolitische Fragen zuständigen Gremien,

b) Sekretariat der Bundestagsfraktion der CDU,

c) Sozialausschüsse dieser Partei, um in ihnen bis zu den Kreisorganisationen der CDU hinab Hinweise über parteiinterne Konflikte zu sammeln.

Zu diesem Zweck sollte die Zahl der tätigen Agenten vergrößert und die Reisetätigkeit der MfS-verpflichteten Funktionäre der Ost-CDU in das Bundesgebiet erheblich verstärkt werden.

Durch die Einleitung der Strafverfahren und die Enthüllungen des Hauptmanns Heim hat die Hauptverwaltung Aufklärung die notwendigen Ausgangspunkte für diese Spionageabsichten innerhalb der CDU verloren. Sie ist jetzt gezwungen, einen völlig neuen Apparat von geheimen Mitarbeitern mit Zugängen zu dieser Partei aufzubauen."*

Gegen die kommunistische Arbeit, die sich mit einem Schleier der Legalität zu umgeben versteht, können nur aufmerksame Beobachtung und Aufklärung helfen. Das kann nicht den Behörden überlassen bleiben, die nur einzuschreiten vermögen, wenn konkrete gesetzliche Vorschriften verletzt werden, sondern die Bevölkerung selbst muß aktiv an der Abwehr mitwirken. Sie darf sich vor allem nicht täuschen lassen, wenn sie mit verlogenen Friedensparolen angesprochen wird, die seit Jahrzehnten zu einem Bestandteil der sowjetischen Politik zählen. In Wirklichkeit ist diese kommunistische „Friedens"-Propaganda ein Mittel, um die Bevölkerung gegen die Politik ihrer Regierung aufzuwiegeln, wenn diese zu der Sowjetpolitik in Widerspruch steht oder sich ihrem Willen nicht bedingungslos zu unterwerfen bereit ist.

Wir alle wissen aus den traurigen Verhältnissen der Sowjetzone, was der Verlust der Freiheit für den einzelnen Menschen und für ein ganzes Volk bedeutet. Um so zielbewußter müssen wir unsere Kräfte der Verteidigung der Freiheit auf allen Gebieten unseres Daseins widmen.

* (Aus dem „Bulletin" des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 6. Juni 1959.)

VLADETA MILIĆEVIĆ

Der Königsmord von Marseille – das Verbrechen und seine Hintergründe – mit zahlreichen bisher unveröffentlichen Bildern u. Dokumenten

DM 8,80

„Am 9. Oktober 1934 wurden König Alexander I. von Jugoslawien und der französische Außenminister Barthou in Marseille ermordet. Das Verbrechen und seine Hintergründe werden von dem Manne aufgeklärt, der seinerzeit im Auftrage der jugoslawischen Regierung die Untersuchung des Attentats führte. Die erstmals veröffentlichten Dokumente entlarvten die in der DDR aufgestellte Behauptung, der Königsmord von Marseille sei von der Gestapo unter Beteiligung deutscher Offiziere durchgeführt worden, als plumpe Geschichtsfälschung. Die tatsächlichen Auftraggeber sind die kroatischen Ustaschi-Führer Pavelic und Kvaternik. Sie standen unter dem persönlichen Schutz des italienischen Diktators Mussolini, der sich ihrer für seine Balkan-Politik bediente. Einige der für das Verbrechen Verantwortlichen sowie einige der Mittäter leben heute in Südamerika. Möge das Buch dazu beitragen, daß der Arm der Gerechtigkeit sie doch noch erreicht."

„HAMBURGER ECHO"

Ausgaben für den englisch – französisch – und spanischsprachigen Leser:

A King dies in Marseilles DM 8,80

L' Assassinat du Roi Alexandre Ier à Marseille DM 8,80

El Regicidio de Marsella DM 8,80

VORANKÜNDIGUNG:

LOTHAR VON BALLUSECK

Frei sein wie die Väter . . . ? die Geschichte der Freiheit in Deutschland,

mit zahlreichen Bildern und Dokumenten. Das schön ausgestattete Werk stellt einen wichtigen Beitrag zur Überwindung mancher antideutscher Vorurteile – und der Vorurteile mancher Deutscher – dar.

Geschenkausgabe DM 24.80

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

VERLEGT BEI HOWACHT, BAD GODESBERG